

## 50. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND - Utopien schaffen? Mit links!

### **TO Tagesordnung**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 26.02.2018

Tagesordnungspunkt: 1. Formalia

### **Antragstext**

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Bestätigung Bundesfrauenratsdelegation
- 3 TOP 3 Satzungsänderungsanträge
- 4 TOP 4 Präferenzwahl
- 5 TOP 5 Wahl Bundesschiedsgericht
- 6 TOP 6 Visionen
- 7 TOP 7 Finanzen
- 8 TOP 8 Kampagne 2018
- 9 TOP 9 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND
- 10 TOP 10 Wahl der Arbeitsgruppe Perspektiven
- 11 TOP 11 Verschiedene Anträge
- 12 TOP 99 Nachwahl der Fachforen-Koordinator\*innen

**A1 Utopien schaffen? Mit links!**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 04.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

**Antragstext**

18 Vier weitere Jahre Große Koalition - vier weitere Jahre Stillstand. Die massive  
19 Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage, steigende Armut, die zunehmende  
20 Spaltung Europas, tausende Tote im Mittelmeer - die neue Bundesregierung wird  
21 sicher keine echten Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit  
22 geben. Und es ist nicht zu erwarten, dass sie die Digitalisierung und  
23 Globalisierung so gestaltet, dass Bürger\*innenrechte und Selbstbestimmung von  
24 Arbeitnehmer\*innen gestärkt wird, statt noch mehr Ungerechtigkeit zu schaffen.  
25 Ganz im Gegenteil setzt sie mit Ministern wie Horst Seehofer oder Jens Spahn auf  
26 Ausgrenzung, Heimattümelei, Frauenverachtung und Nach-unten-treten und treibt  
27 den gesellschaftlichen Rechtsruck selbst mit voran. Dieser Rechtsruck zeigt sich  
28 nicht nur durch die zunehmende Normalisierung rechter Hetze und eine  
29 Verschiebung der Grenzen des Sagbaren, sondern auch durch konkrete  
30 Verschärfungen des Asylrechts und eine demokratiefeindliche Law-and-Order-  
31 Politik. Um zu verstehen, was mit autoritärem Umbau gemeint ist, müssen wir  
32 nicht erst nach Polen oder Ungarn schauen, dazu reicht auch ein Blick auf die  
33 geplanten Polizeigesetze in Bayern oder NRW. Umso mehr liegt es an uns, dem  
34 Mantra der Alternativlosigkeit Visionen für eine ökologische, solidarische und  
35 emanzipatorische Politik entgegenzusetzen und progressive Lösungen für die  
36 Fragen unserer Zeit anzubieten. Denn der Rechtsruck ist kein Naturgesetz. Die  
37 letzten Monate haben gezeigt, dass gerade viele junge Menschen keine Lust mehr  
38 auf das ewige Weiterso haben. Dieses politische Moment gilt es nun  
39 aufrechtzuhalten, zu nutzen und so für progressive Politik zu mobilisieren.

**40 Das Unmögliche denkbar machen**

41 Dafür müssen wir sowohl dem konservativen Status Quo als auch den falschen  
42 Antworten von rechts tatsächliche Alternativen entgegensetzen. Um das zu  
43 schaffen, müssen wir politische Utopien wieder für viele Menschen denkbar und  
44 zugänglich machen. Von klein auf wird uns beigebracht, dass Konkurrenz,  
45 Leistungsdruck, Armut oder globale Ungerechtigkeit etwas Normales,  
46 Unveränderbares und Unhinterfragbares wären. Doch die gesellschaftlichen  
47 Verhältnisse sind weder Gott gegeben, noch in Stein gemeißelt. Sie sind von  
48 Menschen gemacht - und als solche auch von Menschen veränderbar. Gerade in  
49 Zeiten der Digitalisierung sind die Möglichkeiten für eine Welt ohne Armut,  
50 Ausbeutung und Umweltzerstörung immer mehr gegeben. Diese Möglichkeiten werden  
51 im Moment leider noch nicht im Sinne des Erreichens einer solchen Welt genutzt,  
52 sondern eher um die Zustände weiter zu verschlechtern. Um das zu ändern, müssen  
53 wir der Ideologie der scheinbaren Alternativlosigkeit etwas entgegensetzen. Es  
54 ist unsere Aufgabe, das Bedürfnis nach Veränderung zu entfachen, das Bewusstsein  
55 über die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse zu stärken, und zu  
56 zeigen, dass die gesellschaftlichen Möglichkeiten auch im Sinne der Emanzipation  
57 genutzt werden können. Wir müssen Utopien schaffen, die zeigen, wie es anders  
58 gehen könnte: Wie die Digitalisierung im Sinne von Freiheit und Gerechtigkeit

59 genutzt werden kann. Wie wir durch eine echte Mobilitätswende nicht nur die  
60 Klimakatastrophe aufhalten, sondern auch Teilhabe für alle ermöglichen können.  
61 Oder wie eine Gesellschaft aussehen kann, in der Zusammenhalt und Solidarität  
62 mehr werden als eine Phrase und in der alle ohne Angst verschieden und in ihren  
63 Unterschieden trotzdem zusammen sind.

64 Utopien sind für uns dabei keine fertigen Bilder. Denn im Prozess der  
65 politischen Veränderung ergeben sich immer auch neue Möglichkeiten, die in  
66 unserer jetzigen Gesellschaft noch nicht absehbar sind. Viel mehr geht es  
67 darum, in der konkreten Kritik des Bestehenden aufzuzeigen, wie eine andere  
68 Gesellschaft aussehen könnte. Wir wollen im Hier und Jetzt Schlaglichter einer  
69 solidarischen Zukunft zeigen. Das heißt für uns auch, dass unsere Utopien und  
70 Visionen nicht unabhängig von konkreten Forderungen und politischen Kämpfen  
71 bestehen. Denn es bringt nichts, schöne Bilder zu malen, und dabei den Weg  
72 dorthin aus den Augen zu verlieren. Stattdessen denken wir unsere kurz- und  
73 mittelfristigen politischen Forderungen mit unseren langfristigen Visionen  
74 zusammen, verstehen Utopien als die Grundlage unserer politischen Strategie und  
75 arbeiten an Verbesserungen in der Gegenwart als Schritte in eine andere Zukunft.

### 76 **Das Unmögliche möglich machen**

77 Wir wollen Utopien nicht nur denkbar, sondern auch realisierbar machen. Das  
78 werden wir nicht alleine schaffen. Denn unsere Utopien werden nur dann  
79 verwirklicht, wenn sie gesellschaftliche Relevanz erreichen, viele Menschen  
80 begeistern und die gesellschaftliche Linke wieder in die Position kommt, ihre  
81 politischen Ziele umzusetzen. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit vielen anderen  
82 progressiven Akteur\*innen für andere Mehrheiten - auf der Straße, in der  
83 Gesellschaft und in den Parlamenten.

84 Wenn wir das schaffen wollen, müssen wir viele Menschen mobilisieren. Denn es  
85 reicht nicht, Menschen von unseren politischen Visionen zu überzeugen, wir  
86 wollen sie auch dafür begeistern, mit uns gemeinsam dafür zu kämpfen. Dafür  
87 müssen wir uns als Verband schlagkräftig aufstellen, damit wir viele Menschen  
88 sowohl erreichen als auch einbinden können. Auf diesem Bundeskongress und im  
89 kommenden Perspektivenprozess stellen wir dafür die Weichen. Denn politische  
90 Organisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die  
91 Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir wollen Menschen dazu  
92 ermächtigen, die Gesellschaft um sich herum zu verstehen und zu verändern, in  
93 dem wir gemeinsam erarbeiten, wie eine andere Gesellschaft aussehen kann. Dafür  
94 müssen wir eine Sprache finden, die viele Menschen anspricht und zeigen, warum  
95 es sich lohnt, für politische Veränderung einzustehen. Unser Ziel ist es,  
96 Menschen in ihrer konkreten Lebensrealität anzusprechen und abzuholen, sie für  
97 linke Politik zu begeistern und für radikale Visionen und Utopien zu gewinnen.  
98 Die GRÜNE JUGEND soll ein Ort werden, an dem Menschen gemeinsam sowohl für ihre  
99 eigenen Interessen als auch die Vision einer ökologischen und solidarischen Welt  
100 kämpfen. Denn:

101 *"In jeder Generation muss es Menschen geben, die so leben, als ihre Zeit nicht*  
102 *ein Anfang und ein Ende, sondern ein Ende und ein Anfang wäre."*  
103 *- Manés Sperber.*

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**A2 Halten Sie sich links - Mobilität braucht Visionen!**

Antragsteller*in:	Bundsvorstand, Fachforum Stadt, Land, Mobilität
Beschlussdatum:	04.04.2018
Tagesordnungspunkt:	6. Visionen

**Antragstext**

104 Fahrverbote, BER, Stuttgart 21, die Diesellauffäre - die Liste der deutschen  
 105 Verkehrsskandale allein in den letzten Jahren ist lang. Sie alle eint aber die  
 106 Tendenz der Politik, Prestigeprojekte nach vorne zu stellen, zu privatisieren,  
 107 wo es nur möglich ist und statt konkreter Antworten meist nur dreckige Luft zu  
 108 liefern.

109 Die Verflechtungen zwischen Politik und Automobilwirtschaft sind massiv. Wenn  
 110 verschärfte Abgasnormen beschlossen werden sollen, werden sie von Merkel  
 111 blockiert – und die CDU erhält wenige Tage später eine Großspende eines  
 112 Autounternehmens, wie es 2013 der Fall war. Und Dobrindt legte einen  
 113 Bundesverkehrswegeplan vor, der zunächst nicht mal die eigene Umweltprüfung  
 114 bestand. Statt Investitionen in moderne Mobilitätsinfrastruktur nimmt der  
 115 Flächenfraß zur Errichtung von Umgehungsstraßen ungehindert zu.

116 Automobilunternehmen verdienen nicht unbedingt unser Vertrauen – der letzte  
 117 Abgasskandal hat das deutlich genug gezeigt. Und gleichzeitig steht der  
 118 Abgasskandal auch symbolisch für Konzepte, die schlichtweg überkommen sind.  
 119 Insbesondere der Autobahnbau ist gekennzeichnet von sogenannten ÖPP's, also  
 120 Öffentlich-Privaten Partner\*innenschaften. Dabei wird ein Teil der nötigen  
 121 Investitionen an private Investor\*innen ausgelagert, die dann oft für Bau und  
 122 Umsetzung zuständig sind, dafür aber auch den Profit kassieren können. Neben dem  
 123 massiven ökologischen Raubbau, der beim Autobahnbau oft stattfindet, kommt hier  
 124 also auch noch eine Kapitalisierung eines vermeintlich öffentlichen Guts hinzu;  
 125 das alles legitimiert durch den vermeintlich allgemeinwohlorientierten  
 126 Bundesverkehrswegeplan.

127 Ähnlich verhält es sich bei der Bahn. Mit der Profitorientierung und drohenden  
 128 Privatisierung der Deutschen Bahn und damit des gesamten Bahnbetriebs geht ein  
 129 Rückgang des Bahnverkehrs in strukturell schwächeren Regionen einher. Unzählige  
 130 Bahnhöfe, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, wurden in den letzten  
 131 Jahren dicht gemacht und der Bevölkerung vor Ort bleibt nichts anderes übrig,  
 132 als wegzuziehen oder den Klimakiller Auto zu nutzen.

133 Anstatt also in eine funktionierende und inklusive Infrastruktur in der Fläche  
 134 zu investieren, wurden Milliarden an Euro für den Willy Brandt-Flughafen Berlin-  
 135 Brandenburg oder das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 verschwendet. Das zeigt  
 136 beispielhaft, dass für viele politische Akteur\*innen Mobilität nur ein  
 137 politisches Nebenfach zu sein scheint, für das man Aufsichtsratspflichten nicht  
 138 ernst nehmen muss und das man nebenher leicht händeln kann. Für uns ist klar,  
 139 dass Mobilität ein Grundrecht ist und als solches gerade in Zeiten großer  
 140 gesellschaftlicher Ungerechtigkeit nicht nur als Verkehrssteuerung, sondern als  
 141 elementares soziales Teilhabeprojekt begriffen werden muss.

142 Es liegt an uns und der gesamten gesellschaftlichen Linken, Visionen für eine  
 143 neue Mobilität in der ökologischen und sozialen Entwicklung unseres  
 144 Zusammenlebens zu formulieren, anhand derer wir sowohl konkrete Vorschläge für

145 die Tagespolitik machen als auch langfristige visionäre Projekte entwickeln  
146 können.

147 **Ohne Doro im Flugtaxi - Unsere Vision junggrüner Mobilität:**

148 Wir setzen uns langfristig für ein Ende des motorisierten Individualverkehrs  
149 ein. Verkehr und Mobilität sind eines der Bindemittel gesellschaftlichen  
150 Zusammenhalts. Mit der Abschaffung des motorisierten Individualverkehrs tragen  
151 wir dem konsequent Rechnung. Gleichzeitig sagen wir damit auch dem nicht-klima-  
152 neutralen Personenverkehr den Kampf an. Langfristig muss es uns darum gehen,  
153 sämtlichen Verkehr mindestens klimaneutral und wenn möglich sogar klimapositiv  
154 zu gestalten.

155 Aber auch langfristige Visionen für Transportmittel scheuen wir nicht.  
156 Innovation und Technik können kein Allheilmittel sein, aber wir dürfen uns neuen  
157 Innovationen auch nicht verschließen. Im Gegensatz zur CSU wollen wir wirklich  
158 aktiv die Forschung für klimaneutrale Mobilität fördern. Ob Solarflugzeug,  
159 Hyperloop, Flugtaxi, klimaneutrale Schifffahrt oder Beamen - was klimaneutral  
160 möglich ist, soll auch selbstbewusst angegangen werden. Natürlich geht das nicht  
161 von heute auf morgen und wird uns auch noch längerfristig vor Probleme stellen.  
162 Dennoch ist es unser Ziel, so schnell wie möglich zu einer komplett  
163 klimaneutralen und umweltfreundlichen Art der Fortbewegung zu kommen. Bis dahin  
164 müssen alle Mobilitätsarten immer gegen den verursachten Schaden gerechnet  
165 werden.

166 Um Mobilität als soziale Revolution durchzusetzen, müssen wir Ökologie und  
167 soziale Gerechtigkeit im Einklang denken. Die Klimakrise und die Endlichkeit der  
168 Ressourcen bedingen die Notwendigkeit klimaneutraler Mobilität.

169 Für die GRÜNE JUGEND ist Mobilität nicht nur ein Faktor, sie ist ein Schlüssel  
170 für soziale Teilhabe. Dafür muss sie schrittweise komplett ticketlos und  
171 steuerfinanziert werden. Wer wie viel Geld hat, darf nicht beeinflussen, wer  
172 wohin kommt.

173 Gleichzeitig muss der Öffentliche Personenverkehr qualitativ so gut sein, dass  
174 er alternativlos wird. Dazu gehört ein inklusives Konzept, das alle Nutzer\*innen  
175 mitnimmt, ebenso wie ein umfassendes Konzept der Taktung und Schnelligkeit der  
176 Verkehrsmittel. Ob in der Stadt von A nach B oder auf dem Land ins Nachbardorf.  
177 Mobilität und soziale Teilhabe dürfen nicht vom Wohnort abhängen, sondern müssen  
178 allen dort zugänglich gemacht werden, wo sie sind. An vielen Stellen wird das  
179 Netz des Öffentlichen Personenverkehrs abgebaut, Bahnlinien werden eingestellt  
180 und der Bus fährt immer seltener. Diesen Trend müssen wir umkehren, wenn wir in  
181 eine mobile Zukunft wollen.

182 Echte soziale Teilhabe geht jedoch nur dann, wenn wir das Klassensystem in allen  
183 Verkehrsmitteln abschaffen. Einhergehend mit einer grundlegenden  
184 Qualitätssteigerung und umfassendem Barriereabbau ist dies für uns ein erster  
185 Schritt hin zu einem komplett solidarisch finanzierten ÖPV. Außerdem ist sie  
186 zwingend notwendig, um der sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken. Es kann nicht  
187 sein, dass in der 1. Klasse massig Platz ist, während in der 2. Klasse Menschen  
188 auf dem Boden sitzen.

189 Gleichzeitig hört Mobilität nicht an Landesgrenzen auf, als soziales Projekt  
190 kann sie diese zerschlagen und dem wollen wir folgen. Wir fordern das Recht auf  
191 globale Mobilität, unabhängig von Herkunft, Staatsangehörigkeit oder Geldbeutel.  
192 Deshalb fordern wir die Abschaffung der diskriminierenden Visa-Praxis ebenso wie  
193 die ticketlose Bereitstellung von Verkehrsmitteln. Wir wollen in einer Welt  
194 leben, in der alle dort hin können, wo sie hin wollen, denn nur das kann eine  
195 gerechte Welt sein.

196 Dazu gehört in den ersten Schritten die Installation eines gesamteuropäischen  
197 Bahnnetzes als neues proeuropäisches und integratives Projekt. Wir wollen von  
198 London nach Athen, ohne 20 mal umsteigen, in 5 verschiedenen Währungen bezahlen  
199 und 30 verschiedene Verkehrsverbünde nutzen zu müssen. Die GRÜNE JUGEND steht

200 ein für ein gesamteuropäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz!  
201 Auch im Bereich des Güter- und Warenverkehrs müssen wir neu denken.  
202 Regionalisierung kann hier eine kurzfristige Antwort sein, doch wir müssen vor  
203 allem den Transport auf Kurz- und Langstrecke anpacken. Wir wollen einen  
204 komplett klimaneutralen Lieferverkehr.

### 205 **Die Stadt dem Leben, nicht den Autos!**

206 Immer mehr Menschen wohnen in Städten. Darum ist die Stadtentwicklung die  
207 Grundlage städtischer Mobilitätspolitik. Wir können nicht wissen, welche  
208 Verkehrsmittel uns in 50 oder 100 Jahren zur Verfügung stehen. Darum müssen wir  
209 die Stadt bestmöglich darauf vorbereiten, Ort des mobilen Zusammenlebens zu  
210 sein, an das sich die Verkehrsmittel anpassen.  
211 Dabei steht für uns der Mensch im Mittelpunkt der Stadt. Wir wollen allen  
212 Menschen ein gutes Leben in der Stadt ermöglichen nicht nur denen, die es sich  
213 leisten können.  
214 Stadtentwicklung heißt auch, die Stadt gesellschaftlich zusammenzuführen und als  
215 soziales Projekt zu begreifen. Sozialer Wohnungsbau und Entprivatisierung  
216 spielen für uns dabei eine wichtige Rolle um der Stadt in ihrer Funktion als  
217 Gemeinschaft gerecht zu werden. Kurzfristig wollen wir Gemeinden stärken und  
218 ermutigen, ihr Vorkaufsrecht bei Immobilien zu nutzen, um sie zurück in  
219 städtisches Eigentum zu überführen und damit zum Eigentum der Gemeinschaft zu  
220 machen. Dazu gehört außerdem, die Wege in der Stadt so kurz wie möglich zu  
221 gestalten, indem wir die wichtigen Elemente öffentlicher Daseinsvorsorge an  
222 allen Orten in der Stadt bereitstellen.  
223 Auch der Natur müssen wir Raum in der Stadt geben. "Parks statt Parkplätze" ist  
224 eine Forderung, die Mensch und Natur zu Gute kommt. Städte sind komplexe  
225 Ökosysteme, in denen die verschiedensten Tier- und Pflanzenarten zu Hause sind.  
226 Die Verkehrsplanung der Zukunft muss daher insbesondere auch in der Stadt  
227 Rücksicht auf die Naturförderung nehmen und ihr Vorrang geben. Lebensqualität  
228 für alle, heißt Raum für Mensch und Natur.

### 229 **Mobilität ist immer - nie wieder den letzten Anschlusszug verpassen!**

230 Gute Mobilität in der Stadt heißt, dass du immer dorthin kommst, wo du hin  
231 willst und zwar ohne drei Stunden zu laufen oder ebenso lang auf die Anschluss-  
232 S-Bahn zu warten.  
233 Dafür muss nicht nur die Taktung der Verkehrsmittel deutlich erhöht werden, es  
234 muss vor allem auch dafür gesorgt werden, dass die verschiedenen Verkehrsmittel  
235 miteinander vernetzt und in ein gemeinsames System überführt werden. Es  
236 existieren schon viele Mobilitätsangebote wie z.B. Leihfahrräder und Carsharing-  
237 Systeme, die auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten sind. Allerdings sind  
238 diese oft zu teuer und müssen daher in die öffentliche Daseinsvorsorge des ÖPNV  
239 integriert werden.  
240 Von Tür zu Tür: Wir wollen ein Verkehrssystem, das nicht erst am U-Bahnhof  
241 beginnt und auch nicht endet, wenn der letzte Bus des Tages gefahren ist. Alle  
242 Angebote müssen miteinander vernetzt und aufeinander abgestimmt werden und damit  
243 kombinierbar sein - kostenfrei.  
244 Gleichzeitig heißt vernetzte Mobilität für uns auch der Abbau von Barrieren  
245 jeder Art. Natürlich muss die Barrierelosigkeit aller innerstädtischen  
246 Verkehrsmittel das Ziel sein. Auf dem Weg dahin müssen Informations- und  
247 Kommunikationssysteme geschaffen werden, die es allen Menschen ermöglichen,  
248 Barrieren wie Treppen oder steile Anstiege zu überwinden oder zu umgehen.

### 249 **Alleine unterwegs? Verbrennungsmotoren brauch ich nicht.**

250 Ein Großteil des städtischen Verkehrs kann auch über nicht-motorisierten

251 Individualverkehr gelöst werden. Das Fahrrad und andere Fortbewegungsmittel  
252 haben den Vorteil, dass sie sofort genutzt werden können und Menschen daher  
253 umgehend mobil machen. Deswegen wollen wir die Infrastruktur für diese Art von  
254 Verkehr massiv ausbauen. Insbesondere für den Radverkehr muss es Fahrradstraßen  
255 und Fahrradschnellstraßen geben, die es Radfahrer\*innen ermöglichen, ohne  
256 durchgehende Gefährdung durch motorisierten Verkehr von A nach B zu gelangen.  
257 Fahrräder sind eines der zentralen Fortbewegungsmittel individueller Mobilität.  
258 Damit das auch nachhaltig umsetzbar ist, müssen wir allen Menschen den  
259 kostenfreien Besitz eines Fahrrads ermöglichen. Außerdem wollen wir ein  
260 Reparatursystem, das kostenlos und schnell sowohl stationär als auch mobil  
261 Mängel am eigenen Rad behebt.

262 Für die Stärkung von individueller Mobilität wollen wir einen Großteil der  
263 städtischen Flächen zu Shared Spaces machen, die gleichberechtigt von allen  
264 Nicht-Motorisierten genutzt werden können. Ob mit dem Board oder Inlinern, als  
265 Familie mit Kinderwagen, Rollatoren oder Rollstühlen oder einfach nur zu Fuß von  
266 A nach B: Shared Spaces ermöglichen es uns allen als gleichberechtigte  
267 Verkehrsteilnehmer\*innen ohne Gefahr zu leben und uns zu bewegen. Gleichzeitig  
268 entstehen so kulturelle Räume des Zusammenlebens und des Austauschs, die die  
269 Stadt lebenswert machen.

### 270 **Autofreie Innenstädte ab 2030.**

271 Autos sind nach wie vor die größte Ursache verstopfter Innenstädte. Dabei nutzen  
272 sowohl Stadt-Bewohner\*innen das Auto, um innerhalb der Stadt voranzukommen, als  
273 auch Land-Bewohner\*innen, um in die Stadt zu kommen. Für beide Gruppen müssen  
274 wir eine Lösung finden, denn es ist klar: Das Auto gehört nicht in die Stadt.  
275 Menschen, die von außerhalb in die Stadt kommen, sind oftmals  
276 Berufspendler\*innen. Für diese, aber auch für alle anderen sind effektive  
277 Park'n'Ride-Lösungen zu entwickeln, die einen schnellen Transport von außerhalb  
278 der Städte in die Innenstadt garantieren. Hier sind Schnellzüge eine  
279 Möglichkeit, das Autofahren in die Stadt überflüssig zu machen.  
280 Wir wollen schnellstmöglich alle Verbrennungsmotoren aus den Städten verbannen  
281 und Autos in Städten unnötig machen. Daher wollen wir bis 2030 die Innenstädte  
282 autofrei machen.  
283 Das Auto als Mittel des Gütertransports in der Innenstadt kann durch effektivere  
284 Lösungen abgelöst werden. Wir müssen die Möglichkeiten der modernen Technik  
285 insbesondere in relativ kleinen Systemen wie der Stadt deutlich besser nutzen.  
286 Der innerstädtische Briefverkehr kann komplett digitalisiert werden und auch für  
287 den Güter- und Warenverkehr wollen wir innovative Lösungen fördern, zum  
288 notwendigen Transport, bspw. von Einkäufen, wollen wir eine Mischung aus  
289 gemeinschaftlichen Liefersystemen, Lastenrädern und robotisierten Hilfen  
290 einführen, die den Individualtransport mit Autos überflüssig machen.

### 291 **Autonomes Fahren und Datenschutz**

292 Autonomes Fahren ist für uns eine Brückentechnologie hin zu autofreien Städten.  
293 Gerade für Menschen, die viel mit dem Auto fahren und pendeln, können autonom  
294 fahrende Autos eine enorme Entlastung mit sich bringen und mehr Raum für eine  
295 individuelle Nutzung der Fahrzeit bedeuten. Wir sehen im autonomen Fahren aber  
296 nicht nur die Möglichkeit komfortablerer Fortbewegung, sondern auch  
297 gemeinschaftlicher Fortbewegung. Durch autonomes Fahren gewinnt Carsharing eine  
298 ganz neue Bedeutung, die darauf beruht, durch geschickte Berechnung gemeinsame  
299 Wege als solche zu identifizieren und autonom Menschen zu Hause abzuholen und  
300 z.B. zur Arbeit zu befördern - Fahrgemeinschaften autonom zu organisieren, kann  
301 eine neue Sparte öffentlicher Beförderung werden. Das wiederum reduziert das

302 individuelle Bedürfnis auf Besitz eines eigenen Autos, da es trotz  
303 gemeinschaftlicher Beförderung zu keinem Komfortverlust kommt. Gleichzeitig soll  
304 autonome Beförderung auch im öffentlichen Personennahverkehr ausgebaut werden,  
305 um letztlich Busse und Bahnen selbstständig fahren zu lassen. Die durch  
306 autonomes Fahren gewonnene Zeit muss auch z.B. auf dem Arbeitsweg den Fahrenden  
307 zur freien Verfügung stehen. Das autonome Fahren darf nicht Erfüllungsgehilfe  
308 der Flexibilisierung werden.

309 Wir begrüßen autonomes Fahren als Schritt hin zu mehr Freiräumen, zu mehr  
310 Fahrsicherheit und Komfort. Deshalb müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen  
311 schnellstmöglich geschaffen und Datenschutz als wichtiger Bestandteil autonomer  
312 Mobilität festgehalten werden.

313 Generell gilt für uns, dass der Schutz privater Daten ein wesentliches  
314 Grundprinzip sein muss. Insbesondere die Vernetzung von Mobilität basiert an  
315 vielen Stellen auf der Nutzung von Bewegungsdaten und der Analyse persönlicher  
316 Bewegungsprofile. Dem wollen wir entgegenwirken. Die Strukturierung von  
317 Mobilität muss so aufgebaut werden, dass sie keine Bewegungsprofile benötigt.  
318 Effektiver Datenschutz heißt an dieser Stelle: keine Daten zu sammeln.

### 319 **Mobilität ist ein Grundrecht**

320 Die Teilnahme am öffentlichen Leben, der Ärzt\*innen-Besuch, das Einkaufen, für  
321 viele dieser Dinge braucht es Verkehrsmittel. Damit wird Mobilität zu einem  
322 unverzichtbaren Grundstein der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss als solche  
323 jederzeit vom Staat garantiert werden. Dazu gehört auch, den ÖPNV ticketlos zu  
324 machen und solidarisch zu finanzieren. Es darf nicht vom Einkommen oder anderen  
325 sozialen Faktoren abhängen, ob Menschen mobil sein können.  
326 Gleichzeitig müssen wir den Verkehr an die Bedürfnisse der Menschen anpassen.  
327 Dazu gehören auch gesundheitsschützende Maßnahmen wie effektiver Lärmschutz.  
328 Verkehr in der Stadt muss den Menschen Platz bieten, sowohl neben als auch in  
329 den Verkehrsmitteln. Das Fahrrad oder den Koffer mit in die Bahn zu nehmen, darf  
330 kein Hindernis darstellen. Auch dazu müssen wir sämtliche Barrieren im  
331 öffentlichen Raum konsequent abbauen. Außerdem muss der ÖPNV konsequent an die  
332 technologischen Entwicklungen angepasst werden. Es kann nicht sein, dass es in  
333 Bahnen keinen Empfang gibt. Außerdem müssen alle öffentlichen Verkehrsmittel mit  
334 kostenlosem WLAN ausgestattet werden. Auch das hilft auf dem Weg in eine  
335 inklusive Gesellschaft, die Teilhabe ermöglicht.

### 336 **Den ländlichen Raum erobern - mobil auf dem Land!**

337 Was nutzt ein kostenloses Ticket für einen Bus, der niemals fährt? Mobil in der  
338 Stadt bedeutet momentan etwas grundlegend anderes als mobil auf dem Land. Ein  
339 Viertel der Menschen in Deutschland wohnen außerhalb städtischer Umgebung und  
340 haben genauso ein Recht auf Mobilität wie Menschen in den Städten. Mobilität ist  
341 auf dem Land viel mehr als nur die Möglichkeit von A nach B zu kommen. Mobilität  
342 bedeutet Teilhabe, Zusammenleben, Perspektiven und leistet einen Beitrag zur  
343 offenen Gesellschaft. Menschen in ländlichen Gebieten fühlen sich abgehängt. Und  
344 sie fühlen sich nicht nur abgehängt – sie sind es meistens auch. Bahnhöfe, die  
345 nicht mehr angefahren werden, Busse, die entweder nie oder nur einmal täglich  
346 fahren. Dann bleibt noch das Auto, das im Alter mehr zur Gefährdung der  
347 Öffentlichkeit beiträgt als dazu, mobil zu sein.  
348 Mobilität im ländlichen Raum bedeutet nicht nur mehr Busse und Bahnen, sondern  
349 auch eine Aufwertung der Lebensqualität und eine grundlegende Erneuerung  
350 ländlicher Infrastruktur, deren Erreichbarkeit genauso wichtig ist wie deren  
351 räumliche Nähe zu den Menschen.

### 352 **Für ein aktives Dorfzentrum.**

353 Läden schließen, Ortskerne sterben aus, während Gewerbegebiete immer mehr Raum  
354 einnehmen - die Lebensqualität in vielen ländlichen Gebieten leidet unter diesen  
355 Entwicklungen. Politisch darauf zu reagieren, heißt für uns, nicht einfach nur  
356 den Bus zu finanzieren, mit dem die Bürger\*innen aus der Dorfmitte raus ins  
357 Gewerbegebiet fahren können. Sondern ein aktives kulturelles und soziales Leben  
358 in Dörfern zu ermöglichen und Daseinsvorsorge zurück in die Dorfmitte zu holen.  
359 Dorfläden beispielsweise kommt oft auch eine soziale Rolle zu, sie sind Ort des  
360 Austauschs und verbinden Menschen miteinander. Die GRÜNE JUGEND tritt dem  
361 zunehmenden Flächenfraß auf dem Land für die Schaffung neuer Gewerbegebiete  
362 entschieden entgegen und fordert, die Reaktivierung von Dorfläden  
363 staatlicherseits zu unterstützen.  
364 Wir wollen das Dorfzentrum auch durch soziale und kulturelle Angebote neu  
365 aufleben lassen, Räume für Jugendkultur und alternative Gemeinschaftsprojekte  
366 schaffen. Ein aktiver Ortskern setzt jedoch auch Änderungen im Bereich Bauen und  
367 Wohnen voraus. Während am Dorfrand immer neue Wohngebiete ausgewiesen werden,  
368 stehen immer mehr Wohnungen in der Dorfmitte leer. Wir treten dieser Entwicklung  
369 entgegen, indem wir uns klar für den Grundsatz aussprechen: Nachverdichtung  
370 statt Neubau. Wir aktivieren das Dorfzentrum, indem wir Daseinsvorsorge, Kultur  
371 und Menschen wieder zurück in den Ortskern bringen.

### 372 **Mobilität für Gesundheit:**

373 Gesundheitsversorgung ist für uns ein existenzieller Bestandteil öffentlicher  
374 Daseinsvorsorge. Wir sorgen für eine gute Gesundheitsversorgung auf dem Land. In  
375 der Postdienstleistungsverordnung ist geregelt, dass der nächste Briefkasten  
376 maximal 1000 Meter vom eigenen Wohnsitz entfernt werdend darf. Solche Ansätze  
377 gibt es nicht einmal ansatzweise für gesundheitliche Erstversorgung auf dem  
378 Land. Noch nie wurden so viele Kinder in Krankenwägen zur Welt gebracht wie im  
379 vergangenen Jahr, da immer mehr Geburtsstationen schließen. Landärzt\*innen  
380 schließen ihre Praxen, das nächste Klinikum ist mehr als eine Stunde Autofahrt  
381 entfernt. Wir fordern einen gesetzlichen Anspruch auf eine medizinische  
382 Mindestversorgung - überall. Auch hier gilt, dass ein würdiges Leben, ein  
383 mobiles Leben auf dem Land erst dadurch ermöglicht wird, wenn die medizinische  
384 Infrastruktur wieder nah an die Menschen heranrückt. Das kann nur gelingen, wenn  
385 der Staat wieder Gesundheitsversorgung als ureigenste Aufgabe anerkennt, sich  
386 der zunehmenden Privatisierung der Gesundheitsversorgung entgegenstellt und  
387 klare Mindestversorgungsansprüche gesetzlich festlegt.

### 388 **Mobil für Bildung.**

389 Auch für Bildung auf dem Land gilt: Mehr Schulbusse zu den 60 Minuten und noch  
390 weiter entfernten Schulen sind nicht die Lösung. Stattdessen wollen wir  
391 Grundschulen wie auch Gemeinschaftsschulen aus den großen Kreisstädten zurück  
392 aufs Land zu bringen. Die GRÜNE JUGEND fordert den einfachen Schulweg auf  
393 maximal 30 Minuten zu begrenzen. Es kann nicht sein, dass Schulen und damit  
394 Perspektiven verschlossen werden, denn Bildung ist ein Grundrecht. Und zwar  
395 nicht nur bis zum Ende der Sekundarstufe, sondern lebenslang. Aus- und  
396 Weiterbildung auf dem Land zu ermöglichen und zwar in erreichbarer Nähe sehen  
397 wir als grundlegendes Element einer nachhaltigen Förderung des ländlichen Raums.

### 398 **Mobil für soziale Teilhabe.**

399 Dorfläden und Wartezimmer der Arztpraxis sind nur zwei Beispiele dafür, wo man  
400 auf dem Land aufeinander trifft und sozial interagiert - Gemeinschaft ist gerade  
401 in ländlichen Regionen sehr wichtig. Aber wenn kein Bus mehr fährt, dann bleibt  
402 auch das Sozialleben auf der Strecke, da man gerade auch in ländlichen Regionen  
403 oft weiter fahren muss, um beispielsweise auf politisch Gleichgesinnte zu

404 treffen, mit denen man sich engagieren will.  
405 Und wenn man abends in die Großraumdisco fährt, gelingt das Heimkommen entweder  
406 dadurch, betrunken selbst zu fahren oder indem Eltern privat die Heimfahrt ihrer  
407 Kinder organisieren müssen, um diese sicher nach Hause zu befördern. Doch  
408 Mobilität ist keine Privatsache! Egal wo auf dem Land, es braucht von morgens  
409 bis in die Nacht mindestens den Stundentakt auf allen Linien, wenn sich der ÖPNV  
410 nachhaltig durchsetzen und zuverlässiges Bus- und Bahnfahren als Daseinsvorsorge  
411 und damit wieder als ein Anrecht der Bevölkerung wahrgenommen werden soll.  
412 Bei Gesundheitsversorgung, kommunalen Wirtschaftskreisläufen und dem  
413 öffentlichen Nahverkehr beobachten wir es, genauso wie bei der Schließung von  
414 Ämtern, Polizeistationen oder Feuerwehrstellen. Vieles bricht weg, weil der  
415 Staat es nicht finanziert und notdürftigen Ersatz auslagert.  
416 Daseinsvorsorge ist die vornehmliche Aufgabe des Staates. Dieser ist er in den  
417 vergangenen Jahren nicht nachgekommen. Damit muss Schluss sein!

418 **Von Tür zu Tür auch auf dem Land.**

419 Vielerorts wurden in den letzten Jahren Bahnhöfe stillgelegt und ganze Strecken  
420 nicht mehr angefahren. Ein umfassendes Mobilitätskonzept muss diesen Trend  
421 umkehren und dafür Sorge tragen, dass auch längere Strecken auf dem Land kein  
422 Problem sind. Das geht am Besten mit der Bahn. Wir wollen ein Bahnsystem, das  
423 sich an die Bedürfnisse der Menschen anpasst und sie dort abholt, wo sie sind  
424 oder wo sie mit dem Bus oder dem Fahrrad ohne Probleme hinkommen. Analog zum  
425 Bussystem wollen wir auch hier das Bedarfshaltesystem digitalisieren und so eine  
426 möglichst schnelle Reise ermöglichen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

### **A3 Europa für alle! Eine Utopie?**

Antragsteller\*in: André Tront  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

#### **Antragstext**

427 Der Bundeskongress möge beschließen, dass sich die GRÜNE JUGEND für einen  
428 europaweiten kostenlosen Zugverkehr einsetzt. Außerdem soll die GRÜNE JUGEND  
429 sich dafür einsetzen, dass der europaweite kostenlose Zugverkehr Teil des  
430 Europawahlprogrammes der GRÜNEN für die Europawahl in 2019 wird.

431 Die Finanzierung des europaweiten kostenlosen Zugverkehrs soll durch Umlage  
432 erfolgen. Entweder wird dieser von allen Mitgliedsstaaten oder allen EU-  
433 Bürger\*innen bezahlt.

#### **Begründung**

Europa steckt in einer Krise. Immer wieder hört man Europa sei nicht sozial genug. Europa kümmere sich nicht um seine Bürger\*innen. Außerdem fehle es an einer europäischen Öffentlichkeit.

Ein europaweiter kostenloser Zugverkehr setzt genau da an!

Menschen könnten endlich teilhaben an der europäischen Öffentlichkeit, ja es würde ein noch nie dagewesene europäische Öffentlichkeit entstehen! Menschen könnten sich europaweit engagieren, europaweiter Wahlkampf wäre kein Problem und damit vielleicht auch europaweite Wahllisten? Zudem wäre ein reger europäischer Austausch möglich. Vorurteile könnten wie beim sehr erfolgreichen Erasmus Austauschprogramm abgebaut werden. Und wer weiß, vielleicht führt ein kostenloser Verkehr dazu, das es dann wirklich keine Grenzen mehr gibt? Ein Vereinigtes Europa! Welch eine Utopie. Außerdem muss kein Kind mehr bei einer Klassenfahrt zu Hause bleiben, wenn die Mitschüler\*innen zB. nach Italien fahren weil sich die Eltern das nicht leisten können. Und die Eltern könnten dann vielleicht auch endlich mal in den Urlaub fahren, den sie sich sonst selbst auch nie hätten leisten können. Und als kleiner schöner Nebeneffekt nimmt dann auch niemand mehr das klimaschädliche Flugzeug für innereuropäische Flüge. Warum auch? Kostet ja was!

#### **Kostenloser europäischer Zugverkehr ist:**

**Sozial**

**Proeuropäisch**

**Klimafreundlich**

Also: wagen wir es. Angesichts von Rechtsruck und Europamüdigkeit braucht es zukunftsweisende Visionen.

Und dafür stehen wir!

**A4 Solidarität statt Tradition - für ein neues Zusammenleben!**

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.04.2018
Tagesordnungspunkt:	6. Visionen

**Antragstext**

434 Seitdem die traditionelle Kleinfamilie aus Vater, Mutter, Kindern mit der  
 435 Industrialisierung zum vorherrschenden Familienbild wurde, hat sich viel  
 436 verändert in unserem Zusammenleben: Durch medizinische Errungenschaften, durch  
 437 Sozialversicherungssysteme, die rechtliche Gleichstellung von Frauen, durch  
 438 Verhütung, die Ehe für Alle und nicht zuletzt auch durch den steten Wandel  
 439 gesellschaftlicher Vorstellungen gibt es heute mehr Akzeptanz für  
 440 gesellschaftliche Vielfalt. Doch wir sehen gleichzeitig vor allem in den letzten  
 441 Jahren auch ein zunehmendes Erstarken konservativer, rückwärtsgerichteter Kräfte  
 442 und Menschen, die sich von gesellschaftlichen Errungenschaften bedroht fühlen.  
 443 Ein diffuses Bedürfnis nach Sicherheit und Zusammenhalt in einer sich schnell  
 444 verändernden Welt gibt rechten Kräften Auftrieb, die auf Spaltung und  
 445 Ausgrenzung setzen. Mit dem Versprechen von Sicherheit durch eine Rückkehr zu  
 446 überkommenen Familien- und Gesellschaftsmodellen schaffen Parteien wie die AfD  
 447 oder die CSU ein falsches Feindbild einer offenen Gesellschaft.

448  
 449 Diese Politik verkennt, dass nicht der gesellschaftliche Fortschritt für dieses  
 450 Gefühl der Unsicherheit verantwortlich ist, sondern eine Politik, die die Schere  
 451 zwischen Arm und Reich weiter aufgehen lässt und unsere Sozialsysteme aushöhlt.  
 452 Die Große Koalition hat es in den letzten viereinhalb Jahren versäumt, sich den  
 453 aktuellen Fragen, die unser Zusammenleben betreffen, zu stellen. Noch immer  
 454 leiden Menschen in sozialen Berufen von der Kinderbetreuung bis hin zur  
 455 Altenpflege unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung.  
 456 Alleinerziehende und ältere Menschen sind durch ein hohes Armutsrisiko bedroht,  
 457 jedes sechste Kind in unserer Wohlstandsgesellschaft wächst armutsgefährdet auf.  
 458 Zusammenleben und Anschluss halten auf dem Land wird durch eine fehlende  
 459 Infrastruktur der täglichen Daseinsvorsorge und des ÖPNV zunehmend erschwert.  
 460 Aber Einsamkeit ist nicht nur auf dem Land ein Problem, auch das Zusammenleben  
 461 in der Großstadt kann zu fehlender Teilhabe und dem Gefühl, zwischen etlichen  
 462 Menschen dennoch alleine zu sein, führen, weil Räume und Angebote fehlen, die -  
 463 unabhängig vom Geldbeutel - zur sozialen Interaktion und zum Zeitverbringen  
 464 einladen. Die leere Floskel "Heimat" bietet für diese realen Probleme keine  
 465 Antwort. Denn nicht von außen wird eine geschützte und romantisierte Heimat,  
 466 bedroht, sondern die aktuelle Politik, die soziale Ungleichheit befördert,  
 467 bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

468  
 469 Auch das Patriarchat ist noch immer allgegenwärtig. Traditierte Geschlechterrollen  
 470 bestimmen vielerorts unseren Alltag: Frauen leisten den Großteil unbezahlter  
 471 Sorge- und Reproduktionsarbeit, steuerliche Modelle wie das Ehegattensplitting  
 472 unterstützen veraltete Rollenbilder. Zudem werden weibliche Sexualität und  
 473 weibliche Körper bewertet und zu reglementieren versucht. Es wird  
 474 gesellschaftlich sanktioniert, wenn Frauen sich patriarchalen Vorstellungen  
 475 nicht unterordnen wollen. Für uns ist klar, dass unser Zusammenleben frei von

476 überkommenen Normen und eingrenzenden gesellschaftlichen Vorstellungen überall  
477 und in jedem Lebensbereich möglich sein muss. Doch damit wir nicht weiterhin in  
478 alten Rollenbildern und Normen verharren und gesellschaftlicher Zusammenhalt  
479 mehr als eine leere Formel wird, liegt es an uns, Visionen für das Zusammenleben  
480 abseits tradiertter Familienmodelle, die Abschaffung des Patriarchats und die  
481 Überwindung von Armut zu formulieren, anhand derer wir sowohl konkrete  
482 Vorschläge für die Tagespolitik machen als auch langfristige visionäre Projekte  
483 entwickeln können.

### 484 **1. Verschiedenheit ermöglichen - beginnen wir mit dem Familienvertrag.**

485 Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein  
486 können, in der Solidarität keine reine Floskel darstellt, Menschen selbst  
487 entscheiden können ob, wen und wie sie lieben oder mit wem sie Sex haben und  
488 trotz aller Unterschiede Menschen zusammen-, nicht nur nebeneinanderherleben.  
489 Dafür braucht es ein neue Organisation von Gemeinschaft. Statt auf individuelles  
490 oder auf die Kleinfamilie begrenztes Streben nach Bedürfnisbefriedigung zu  
491 setzen, wollen wir neue Möglichkeiten für Solidarität, Gemeinschaft und  
492 Verantwortungsübernahme schaffen und eine Vision von Familie schaffen, die dafür  
493 offen ist.

494 Was ist Familie in diesem Sinne dann und was soll sie sein? Für uns ist Familie  
495 nicht nur Mutter-Vater-Kind. Familien sind für uns Menschen, die entscheiden,  
496 füreinanderzusorgen und miteinanderzuleben, kurz gesagt: füreinander  
497 Verantwortung zu übernehmen. Die Unterschiedlichkeit von Familienkonzepten ist  
498 gerade das, was wir uns für eine Gesellschaft wünschen. Egal ob Alleinerziehende  
499 mit Kind, Patchwork, das schwule Pärchen, Menschen, die in einer polygamen  
500 Beziehung leben, oder die drei Freund\*innen, die gemeinsam entscheiden,  
501 zusammenleben zu wollen: Aufgabe des Staates muss es sein, alle Formen des  
502 Zusammenlebens in ihrer Unterschiedlichkeit lebenswert zu machen und rechtlich  
503 abzusichern. Familie ist also da, wo Kinder sind - aber Familie geht auch  
504 darüber hinaus. Denn für wen und wie wir Verantwortung übernehmen wollen, sollen  
505 künftig alle Menschen selbst entscheiden können. "Blut ist dicker als Wasser"  
506 ist für uns keine zeitgemäße Familiengrundlage, Familie ist längst keine  
507 Schicksalsgemeinschaft mehr und soll es auch nicht wieder werden.

508  
509 Statt an Ewiggestrigem festzuhalten, fordern wir deshalb einen Aufbruch in der  
510 Familienpolitik. Statt an der Ehe als Vertrag zwischen zwei Menschen  
511 festzuhalten, fordern wir, dass alle Familienmodelle gleichermaßen staatlich  
512 unterstützt werden. In unserer Vorstellung verdienen zwei gleichgeschlechtliche  
513 Paare, die zusammen Kinder aufziehen möchten genauso staatliche Unterstützung,  
514 wie eine aktuell noch zur Norm erhobene Mutter-Vater-Kind-Kleinfamilie. Alle  
515 Familien - mit und ohne Kinder - sollen sich rechtlich absichern können. Das  
516 ermöglichen soll ein Familienvertrag. Dafür muss der starre Ehebegriff im  
517 Grundgesetz außerdem durch einen vielfältigen Familienbegriff ersetzt werden.  
518 Ein solcher Familienvertrag soll die Ehe ablösen und zu einer gleichberechtigten  
519 Absicherung aller Familienmodelle führen.

520  
521 Dadurch beenden wir steuerliche Modelle, die Einverdiener\*innenehen fördern, was  
522 meist mit einer geringeren Erwerbstätigkeit und finanzieller Abhängigkeit von  
523 verheirateten Frauen einhergeht. So muss zu allererst und sofort das  
524 Ehegattensplitting abgeschafft werden. Aber auch andere jetzige finanzielle  
525 Vorteile einer Ehe wie zum Beispiel Freibeträge für Kapitalerträge, Schenkungen  
526 und Immobilienübertragungen, die an Ehepartner\*innen übertragen werden können.  
527 Hinterbliebenenrenten müssen überdacht werden und gegebenenfalls an  
528 Familienverträge angepasst oder abgeschafft werden.  
529 Außerdem muss sich die staatliche Förderung und Besteuerung mehr an den  
530 Bedürfnissen von Familien mit Kindern oder mit aufgrund von Erwerbsunfähigkeit

531 sowie Alter nicht mehr erwerbstätigen Familienmitgliedern orientieren. Deshalb  
532 fordern wir die Einführung eines Systems der individuellen Besteuerung bei  
533 gleichzeitiger Einführung einer Grundsicherung für Rentner\*innen und einer  
534 Kindergrundsicherung sowie einer Erhöhung und Flexibilisierung anderer  
535 Sozialleistungen, die die Kindererziehung finanziell unterstützen. Nicht zuletzt  
536 scheitern Anträge auf finanzielle Unterstützung nicht an der Berechtigung,  
537 sondern an einem hohen bürokratischen Aufwand oder unnötigen Hürden, die  
538 lediglich einer perfiden Logik der "richtigen" Anreizpolitik folgen. Deshalb  
539 fordern wir einen einfacheren Zugang zu Sozialleistungen und ein Ende dieser  
540 Gängelung.

## 541 **2. Gemeinschaft ist mehr als Kleinfamilie - Viel-Generationenhaus statt** 542 **Eigentumswohnung!**

543 Gemeinschaft und Solidarität sehen wir als Antwort auf Vereinzelung und den  
544 Versuch, die Interessen verschiedene Personengruppen gegeneinander auszuspielen  
545 oder aufzuwiegen.

546 Doch wenn wir konstatieren, was fehlt, dann wird auch klar, dass unserere Vision  
547 eines solidarischen Miteinander nicht ohne eine grundlegende Veränderung der  
548 gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklicht werden kann: Konkurrenzdenken und  
549 das permanente Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander können wir ohne  
550 den Leistungszwang und die Verwertungslogik des kapitalistischen Systems  
551 beenden. Der Zweck der Familie darf nicht ihren Höhepunkt in ihrer Funktion als  
552 Wirtschaftseinheit finden, genauso wenig stellen wir uns die Familie als letzten  
553 Rückzugsort vor. Gemeinschaft in der eigenen Familie oder vielleicht noch im  
554 eigenen Stadtviertel darf nicht die Ablehnung der Menschen in der nächsten  
555 Straße oder auch drei Orte weiter bedeuten. Für uns bedeutet das zunächst, neue  
556 Formen des Zusammenlebens zu entdecken.

557  
558 Wir wollen aktive Dörfer und Stadtviertel in denen Nachbar\*innenschaft gelebt  
559 wird, in denen man sich kennt - wenn man möchte - und sich unterstützt, wie man  
560 kann.

561 Die Förderung von Wohnprojekten, etwa für mehrere Generationen oder auch für  
562 verschiedene Familienkonstellationen und Lebensweisen, und auch von  
563 Stadtteilzentren könnten eine erste Maßnahme sein, Menschen, die Kontakt zu  
564 anderen suchen, diesen zu ermöglichen. Gerade bei Wohnprojekten könnte ein  
565 weiterer wichtiger Faktor Berücksichtigung finden: Sozialer Wohnungsbau.  
566 Besonders in Städten ist die Möglichkeit, genau so zu leben, wie man gerne  
567 möchte, eine finanzielle Herausforderung. Bezahlbarer Wohnraum gewährleistet  
568 nicht nur das Recht auf Wohnen, sondern kann zur Entwicklung eines neuen  
569 Miteinanders beitragen. Es dürfen keine ganze Gesellschaftsschichten aus  
570 bestimmten Vierteln und ganzen Städten verdrängt werden, denn so findet eine  
571 Segregation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen statt und eine  
572 gesamtgesellschaftliche Solidarität wird verhindert statt sie zu befördern.  
573 Stattdessen wollen wir Viertel, in denen die verschiedensten Menschen  
574 zusammenleben. Wird der Wohnraum zudem so gestaltet, dass er Platz für  
575 Miteinander in Gemeinschaftsgärten oder Innenhöfen, Großküchen und  
576 Aufenthaltsräumen bietet, kann das maßgeblich zur Entwicklung von Gemeinschaft  
577 beitragen. Es geht allgemein darum, Orte der Begegnung und des Miteinanders zu  
578 schaffen und zu unterstützen. Diese Räume sollen Menschen unabhängig ihrer  
579 Herkunft oder ihres Geldbeutels zur Verfügung stehen.  
580 Ein vernünftig ausgebauter, ticketloser Nah- und Fernverkehr - der unserer  
581 globalisierten Welt Rechnung trägt, soll den Menschen ermöglichen nicht nur vor  
582 Ort zuhause zu sein, sondern an vielen Orten.

## 583 **3. Armut muss ein Ende finden!**

584 Doch wir stehen vor einem weiteren Problem: Unserem Wirtschaftssystem ist nicht  
585 nur der Konkurrenzgedanke, sondern auch die Armut einiger Menschen inhärent. Das  
586 wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass niemand in Armut leben muss. Wer  
587 schon die eigene Lebensgrundlage nicht sicherstellen kann oder sich vor Armut im  
588 Alter fürchtet, wird ein solidarisches Miteinander erschwert. Uns geht es nicht  
589 darum, die Hartz IV-Sätze um ein paar Euro aufzustocken oder Elternfreibeträge  
590 einen Tick zu erhöhen. Das gute Leben für alle bedeutet, dass alle Menschen  
591 genug haben, um zu leben, statt nur zu überleben. Dazu gehört gesellschaftliche  
592 Teilhabe genauso wie ein angenehmer Lebensstandard, der es ermöglicht, nicht  
593 mehr jeden Euro umdrehen zu müssen - und zwar unabhängig von Lohnarbeit!

594  
595 Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht das aktuelle Soziale Sicherungssystem  
596 gerade nicht. Hartz IV entspricht nicht ansatzweise den Anforderungen einer  
597 existenzsichernden Grundsicherung, geschweige denn einen akzeptablen  
598 Lebensstandard und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Regelsätze  
599 müssen deshalb sofort angehoben werden – und das auf ein Niveau, das nicht nur  
600 die Existenz, sondern gesellschaftliche Teilhabe sichert. Dem widerspricht, dass  
601 Menschen das Existenzminimum gekürzt bekommen. Wir fordern die Sanktionspraxis  
602 sofort einzustellen und Hartz IV-Sanktionen generell abzuschaffen. Das ist das  
603 Minimum!

604 Darüber hinaus wollen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Dafür hat  
605 die GRÜNE JUGEND bereits 2007 und 2012 Konzepte vorgelegt. Das BGE soll dabei  
606 Sozialleistungen nicht ersetzen, wird aber einzelne Maßnahmen überflüssig  
607 machen. Für uns ist das BGE keine Utopie und kein Allheilmittel. Es lässt  
608 grundsätzliche Fragen über unsere Wirtschaftsweise unberücksichtigt. Doch es ist  
609 ein Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der niemand in Armut leben und zur  
610 Existenzsicherung auf Lohnarbeit angewiesen ist.

611 Es soll nicht länger einen Zwang zur Lohnarbeit geben. Das gilt natürlich in  
612 besonderem Maße für die Menschen, die nicht nur für sich selbst sondern auch für  
613 andere - besonders auch pflege- oder betreuungsbedürftige - Menschen  
614 Verantwortung übernommen haben. Natürlich ist uns klar, dass das Ende der  
615 Lohnarbeit nicht von heute auf morgen möglich ist. Und es ist wichtig zu  
616 erkennen: Auch wenn es keinen Zwang zur Lohnarbeit mehr gibt, wird  
617 Produktivität, also auch Arbeit, immer nötig sein, um Leben und Lebensstandards  
618 zu ermöglichen. Diese soll aber ein Beitrag zur Gesellschaft, kein Mittel zum  
619 Überleben sein.

#### 620 **4. Wir starten die Care Revolution!**

621 Carearbeit wird es immer geben: auch wenn die Digitalisierung weit  
622 voranschreitet und es ein Ende des Lohnarbeitszwangs gibt, es werden trotzdem  
623 immer Menschen Fürsorge brauchen. Und das ist auch gut so. Eine Gesellschaft  
624 lebt davon, dass die Menschen in ihr sich Gedanken umeinander machen, sich  
625 umeinander kümmern und füreinander Verantwortung übernehmen. Eine solidarische  
626 Gesellschaft kann es ohne diese Verantwortungsübernahme nicht geben. Doch sich  
627 alleine darauf zu verlassen, dass die Einzelnen sich schon kümmern werden - im  
628 Zweifelsfall diejenigen, die sich nicht dagegen wehren können - das kann keine  
629 dauerhafte Lösung sein.

630 Die Pflege der Alten, die Unterstützung für Kranke und die Erziehung der Kinder  
631 sehen wir als öffentliche Angelegenheit! Das bedeutet nicht, dass Menschen nicht  
632 weiterhin privat füreinander sorgen werden. Aber es bedeutet, dass die gesamte  
633 Gesellschaft und damit auch der Staat die Verantwortung haben, Sorgearbeit zu  
634 gewährleisten. Sorgearbeit darf nicht weiter in den unsichtbaren, privaten Raum  
635 zurückgedrängt, sondern muss politisch ausgehandelt werden!

636 Wir wollen die Freiheit zu entscheiden: Wer will für wen sorgen, wer will von  
637 wem umsorgt werden? - Ohne dass Menschen unter Zugzwang geraten, weil es  
638 niemanden gibt, der die eigene Mutter sonst pflegen oder für die Kinder kochen

639 würde.

640  
641 Wie kann es sein, dass es noch immer Frauen sind, die den Großteil der  
642 reproduktiven Arbeit leisten? Die althergebrachte Forderung, Frauen in den  
643 Produktionszyklus miteinzubinden, ist ihrer Verwirklichung inzwischen sehr viel  
644 näher. Nur ihr Ziel - nämlich reproduktive Arbeit neu zu verteilen und so zur  
645 Emanzipation der Frau aus ihrer Abhängigkeit zu kommen, hat sich nicht erfüllt.  
646 Stattdessen stellt sich zunehmend eine Doppelbelastung aus produktiver  
647 Lohnarbeit und und reproduktiver unbezahlter Arbeit her. Es liegt nicht in "der  
648 Natur der Frau" die Hausarbeit zu machen und dennoch hat sich die "weibliche  
649 Rolle" in den letzten Jahren nicht etwa aufgelöst, sondern trägt weiterhin dazu  
650 bei Frauen zu unterdrücken - diese Machtverhältnisse aufzulösen, ist unser Ziel.  
651 In den letzten Jahren erleben wir immer stärker, dass Tätigkeiten, die in der  
652 Vergangenheit als Hausarbeit galten und privat ausgeführt wurden, in  
653 Erwerbsarbeit überführt werden. Diese Entwicklung begrüßen wir grundsätzlich, da  
654 sie die patriarchale Trennung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre  
655 auflockert und zur Entlohnung von bisher unbezahlter Arbeit führt. Dafür sind  
656 Frauen auch diejenigen, die im neuen Dienstleistungssektor Pflege, Erziehung,  
657 Putzen und Bedienen auch in Lohnarbeit wieder zum großen Teil übernehmen. Die  
658 Bezahlung ist oft mies, die Arbeitsbedingungen bestimmen sich aus einer Mischung  
659 aus finanziellem und zeitlichen Druck.

660  
661 Dieses Problem betrifft uns alle. Denn im Laufe ihres Lebens sind fast alle  
662 Menschen auf Pflege, Betreuung oder Versorgung angewiesen – und das oftmals  
663 unter Umständen, in denen sie besonderen Schutz benötigen. Doch die Zustände in  
664 Pflege- und Betreuungseinrichtungen stellen in Frage, ob dieser Schutz im Moment  
665 gewährleistet werden kann. In der Pflege sind im Moment 17.000 Stellen  
666 unbesetzt, laut Bertelsmann-Studie fehlen knapp 100.000 Erzieher\*innen.  
667 SPD und Union haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, 8000 neue  
668 Pflegestellen im Rahmen eines Sofortprogrammes zu schaffen – obschon deutlich  
669 ist, dass der Bedarf um ein Vielfaches höher ist und es sich lediglich um  
670 Augenwischerei handelt, nicht um eine tiefgreifende Verbesserung im  
671 Pflegesektor. Konkrete Vorschläge, wie das Anwerben von Fachkräften aus dem  
672 Ausland, die vermeintlich eher bereit seien, bei niedrigem Lohn schlechte  
673 Arbeitsbedingen auszuhalten, verdeutlichen, dass die schlechten Bedingungen der  
674 Sorgearbeit nicht angegangen, sondern bloß auf andere Frauen umverteilt werden  
675 sollen. Es findet real keine Verbesserung der Lebenssituation von Pflegenden  
676 und damit von v.a. vielen Frauen statt und auch die gesellschaftlichen  
677 geschlechtsspezifischen Zuschreibungen werden höchstens um eine rassistische  
678 Komponente ergänzt.

679 Wir fordern deshalb, dass Sorgearbeit von gut ausgebildeten und gut bezahlten  
680 Fachkräften ausgeübt werden soll. Es braucht viel mehr qualifiziertes Personal,  
681 um die angespannte Personalsituation zu entlasten. Tägliche Überstunden, das  
682 Nichteinhalten der gesetzlichen Ruhezeiten und Vertretungsdienste an freien  
683 Tagen dürfen nicht länger die Regel sein!  
684 Damit verbunden muss auch bei der Qualität in Krankenhäusern und  
685 Pflegeeinrichtungen nachgebessert werden, schon alleine, um das Personal auch im  
686 Arbeitsfeld zu halten.

687  
688 In Einrichtungen der Kindertagesbetreuung aber auch in Altenheimen sind die  
689 Wartelisten oftmals sehr lang und selbst wenn man endlich bei der Vergabe  
690 berücksichtigt wird, bedeutet dies nicht, dass man einen bedarfsgerechten Platz  
691 erhält. Wir fordern daher, dass verbunden mit einem Ausbau der Qualität auch  
692 eine Erweiterung des Angebots einhergeht, die an den Lebensrealitäten von  
693 Menschen orientiert ist. Kritisch sehen wir jedoch Angebote, die zu einer  
694 weiteren Entgrenzung des Arbeitsmarktes beitragen könnten – nur weil es 24

695 Stunden Kitas gibt, was grundsätzlich besonders für Menschen im Schichtdienst  
696 auch zu begrüßen ist, sollten Arbeitnehmer\*innen niemals gezwungen werden  
697 können, dieses Angebot auch zu nutzen. Betreuungsangebote sollten vor allem die  
698 Bedürfnisse von Familien berücksichtigen, nicht zuvorderst die des  
699 Arbeitsmarktes.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **A5 Arbeit anders machen - Selbstbestimmung statt Lohnarbeitszwang!**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 13.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

### **Antragstext**

700 Die Digitalisierung schreitet rasant voran, verändert schon jetzt all unsere  
701 Lebensbereiche und wird in den nächsten Jahren zu immer größeren Umbrüchen  
702 insbesondere in der Arbeitswelt führen. Immer wieder wird sie als Revolution der  
703 Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Revolution setzt jedoch einen radikalen Bruch  
704 mit den gesellschaftlichen Verhältnissen voraus. Doch auch wenn grundlegende  
705 Veränderungen der Arbeitswelt gewiss und auch jetzt schon erlebbar sind, führt  
706 die Digitalisierung nicht automatisch zur Überwindung von bestehenden Problemen  
707 und verbessert nicht automatisch die Lebenssituation von Menschen, die auf  
708 Lohnarbeit angewiesen sind. Ganz im Gegenteil gibt es die Gefahr, dass sie  
709 bestehende Ungerechtigkeiten, Abhängigkeiten und Machtkonzentrationen noch  
710 verstärkt und zu einem immer größeren Zwang zur Selbstoptimierung und einer  
711 immer größeren Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit führt. In der Geschichte  
712 wurden wirtschaftliche Rationalisierungs- und Automatisierungsprozesse meist  
713 nicht zur Entlastung von Arbeitnehmer\*innen genutzt, sondern führten oft zu noch  
714 mehr Leistungsdruck und härteren Arbeitsbedingungen. Das muss und kann mit der  
715 Digitalisierung anders laufen. Denn sie birgt auch das Potenzial, die  
716 Selbstbestimmung und Rechte von Arbeitnehmer\*innen zu stärken und langfristig  
717 eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der jeder Mensch frei über seine Zeit  
718 verfügen kann und die notwendige Arbeit und der gesellschaftliche Reichtum  
719 gerecht verteilt sind.

### **720 Modernisierung der Arbeitswelt politisch gestalten**

721 Welches dieser Szenarien eintritt, hängt davon ab, ob und wie die  
722 Digitalisierung politisch gestaltet wird. Wir wollen uns weder einem blinden  
723 Technikglauben noch einer rückwärtsgewandten Technikfeindlichkeit hingeben,  
724 sondern die Chancen der Digitalisierung im Wissen ihrer Risiken nutzen. Denn die  
725 Entwicklung der technischen Möglichkeiten ist für uns kein Selbstzweck, sondern  
726 ein Mittel für politischen Fortschritt und ein Mehr an Gerechtigkeit und  
727 Freiheit. Dafür müssen wir begeisternde Visionen schaffen, die aufzeigen, wie  
728 wir Arbeit in einer digitalisierten Welt denken können und wie die  
729 Digitalisierung zur größeren Freiheit des Individuums beitragen kann. Für uns  
730 ist klar, dass das nur gelingen kann, wenn sich die Produktion in Zukunft an den  
731 Bedürfnissen von Menschen und nicht an Profiten orientiert. Das bedeutet auch,  
732 dass wir mit den neoliberalen Glaubenssätzen von Privatisierung, Vermarktlichung  
733 und Deregulierung brechen müssen. Nur durch einen echten politischen  
734 Gestaltungswillen, klare Regulierungen, Lust an der Veränderung und einer  
735 Überwindung der reinen Verwertungslogik kann die Digitalisierung im Sinne der  
736 Selbstbestimmung und Gerechtigkeit umgesetzt werden. Die technischen  
737 Möglichkeiten für eine Gesellschaft ohne Armut und Zwang zur Lohnarbeit sind  
738 immer mehr gegeben - lasst sie uns gemeinsam nutzen!  
739 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen nicht auf Lohnarbeit  
740 angewiesen sind, um ihre Existenz zu sichern. Die Digitalisierung kann

741 langfristig dazu führen, dass das Maß an Arbeit, das von Menschen getätigt  
742 werden muss, abnimmt. Das ist für uns nichts Negatives, sondern kann in  
743 Verbindung mit einem funktionierenden System der sozialen Sicherung und einer  
744 gerechten gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit zu mehr Freiheit und  
745 Selbstbestimmung beitragen. Es wäre jedoch zu kurz gedacht, drohende  
746 Arbeitsplatzverluste im Hier und Jetzt deshalb schön zu reden, da diese mit der  
747 Gefahr von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden sind. Die  
748 genannten Verbesserung treten nur dann ein, wenn die Digitalisierung von einer  
749 emanzipatorischen Sozial- und Arbeitspolitik begleitet und gestaltet wird,  
750 weshalb wir in diesem Antrag einen Schwerpunkt auf diese Themenfelder legen. Wir  
751 wollen Perspektiven für Menschen, deren Arbeitsplatz durch die Digitalisierung  
752 bedroht ist und den Einsatz für Arbeitnehmer\*innenrechte mit der langfristigen  
753 Vision einer Gesellschaft, in der Menschen selbst über ihre Zeit und  
754 Arbeitskraft verfügen können, zusammen denken.  
755  
756 Auf dem Weg in eine Gesellschaft, die den digitalen Wandel dazu genutzt hat, den  
757 Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, wollen wir:

### 758 **1. Arbeit und Wohlstand gerecht verteilen!**

759 Die Digitalisierung der Arbeitswelt soll und muss zur Reduzierung der durch  
760 Menschen geleisteten Arbeit führen. Arbeit, die von Maschinen übernommen werden  
761 kann und deren Übertragung an Maschinen ethischer Konsens ist, sollte Maschinen  
762 überlassen werden, um dadurch wieder mehr Freiräume für das Leben der Menschen  
763 zu schaffen. Wir begegnen dem digitalen Wandel nicht mit dem Schüren von Ängsten  
764 vor Arbeitsplatzverlust, sondern mit Vorfreude auf weniger Arbeit, die wir auf  
765 mehr Schultern verteilen. Wir wollen nicht verhindern, dass den Menschen Arbeit  
766 abgenommen werden kann. Doch wir wollen, dass aus weniger benötigter Arbeit  
767 weniger Arbeit für alle wird und, dass es bei dieser Entwicklung gerecht zugeht.  
768 Die GRÜNE JUGEND fordert für alle Arbeitnehmer\*innen die 28-Stunden Woche als  
769 neue Vollzeit mit der Perspektive auf weitere Verkürzungen und perspektivisch  
770 die Möglichkeit für alle Arbeitnehmer\*innen, ihre Arbeitszeit flexibel mit den  
771 Arbeitgeber\*innen zu vereinbaren und weiter abzusenken, ohne das Rückkehrrecht  
772 auf Vollzeit zu beschneiden.  
773 Arbeit bedeutet heute für den Großteil der Menschen - auch im Gegensatz zu den  
774 Sozialsystemen - finanzielle und soziale Absicherung und die muss unter allen  
775 Umständen gewahrt bleiben. Als einen Schritt dorthin betrachten wir die  
776 Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches die Menschen zunächst  
777 vor Existenzsorgen schützen soll.

778  
779 Das Weniger an Arbeit und ihre grundlegende Veränderung wird sich insbesondere  
780 in der Industrie abspielen. Es wird weiterhin ein produzierendes Gewerbe  
781 brauchen: Denn eine gute Infrastruktur baut sich nicht von alleine. Wir wollen  
782 eine Industrie, die ökologisch und nachhaltig produziert, um  
783 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und die sich nach den  
784 Bedürfnissen der Menschen und nicht des Marktes richtet. Wir erkennen an, dass  
785 die Menschen, die beispielsweise in den Thyssen-Krupp Stahlwerken im Ruhrgebiet  
786 arbeiten und um ihre Jobs bangen, berechnete Sorgen um die eigene Zukunft und  
787 Lebensgrundlage haben. Durch globale Zusammenhänge wird diese existenzielle  
788 Bedrohung vielerorts noch verstärkt.  
789 Deshalb braucht es insbesondere für den Übergangszeitraum nach der Veränderung  
790 von individuellen Fabriken & Co auf der einen Seite und der generellen  
791 Produktion auf der anderen Seite, staatliche Regulierung und Unterstützung. Ein  
792 Förderfonds kann dabei helfen, Industriearbeitsplätze, wenn dringend notwendig,  
793 für einen stark begrenzten Zeitraum aufrechtzuerhalten. Eingebettet in eine  
794 Europäische Industriestrategie muss der Strukturwandel so aktiv gestaltet  
795 werden.

796  
797 Darüber hinaus müssen wir aber verhindern, dass Arbeitgeber\*innen sich mithilfe  
798 der Maschinisierung aus der Verantwortung ziehen. Je geringer der Faktor  
799 menschliche Arbeitskraft in der Wertschöpfung wird, desto mehr Macht und  
800 Wohlstand konzentriert sich bei den Eigentümer\*innen der Maschinen, die mehr  
801 profitieren, ohne weiterhin für Menschen und ihr Wohlergehen Verantwortung  
802 tragen zu müssen. Dem wollen wir beispielsweise mit einer Roboter-Steuer  
803 entgegenwirken, die der Höhe der wegfallenden Sozialabgaben durch  
804 neuangeschaffte Maschinen entspricht. So kann ein Mindestbeitrag zum  
805 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand garantiert werden. Doch klar ist, dass die  
806 Roboter-Steuer nur einer von vielen Beiträgen zu einer gerechten Umverteilung  
807 sein kann. Wir knüpfen an unsere bisherigen Beschlüsse an und machen uns weiter  
808 für eine solidarische Besteuerung von Vermögen und Gewinnen stark!

## 809 **2. Arbeit gerecht gestalten!**

810 Immer mehr Menschen bearbeiten nach Feierabend noch schnell ein paar Mails oder  
811 klären Berufliches zwischendurch in der WhatsApp-Gruppe. Gerade in StartUps und  
812 Unternehmen, die sich schnell den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen  
813 (wollen), gewinnen Teamgefühl, gute technische Ausstattung und der Kicker im  
814 Pausenraum an Bedeutung.  
815 Doch der Druck zur Produktivitätssteigerung ist auch dort vorhanden, wo der  
816 Arbeitsplatz als neuer Lebensmittelpunkt gefeiert und gestaltet wird. Diese  
817 Strategie nutzt die emotionale Bindung an Team und Arbeitsstelle aus, um extrem  
818 niedrige Bezahlung und abstruse Arbeitszeiten zu rechtfertigen.  
819 Seit die Notwendigkeit zur Anwesenheit in vielen Arbeitsbereichen nicht mehr  
820 gegeben ist, erleben wir die Ambivalenz der damit einhergehenden  
821 Flexibilisierung. Einerseits findet eine immer größer werdende Entgrenzung  
822 zwischen Arbeit und Freizeit statt, andererseits bietet sie die Chance  
823 selbstbestimmter zu arbeiten und Arbeit neu zu strukturieren.  
824 Diese Chance sollten wir nutzen und gleichzeitig verhindern, dass Arbeitnehmende  
825 dem Druck ausgesetzt sind, ständig erreichbar und immer im Leistungsmodus sein  
826 zu müssen.  
827 Deshalb wollen wir, dass Arbeitnehmende ihre Arbeitszeit, dort wo möglich, nach  
828 dem Gleitzeitmodell frei einteilen können, aber dass auch hier eine strikte  
829 Zeitgrenze von 8-20 Uhr gewahrt wird. Auch das Home Office, das in den letzten  
830 Jahren immer beliebter wurde, kann zu einem Mehr an Selbstbestimmung führen.  
831 Doch wir müssen dafür sorgen, dass Pausenzeiten und Stundenzahlen auch im  
832 HomeOffice eingehalten werden, um Ausbeutung zu verhindern.

## 833 **Mehr Frei(zeit)!**

834 Wir finden: Arbeit ist fürs Leben da, nicht das Leben für die Arbeit. Deshalb  
835 wollen wir mehr Freiräume für Arbeitnehmer\*innen schaffen, auch über die  
836 Absenkung der Wochenarbeitszeit hinaus: die gesetzliche Mindesturlaubszeit soll  
837 auf mindestens 7 Wochen erhöht werden. Außerdem sollen Arbeitnehmer\*innen das  
838 Recht auf Auszeiten haben: wir wollen ermöglichen, dass Arbeitgeber\*innen  
839 mindestens ein Sabbatical pro 10 Jahre Erwerbsarbeit gewähren müssen.  
840 Arbeitnehmende können so ohne Angst vor Jobverlust & Existenzangst eine Auszeit  
841 von ihrer beruflichen Tätigkeit nehmen.

## 842 **Guter Lohn für alle!**

843 Insbesondere solange Lohnarbeit etwas ist, von dem ein Großteil der Menschen  
844 abhängig ist, muss diese gut entlohnt werden - gerade, wenn wir die Chancen der  
845 Digitalisierung nutzen und Arbeit reduzieren wollen. Arbeit ist für  
846 Arbeitnehmer\*innen kein Selbstzweck, sondern dient ihnen in erster Linie zur

847 Finanzierung ihres Überlebens und des eigenen Lebensstandards. Die Löhne in  
848 Deutschland sind im europäischen Vergleich Schlusslicht. Mehr und mehr Menschen  
849 können nicht länger von ihrem Gehalt leben, während gleichzeitig Bonis von  
850 Managern & Co immer weiter steigen. Und zu viele Unternehmen nutzen den Luxus,  
851 ihren Mitarbeiter\*innen so wenig Lohn zu zahlen, dass die Solidargemeinschaft  
852 eingreifen und Gehälter aufstocken muss, um Menschen ein menschenwürdiges Leben  
853 für sich und ihre Familie zu ermöglichen.  
854 Für uns als GRÜNE JUGEND ist deshalb klar, dass gut bezahlte und unbefristete  
855 Arbeit wieder zum Standard werden muss. Alle Ausnahmen vom Mindestlohn sollen  
856 ersatzlos gestrichen werden, der Mindestlohn selbst kontinuierlich erhöht  
857 werden. Wir setzen uns für eine Anhebung des Mindestlohns auf 15€ pro Stunde ein  
858 - bei gleichzeitiger Festsetzung einer Lohnobergrenze, die sich an dem Gehalt  
859 derer im Unternehmen orientiert, die am wenigsten verdienen. Die Lohnobergrenze  
860 wollen wir auf das zehnfache des niedrigsten Lohnes festsetzen. Langfristig  
861 denken wir über die Entkoppelung des Lohns von der geleisteten und der  
862 festgeschriebenen Stundenzahl nach. Entlohnung auf Verhandlungs- und  
863 Vertrauensbasis kann ein Schritt hin zu einem fairen und solidarischen  
864 Miteinander sein, uns ist jedoch bewusst, dass sie im Rahmen der bestehenden  
865 Verhältnisse zu einer Aushöhlung von Arbeitnehmer\*innenrechten führen würde.

866 Selbstständige unterstützen!

867 Bei alledem müssen wir auch diejenigen im Blick behalten, die in keinem  
868 Arbeitnehmendenverhältnis sind und als (Solo-)Selbstständige, Freelancer, Cloud-  
869 oder Clickworker ihr Geld verdienen. Die Zahl der Selbstständigen steigt und  
870 wird es in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter tun. Selbstständige sind  
871 oft unterschiedlichen gesetzlichen Regularien ausgesetzt, die nicht nur  
872 verwirren, sondern auch allesamt keinen Schutz vor Ausbeutung garantieren. Wir  
873 wollen deshalb in jeder Kommune ein Zentrum als Beratungsstelle für  
874 Selbstständige aufbauen, das dabei hilft Ausbeutung und Leistungsdruck zu  
875 bekämpfen. Langfristig wollen wir einen gesetzlichen Schutz für Selbstständige  
876 schaffen, indem auch ihr Recht auf Freizeit festgeschrieben wird. Gegen  
877 Scheinselbstständigkeit wollen wir konsequent vorgehen und hier vor allem die  
878 Unternehmen statt den ihrerseits abhängigen (Schein-)Selbstständigen in die  
879 Pflicht nehmen.

880 Datenschutz und Privatsphäre schützen!

881 Neue technologische Möglichkeiten bergen auch eine Gefahr für die Privatsphäre  
882 der Arbeitnehmenden: Von wann bis wann der Rechner genutzt wurde, welche  
883 Rufnummern angerufen wurden und welche Websites besucht wurden, lässt sich in  
884 Zukunft leichter erfassen als bisher. Wir wollen die Privatsphäre der  
885 Arbeitnehmenden absichern und fordern daher die Pflicht für die berufliche  
886 Tätigkeit eigene technische Geräte zur Verfügung zu stellen. Denn der Trend zum  
887 HomeOffice darf nicht dazu führen, dass die privaten Geräte der Arbeitnehmenden  
888 mit den privatesten Daten in das Berufsleben eingebunden werden. Darüberhinaus  
889 wollen wir das Recht auf Privatsphäre am Arbeitsplatz - egal ob im Büro oder  
890 HomeOffice - festschreiben. Softwares, die die Arbeitstätigkeit der  
891 Mitarbeitenden erfassen und Überwachungstechnologien wollen wir hingegen  
892 verbieten.

893 **3. Digitalisierung zur Revolution der Geschlechterverhältnisse nutzen?!**

894 Als feministischer Verband denken wir den Kampf für Gleichberechtigung in all  
895 unserem politischen Handeln mit. Unser Ziel ist es deshalb, die Digitalisierung  
896 der Arbeitswelt so zu gestalten, dass sie zu einer Überwindung von ungleichen  
897 Geschlechterverhältnissen beiträgt. Häufig wird behauptet, dass eine

898 Flexibilisierung der Arbeit automatisch die Besserstellung von Frauen mit sich  
899 bringt, da sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt. Das ist jedoch  
900 keine Selbstverständlichkeit, in vielen Fällen führt genau diese  
901 Flexibilisierung zu einer Mehrbelastung von Frauen, die sich weiterhin um die  
902 häusliche Care-Arbeit kümmern müssen und sich gleichzeitig immer weniger  
903 gegenüber ihrem Beruf abgrenzen können. Hinzu kommt, dass die zunehmende  
904 Entgrenzung und Verschmelzung von Arbeitskraft und Privatperson zu einer hohen  
905 Belastung in Berufen führt, die traditionell von Frauen ausgeübt werden. So sind  
906 zum Beispiel die Depressionsraten in Service- und Sozialberufen besonders hoch.  
907 Unser Ziel kann es insgesamt nicht sein, dass Frauen Beruf und Familie ein  
908 bisschen besser unter einen Hut bekommen und der Großteil der Care- und  
909 Reproduktionsarbeit weiter an ihnen hängen bleibt. Stattdessen müssen wir die  
910 Digitalisierung der Arbeitswelt so nutzen, dass sie zum Beispiel durch eine  
911 allgemeine Arbeitszeitverkürzung eine wirklich partnerschaftliche Aufteilung von  
912 Care-Arbeit ermöglicht. Das kann nur gelingen, wenn wir die Digitalisierung mit  
913 unseren sonstigen feministischen Forderungen, arbeitsmarktpolitisch und darüber  
914 hinaus, zusammen denken.

915  
916 Weiterhin setzt eine feministische Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft  
917 grundlegende Veränderungen im Bereich der Care-Berufe voraus. Die  
918 Digitalisierung führt dazu, dass viele Tätigkeiten, die bisher von Menschen  
919 ausgeübt werden, in Zukunft von Maschinen übernommen werden können. Es gibt  
920 jedoch auch Bereiche, bei denen wir es wichtig finden, dass sie auch in Zukunft  
921 von Menschen ausgeübt werden. Das heißt nicht, dass nicht auch in diesen  
922 Bereichen die Digitalisierung zur Erleichterung der Arbeit und Verbesserung der  
923 Arbeitsverhältnisse genutzt werden soll. Es gibt jedoch Kernbereiche,  
924 insbesondere im Spektrum der Care-Berufe, die zwischenmenschliche Beziehung und  
925 Empathie voraussetzen und das auch in Zukunft sollen. Im Moment werden diese  
926 Tätigkeiten zum großen Teil von Frauen ausgeübt. Damit die Digitalisierung der  
927 Arbeitsverhältnisse nicht zu einer Schlechterstellung von Frauen führt, müssen  
928 also Berufe, die in diese Kategorie fallen und die auch in Zukunft von Menschen  
929 ausgeübt werden sollen, aufgewertet, im Sinne einer fairen Bezahlung und  
930 besseren Arbeitsbedingungen, werden.

#### 931 **4. Arbeit demokratisieren**

932 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Entscheidungen über Herstellung und  
933 Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands demokratisch getroffen werden.  
934 Deshalb streben wir nach einer Wirtschaftsdemokratie, also die demokratische  
935 Organisation von Wirtschaft. Leider sind wir von diesem Ziel im Moment weit  
936 entfernt: durch Deregulierung, Flexibilisierung und Vereinzelung in neoliberalen  
937 Zeiten haben Gewerkschaften, als Formen der kollektiven Interessensvertretung,  
938 an Bedeutung und Macht verloren. Doch wir sind davon überzeugt, dass in der  
939 Digitalisierung auch Chancen für ein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung liegen.  
940 Durch neue Formen der Kommunikation und neue Konzepte der Zusammenarbeit und  
941 Entscheidungsfindung, können Hierarchien abgebaut und eine stärkere Beteiligung  
942 von Arbeitnehmer\*innen sicher gestellt werden. Diese Nutzung von  
943 Digitalisierungsschüben im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft, setzt  
944 jedoch voraus, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden.  
945 Das bedeutet zunächst, dass wir uns nicht mit Scheinbeteiligung zufrieden geben  
946 dürfen. In immer mehr Unternehmen wird durch freundschaftlichen Umgang, eine  
947 stärkere Feedbackkultur, der zunehmenden Identifikation mit dem Betrieb und  
948 einer Vermischung von Berufs- und Privatleben der Eindruck von hierarchiefreier  
949 Mitbestimmung erweckt. Dabei handelt es sich jedoch zumeist um einen  
950 Trugschluss, da die ökonomische Macht, sowohl im Sinne des Eigentums an  
951 Produktionsmitteln als auch der tatsächlichen Entscheidungsbefugnis, nach wie  
952 vor bei den Arbeitgeber\*innen liegt. Für eine tatsächliche Wirtschaftsdemokratie

953 gilt es deshalb, die Machtfrage zu stellen. Das bedeutet zum einen, dass wir  
954 eine gemeinschaftlich organisierte Wirtschaft brauchen, in der  
955 Entscheidungsbefugnisse, Produktionsmittel und damit Macht gerecht verteilt  
956 sind. Außerdem sehen wir folgende mittelfristige Schritte als notwendig:

957  
958 Erstens müssen die Rechte von Gremien der kollektiven Mitbestimmung, also  
959 insbesondere von Betriebsräten gestärkt werden. In den letzten Jahren konnten  
960 wir sehen, wie immer wieder das Prinzip der individuellen Partizipation dem der  
961 kollektiven Mitbestimmung vorgezogen wurde. Dieser Trend führt jedoch im  
962 Endeffekt zu einer enormen Schwächung der Position von Arbeitnehmer\*innen,  
963 gerade wenn es um hard facts wie Lohnverhandlungen geht. Wir setzen uns dafür  
964 ein, dass Betriebsräte gerade in den Bereichen, in denen die Digitalisierung  
965 sich am deutlichsten abzeichnet, ein Mitspracherecht bekommen. So fordern wir  
966 eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Betriebsräten ein  
967 Mitentscheidungsrecht bei allen Fragen rund um Home Office und  
968 Arbeitszeitvereinbarungen gibt. Außerdem setzt eine wirkliche Demokratisierung  
969 von Unternehmen voraus, dass Betriebsräte nicht nur bei sozialen oder  
970 arbeitsrechtlichen, sondern auch unternehmerischen Fragen mitentscheiden können.  
971 Wir wollen, dass auch Menschen, die sich gerade im Bereich der  
972 Scheinselbstständigkeit befinden, die Möglichkeit einer kollektiven Vertretung  
973 und Teil eines Mitbestimmungsprozesses werden. Dafür brauchen wir einen neuen  
974 Begriff von Betrieben, der auch diese Formen der Beschäftigung erfasst und die  
975 Organisierung ermöglicht.

976  
977 Zweitens wollen wir die gesellschaftliche Rolle von Gewerkschaften stärken.  
978 Unser Demokratiebegriff geht über die rein politische Sphäre hinaus, sondern  
979 umfasst die gesamte Gesellschaft und damit insbesondere auch Wirtschaft und  
980 Arbeitsleben. Den Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie können  
981 ein wichtiger Gegenpol zur zunehmenden Demokratieverdrossenheit sein, sofern sie  
982 konsequent die Interessen von Arbeitnehmer\*innen vertreten und gleichzeitig ein  
983 politisches Mandat einnehmen und an Prozessen der gesellschaftlichen  
984 Willensbildung teilnehmen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung des  
985 politischen Streikrechts ein. Die Arbeit von Gewerkschaften wird durch die  
986 zunehmende Entkopplung von Arbeit von einem bestimmten Ort erschwert, da  
987 Massenbetriebe zunehmend ihre Bedeutung als Ort der politischen Mobilisierung  
988 verlieren. Umso wichtiger ist es, dass Gewerkschaften die neuen  
989 Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um möglichst viele Mitglieder zu erreichen  
990 und einzubinden.

991  
992 Für uns ist klar, dass sich unser Kampf für eine Demokratisierung der Wirtschaft  
993 nicht auf den nationalen Rahmen beschränken darf, sondern global gedacht werden  
994 muss. Wir wollen Mitbestimmung überall ermöglichen. Ein erster Schritt dafür ist  
995 die Einführung einer verpflichtenden und tatsächlichen betrieblichen  
996 Mitbestimmung für alle Gesellschaftsformen des EU-Rechts. So wollen wir etwa die  
997 Montanmitbestimmung europaweit garantieren.

## 998 **5. Digitales in die Bildung - Gerechtigkeit von Anfang an mitdenken!**

999 Als GRÜNE JUGEND sehen wir Bildung als Weg zur kritischen Bewusstseinsausbildung  
1000 und Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung - nicht als ersten Schritt in die  
1001 Zwänge von Verwertungslogik & Co. Der Zweck und Auftrag von Schule und anderen  
1002 Bildungseinrichtungen darf deshalb nicht die reine Vorbereitung auf das  
1003 Arbeitsleben sein. Doch die Realität sieht anders aus: insbesondere Kinder und  
1004 Jugendliche aus armen Familien sind darauf angewiesen in der Schule digitale  
1005 Möglichkeiten kennenzulernen und zu lernen mit ihnen umzugehen und zu arbeiten -  
1006 auch und gerade wenn zuhause kein Tablet oder die neusten Gadgets zur Verfügung  
1007 stehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass bereits bestehende Ungleichheiten und

1008 Ungerechtigkeiten, die mit und im Bildungssystem zementiert werden, noch  
1009 gravierendere Auswirkungen auf die Zukunft dieser Menschen hat. Deshalb fordern  
1010 wir als GRÜNE JUGEND den digitalen Wandel in den Schulen beginnen zu lassen.  
1011 Dieser bestimmt heute den Alltag der meisten Schüler\*innen, Auszubildenden und  
1012 Studierenden, den Schulalltag meist jedoch nur mäßig bis gar nicht. Die  
1013 Realität, dass 9 von 10 Schüler\*innen ein Smartphone in der Tasche haben,  
1014 einfach durch ein Anschalt-Verbot totzuschweigen, wird unserem Anspruch auf  
1015 zeitgemäße Schulbildung nicht gerecht.  
1016 Wir wollen digitale Bildung als ganzheitliche Bildungsaufgabe in den Lehrplänen  
1017 verankern. Digitalunterricht stellen wir uns nicht als weitere Unterrichtsstunde  
1018 vor, die im Rahmen des Informatikunterrichts nebenbei mitgemacht wird. Er muss  
1019 allumfassend sein und auch die bisherigen Bildungsinhalte hinterfragen. Digitale  
1020 Medien sind nicht nur Beschäftigungsmöglichkeit, sondern auch Wissensspeicher.  
1021 Diesen erfolgreich zu nutzen anstatt das Auswendiglern-Bildungssystem  
1022 unreflektiert fortzusetzen, ist nur ein Aspekt von vielen.  
1023 Für Lehrkräfte braucht es umfassende Fortbildungen. Denn welche Lehrkraft soll  
1024 Schüler\*innen beispielsweise im Bereich des Datenschutzes bilden, wenn es dieser  
1025 meist nicht einmal gelingt, den Beamer einzuschalten. Das Bildungssystem ist  
1026 gerade in Bezug auf den digitalen Wandel absolut defizitär und muss grundlegend  
1027 erneuert werden. Dafür bedarf es auch einer entsprechenden finanziellen  
1028 Ausstattung. Die GRÜNE JUGEND fordert die Aufhebung des Kooperationsverbotes als  
1029 Chance zu nutzen, um die Schulen mit fortgebildeten Lehrkräften, aber auch  
1030 hochwertiger Hardware und Hochleistungsanschlüssen zum Internet auszustatten.  
1031  
1032 Digitale Bildung soll jedoch auch nicht nach dem Schulabschluss enden, sondern  
1033 einen lebenslangen Prozess darstellen, da die Menschen mit dem Fortschreiten des  
1034 digitalen Wandels auch immer die Befähigung erhalten müssen, die neu  
1035 entstehenden Chancen und Risiken als solche auszumachen und zu nutzen. Bezahlter  
1036 Bildungsurlaub für Aus- und Weiterbildung für alle Menschen egal welchen Alters  
1037 bleibt daher Grundforderung der GRÜNEN JUGEND. Der digitale Wandel kann nur  
1038 gesamtgesellschaftlich zum Erfolg werden.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**A6 Intervention in den Diskurs: Neoliberalismus entschieden bekämpfen!**

Antragsteller\*in: Felix Steins  
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

**Antragstext**

1039 Spätestens seit der Finanzkrise, in der das Scheitern des politischen  
1040 Marktradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein  
1041 ernsthafter Politiker mehr politisch als „neoliberal“ outen. In weiten Teilen  
1042 der gesellschaftlichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab,  
1043 selbst äußerst bürgerliche Reformisten wie Cem Özdemir [1] tun dies. Dass der  
1044 Begriff verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die  
1045 jahrzehntelang vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So  
1046 sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer  
1047 immer noch nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu  
1048 Unternehmen zur Produktion von „Humankapital“ und die Vermögenskonzentration  
1049 nimmt immer weiter zu.

1050 Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der gesellschaftlichen Linken  
1051 nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom Label „neoliberal“  
1052 hinauszukommen – die entscheidenden Begriffsverdrehungen, Mythen und  
1053 Assoziationen, mit der die Ideologie des Neoliberalismus den politischen Diskurs  
1054 geprägt hat und weiterhin prägt, stehen nach wie vor fast unwidersprochen im  
1055 Raum.

1056 Einige Beispiele seien an dieser Stelle erwähnt:

1057 Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wachstum und  
1058 Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung und guten Löhnen  
1059 andererseits:

1060 Der Neoliberalismus behauptet, niedrige Löhne und wenig Umverteilung (zB in Form  
1061 von Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit und gutem  
1062 wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das wesentliche Hemmnis  
1063 für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht die Tatsache, dass  
1064 Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, Forschen und Leute einstellen  
1065 zu können – sondern, dass sie das nur dann auch tun werden, wenn die damit  
1066 verbundene Ausweitung der Produktion sich auch lohnen. Und das wiederum ist nur  
1067 dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die hauptsächlich von  
1068 den Masseneinkommen abhängt, ausreichend wächst. Höhere Löhne und mehr  
1069 Umverteilung führen also in Wahrheit zu weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum  
1070 und mehr technologischem Fortschritt (allerdings weniger Reichtum für Reiche).

1071 Der Mythos, das Sparen gut und Schulden böse seien:

1072 Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für

1073 einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf  
1074 gesamte Volkswirtschaften (Analogie der „schwäbischen Hausfrau“). Erstens können  
1075 Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden summieren sich  
1076 immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um zu investieren,  
1077 wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder wenn Staaten  
1078 Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuverteilen, nützt dies der  
1079 wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit,, als Volkswirtschaft mehr  
1080 zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich verschuldet – das kann  
1081 allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit in den  
1082 südeuropäischen Staaten, keine Lösung.

1083 Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; „There is no such thing as  
1084 society“

1085 Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbewerb  
1086 zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben, Effizienz  
1087 und Egoismus, ebenfalls sinnvoll Prinzipien für die gesellschaftlichen  
1088 Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu Staaten sei.  
1089 Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteuerwettbewerb zwischen  
1090 Staaten, der „marktkonformen Demokratie“, der Inkaufnahme bestehender  
1091 Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Behauptung, in der  
1092 Politik ginge es um die Durchsetzung von Einzelinteressen, das Wort geredet.  
1093 Jede linke Organisierung oder überhaupt die Überzeugung davon, dass es ein  
1094 Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage gestellt. In Wahrheit ist der  
1095 Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch unser Wohlstand wird nicht durch  
1096 Individuen, die sich konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen geschaffen,  
1097 sondern durch gesellschaftlich organisierte Arbeitsteilung.

1098 Leistungsträgerideologie

1099 Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von  
1100 besonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von „Faulheit“  
1101 sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner  
1102 derzeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet  
1103 (insbesondere zum Beispiel Erbschaften) – und außerdem, dass der Kapitalismus  
1104 nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird  
1105 die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht  
1106 vermarktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die  
1107 nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als „Faulheit“ diffamiert,  
1108 insbesondere zum Beispiel (linkes) politisches Engagement.

1109 Aber auch die Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken,  
1110 „Chancengleichheit“ zu realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine  
1111 Verwerfung der Leistungsideologie – behauptet sie doch, dass alles gerecht sei,  
1112 wenn nur alle benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen  
1113 Startvoraussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit  
1114 sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

1115 Fazit:

1116 Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich.  
1117 Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte

1118 verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellungen  
1119 über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht  
1120 gesamtgesellschaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den  
1121 gesellschaftlichen Diskurs wieder echt nach links zu verschieben – und nicht  
1122 zuletzt dadurch erst wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen  
1123 Erfolg von Rechten zu werden.

1124 Die GRÜNE JUGEND beschließt,

1125

1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen.

1126

1127

1128 2. die Verwendung neoliberaler Konzepte und Begriffe in ihrem Sprachgebrauch  
1129 zu vermeiden beziehungsweise kritisch-distanziert als Ideologie kenntlich  
1130 zu machen. Dazu gehören die Gleichsetzung von „gut/schlecht für die  
1131 Wirtschaft“ und „gut/schlecht für die Unternehmen“; die „schwäbische  
1132 Hausfrau“; die Behauptung, man könne „über seine Verhältnisse leben“; die  
1133 Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Arbeitslosigkeit entstehen; die  
1134 moralische Einteilung in „gut/schlecht“ für Sparsamkeit und Verschuldung;  
1135 dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie einnehmen; die  
1136 Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Niedriglohnssektors)  
1137 Deutschlands; den Euphemismus des „Wettbewerbs“, wenn es nicht explizit um  
1138 den Wettbewerb zwischen Unternehmen geht; dass Vollbeschäftigung unmöglich  
1139 sei; dass sich die Produktivität kaum noch entwickelt, weil alle Menschen  
1140 gesättigt seien vom Wohlstand; dass Arbeitslose und andere Prekarisierte  
1141 sich einfach nur mehr anstrengen müssten; dass ökonomischer Erfolg als  
1142 „Leistung“ verklärt wird; die „Chancengerechtigkeit“; dass „der Markt“  
1143 grundsätzlich effizient sei und alles deshalb möglichst marktlich zu  
1144 organisieren sei; der Euphemismus „Freihandel“; die Normalisierung aller  
1145 Selektion, die ökonomisch begründet wird (zum Beispiel Numerus Clausus  
1146 etc); der Begriff „Humankapital“; des „wenn jeder an sich denkt, ist an  
1147 alle gedacht“; die Behauptung, der Kapitalismus sei ein rein ökonomisches  
1148 und kein politisch-gesellschaftliches (Macht)Verhältnis; dass Politik der  
1149 Kampf um die Durchsetzung von Partikularinteressen sei; die  
1150 Naturalisierung und damit Inkaufnahme von Ungleichheit; dass jeder „an  
1151 sich arbeiten“ müsse, um sich gegen andere durchzusetzen; die Verwendung  
1152 ökonomischer Begriffe in nicht-ökonomischen Kontexten; die Behauptung,  
1153 dass Menschen grundsätzlich egoistisch seien; dass Menschen sich an  
1154 Standards, die „der Arbeitsmarkt“ setzt, anpassen müssten; und  
1155 grundsätzlich alle weiteren Ideologiefragmente, die der Neoliberalismus in  
seiner schier unendlichen Kreativität im Alltagsverstand vieler Menschen  
platziert hat.

1156

1157

1158 3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 2. benannten, neoliberalen  
1159 Konzepte und Begriffe, mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert

ist, als solche zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt und scharf als Ideologie verurteilt.

1160 [1]: <https://www.youtube.com/watch?v=u0zW7jI5xio> ab 0:20 bis 0:40

### **Begründung**

mündlich

## **A7 Antifaschismus muss links sein!**

Antragsteller\*in: Felix Steins

Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

### **Antragstext**

1161 Mit dem Erstarren rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt, insbesondere  
1162 auch in Deutschland, beobachten müssen, ist die Relevanz antifaschistischen  
1163 Engagements für große Teile der gesellschaftlichen Linken wieder deutlich  
1164 geworden. Erfreulicherweise beteiligen sich immer mehr Menschen an verschiedenen  
1165 Engagements, insbesondere zum Beispiel Demos, gegen Rechts.

1166 Es ist allerdings zu einfach, dabei einfach nur damit zu mobilisieren, dass man  
1167 die Rechten als amoralische Arschlöcher bezeichnet. Das dient nicht unbedingt  
1168 einer erfolgreichen Bekämpfung der Rechtsentwicklung, sondern wesentlich dem,  
1169 dass sich alle Beteiligten moralisch besser fühlen können, indem sie sich als  
1170 Gegenpol, zu einer als amoralisch bezeichneten politischen Haltung, profilieren  
1171 können.

1172 Dadurch entfallen drei essentielle Faktoren für erfolgreichen Antifaschismus:

1173

1174

1175 1. Niemand wird als Faschist geboren, sondern von seiner Sozialisation und  
1176 den gesellschaftlichen Verhältnissen, also insbesondere zum Beispiel der  
1177 sozialen Lage, dazu gemacht. Und die sind veränderbar - Antifaschismus  
heißt also auch, für deren Verbesserung zu wirken, insbesondere die  
soziale Frage zu stellen und zu beantworten.

1178

1179

1180 2. Der Gegenpol zu „politisch Rechts“ ist nicht einfach „nicht Rechts“,  
1181 sondern explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen  
1182 würde, „nicht rechts“ zu sein, wird erstens die Definition der (zurzeit  
1183 bürgerlichen) Mehrheitsgesellschaft, was denn „rechts“ genau ist,  
1184 akzeptiert – was zu Zeiten neoliberaler Hegemonie dazu führt, dass  
1185 ausgerechnet der Neoliberalismus gegen den Vorwurf, rechts zu sein, immun  
1186 wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und  
1187 offen rechter Ideologie. Zum Beispiel betrachtet der Neoliberalismus  
1188 extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als gerecht – der  
1189 Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen  
1190 verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter,  
1191 sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht  
1192 mehr weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein –  
1193 das Gleichheitsideal widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung

1194 wie auch der offen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres  
1195 prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der  
1196 Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen  
1197 Zusammenlebens erklärt. Dass persönliches Glück getrennt vom Glück der  
1198 Mitmenschen realisierbar sei und man dafür Karriere machen müsse, führt zu  
1199 der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das  
1200 eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie  
1201 Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf der Nationen und  
1202 Ethnien gegeneinander – was an sich schon rechts ist; noch konsequenter  
1203 angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus.  
1204 Positiv davon abgrenzen kann sich wiederum nur das linke Ideal, dass eine  
1205 Orientierung am Allgemeinwohl fordert und den Menschen als  
gesellschaftliches, solidarisches Wesen erkennt, dass nicht *auf Kosten*,  
sondern *mit* andern das eigene Glück mehren kann.

1206  
1207  
1208 3. Ein Teil des Erstarkens rechter Kräfte kann dadurch erklärt werden, dass  
1209 der Neoliberalismus die Natur des Menschen als gesellschaftliches Wesen  
1210 unterdrückt und stattdessen die Vereinzelung und den Wettbewerb  
1211 zwischeneinander propagiert. Das führt bei vielen Menschen zu einem Gefühl  
1212 der Entwurzelung, des Verlusts gesellschaftlichen Miteinanders und der  
1213 Einsamkeit. An dieses Gefühl kann die Rechte anknüpfen, indem sie ein  
1214 neues gesellschaftliches Miteinander im Rahmen eines nationalen Kollektivs  
1215 verspricht, das sich wesentlich durch Abgrenzung gegenüber anderen  
1216 definiert. Wenn Antifaschismus als reine moralische Abgrenzungshaltung und  
1217 gesellschaftliche Ausgrenzung verstanden wird, entstehen einfach nur zwei  
1218 Lager, die sich beide wesentlich durch die Ausgrenzung des jeweiligen  
1219 Gegenübers definieren. Linker Antifaschismus muss es stattdessen schaffen,  
1220 eine Brücke des gesellschaftlichen Miteinanders zu bauen, die der  
1221 neoliberalen Vereinzelung einen progressiven Gegenentwurf gegenüberstellt  
1222 und damit anschlussfähig ist an Menschen, für die die neoliberale  
1223 Vereinzelung Entwurzelung und Einsamkeit bedeutet. Dieser Gegenentwurf  
muss die Utopie einer solidarischen Gesellschaft sein und das konkrete  
Handeln muss Solidarität heißen!

## Begründung

mündlich

## **F1 Nachtragshaushalt 2018**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 04.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 7. Finanzen

### **Antragstext**

1224 Der Nachtragshaushalt kann im Wurzelwerk von allen Mitgliedern eingesehen  
1225 werden:  
1226 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0)  
1227 [2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0)

### **Begründung**

erfolgt mündlich

**K1 Europa kann anders: Wir machen uns bereit für die Europawahl!**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 13.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 8. Kampagne 2018

**Antragstext****1228 1. Mutige Antworten in schwierigen Zeiten**

1229 Ein geeintes Europa - bei allen Problemen erschien zumindest das für einen  
1230 großen Teil unserer Generation für lange Zeit als selbstverständlich. Doch das  
1231 ändert sich gerade rasant. Wir erleben einen Rechtsruck in ganz Europa,  
1232 rassistische, nationalistische und antieuropäische Parteien sind europaweit auf  
1233 dem Vormarsch und in Polen, Ungarn oder Österreich erleben wir, wie die  
1234 Demokratie Schritt für Schritt abgebaut wird. Dieser autoritäre Umbau wird von  
1235 Konservativen wie der CSU durch das Hofieren von Antidemokraten, eine  
1236 vernunftwidrige law-and-order-Politik, einen unmenschlichen Umgang mit  
1237 Geflüchteten und das Festhalten an einer Kaputtsparpolitik noch gestärkt. Der  
1238 Sozialabbau und die Austeritätspolitik der letzten Jahre haben zur sozialen  
1239 Spaltung in Europa beigetragen. Der Brexit hat gezeigt, dass eine gemeinsame  
1240 europäische Zukunft eben kein Automatismus ist, sondern etwas bleibt, wofür es  
1241 zu kämpfen gilt. Und während sich linke und progressive Kräfte in Europa in der  
1242 Defensive befinden, wird Emmanuel Macron zum pro-europäischen Heilsbringer  
1243 stilisiert. Doch für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Eine wirkliche pro-  
1244 europäische Antwort auf die zunehmende Demokratie- und Europaverdrossenheit darf  
1245 nicht mit Neoliberalismus und Abschottung einhergehen. Denn langfristig werden  
1246 wir den Rechtsruck nur aufhalten können, wenn wir ihm den Nährboden entziehen.  
1247 Um das zu tun, müssen wir progressive, soziale und humanitäre Antworten auf die  
1248 bestehenden Probleme in Europa finden, statt sie kleinzureden oder wie die Große  
1249 Koalition zu verschlimmern. Wir müssen zeigen, dass ein solidarisches,  
1250 ökologisches und demokratisches Europa möglich ist, und viele Menschen dafür  
1251 begeistern, gemeinsam mit uns dafür zu kämpfen. Die Europawahlen 2019 werden  
1252 eine extrem wichtige Richtungsentscheidung für die Zukunft Europas. Deshalb  
1253 wollen wir sie mit einer schlagkräftigen und eigenständigen Kampagne begleiten  
1254 und viele junge Menschen für jung-grüne Visionen zu Europa auf die Straße  
1255 bringen. Dieser Antrag bildet hierfür einen ersten Aufschlag, auf dessen  
1256 Grundlage es im nächsten Jahr gilt, eine Kampagne zu entwickeln.

**1257 2. Für Europa kämpfen heißt Europa verändern**

1258 Für uns ist klar, dass eine reine Jubelkampagne weder funktionieren kann, noch  
1259 unserem politischen Anspruch genügt. Wir wollen die Probleme in Europa ernst  
1260 nehmen und einen echten Veränderungsanspruch formulieren. Denn wer Europa retten  
1261 will, muss es verändern. Europa ist für uns dabei kein Selbstzweck, sondern eine  
1262 absolute Notwendigkeit, wenn wir den Herausforderungen unserer Zeit begegnen  
1263 wollen. Denn diese lassen sich nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Nur  
1264 mit Europa können wir die Umwelt schützen, die Demokratie retten, globale  
1265 Gerechtigkeit schaffen und die Rechte von Geflüchteten sichern. Doch um Menschen  
1266 für ein solidarisches Europa zu begeistern, müssen wir ihnen auch zeigen, wie  
1267 Europa zur Verbesserung ihrer konkreten Situation beitragen kann. Unser Ziel ist  
1268 es, junge Menschen in ihrer Lebensrealität abzuholen und für radikale Visionen

1269 zu gewinnen. Wir wollen sie nicht einfach dazu motivieren, ihre Stimme  
1270 abzugeben. Stattdessen wollen wir sie mobilisieren und dazu ermächtigen, selbst  
1271 für ihre politischen Ziele einzustehen. Denn Beteiligung und Selbstermächtigung  
1272 sind die besten Mittel gegen Demokratieverdrossenheit und Resignation. Dabei  
1273 denken wir über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Wir wollen nicht nur junge  
1274 Menschen in Deutschland, sondern in ganz Europa erreichen. Wir wollen Themen  
1275 setzen, die junge Menschen mitnehmen und gleichzeitig aufzeigen, wie ein anderes  
1276 Europa aussehen könnte. Ein Europa, das soziale Sicherheit schafft und  
1277 Selbstbestimmung stärkt.

### 1278 **3. Unsere Themen für Europa**

1279 Die konkrete Themensetzung für die Kampagne zur Europawahl gilt es erst noch zu  
1280 entwickeln. Doch folgende Themen wollen wir auch schon im nächsten halben Jahr  
1281 in europapolitischen Debatten und auch im Rahmen des Programmprozesses von  
1282 Bündnis 90/Die Grünen nach vorne stellen. Es handelt sich dabei nicht um eine  
1283 abschließende Liste oder ein fertiges Programm, sondern einen ersten Blick auf  
1284 die Themen, die aus unserer Sicht eine zentrale Rolle spielen.

1285 Für ein solidarisches Europa, das Perspektiven schafft  
1286 Wir wollen ein Europa der Solidarität und der Gerechtigkeit, in dem kein Mensch  
1287 in Armut leben muss. Statt einem Festhalten an einer fehlgeschlagenen  
1288 Austeritätspolitik wollen wir endlich wieder echte Perspektiven für Menschen in  
1289 Europa schaffen. Dafür wollen wir soziale Grundrechte in Europa stärken. Das  
1290 Ziel muss soziale Sicherheit für alle sein. Die GRÜNE JUGEND macht sich deshalb  
1291 für eine europaweite Arbeitslosenversicherung stark. Darüber hinaus fordern wir  
1292 die Stärkung von Arbeitnehmer\*innenrechten und gemeinsame Standards bei  
1293 Arbeitsbedingungen, damit unsere Generation in Europa nicht weiter in  
1294 Unsicherheit und Prekarisierung leben muss. Dazu gehört auch die Einführung  
1295 einer Mindesteinkommensrichtlinie und die Festlegung einer angemessenen  
1296 Grundsicherung. Außerdem muss die demokratische Beteiligung und Mitbestimmung  
1297 von Arbeitnehmer\*innen europaweit sichergestellt werden. Damit kein Kind in  
1298 Armut aufwachsen muss, machen wir uns für ein Basis-Kindergeld stark, das  
1299 zusätzlich zu bestehenden nationalen Sozialleistungen jedem Kind in der EU  
1300 zusteht. Außerdem brauchen wir gemeinsame Standards im Gesundheitswesen und  
1301 einen Anspruch auf leistbare Pflege. Echte Teilhabe geht jedoch über gerechte  
1302 Arbeit und soziale Sicherung hinaus. Deshalb setzen wir uns für eine bezahlbare  
1303 und langfristig ticketlose Mobilität in ganz Europa ein. Wir kämpfen gegen die  
1304 maßgeblich durch Deutschland vorangetriebene Austeritätspolitik und machen uns  
1305 stattdessen für Investitionen und die Unterstützung von Kommunen stark, sodass  
1306 gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Europa entstehen können. Ein  
1307 solidarisches Europa setzt jedoch auch voraus, dass sich alle an der  
1308 Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Dafür müssen Steuerschlupflöcher  
1309 sowohl für Privatpersonen als auch für multinationale Konzerne endlich  
1310 geschlossen werden. Besonders für die Unternehmensbesteuerung gilt, nur wenn wir  
1311 auf europäischer Ebene zusammenarbeiten, statt uns als Konkurrent\*innen um die  
1312 niedrigsten Steuersätze zu verstehen, kann endlich härter gegen Steuervermeidung  
1313 vorgegangen werden - auch mit positiven Auswirkungen auf die Steuerpolitik  
1314 außerhalb Europas.

1315 Selbstbestimmung und Emanzipation statt Rechtsruck  
1316 Wir kämpfen für ein Europa, in dem jeder Mensch ohne Angst verschieden sein und  
1317 selbstbestimmt leben kann. Gerade erleben wir eine enorme Zunahme an Angriffen  
1318 auf die Rechte von Frauen und LGBTI. Umso wichtiger ist es, dass wir für diese  
1319 Rechte einstehen und bestehende Errungenschaften verteidigen. Doch dort dürfen

1320 wir nicht stehen bleiben, denn auch ohne die Angriffe von Rechts ist unsere  
1321 Gesellschaft von patriarchalen Strukturen und Sexismus geprägt. Wir kämpfen  
1322 deshalb für echte Gleichberechtigung und Freiheit. Deshalb setzen wir uns in  
1323 ganz Europa für das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung ein.  
1324 Schwangerschaftsabbrüche müssen in ganz Europa entkriminalisiert werden und  
1325 unter guten medizinischen Bedingungen zugänglich sein. Darüber hinaus setzen wir  
1326 uns für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ein, machen uns für einen  
1327 besseren Schutz von sexuellen Minderheiten stark und wollen LGBTI-Aktivist\*innen  
1328 in Europa effektiv schützen und unterstützen. Außerdem soll die Ehe in ganz  
1329 Europa für alle Paare geöffnet werden.

1330 Klimakatastrophe und Umweltzerstörung stoppen mit und in Europa  
1331 Für uns ist klar: die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage lässt sich  
1332 nur mit und nicht ohne Europa erreichen. Deshalb streiten wir für ein  
1333 ökologisches Europa. Der Kohleausstieg und die Energiewende können nicht nur auf  
1334 nationaler Ebene geschehen, sondern müssen zum europäischen Projekt und in ganz  
1335 Europa umgesetzt werden, damit sie auch global eine Chance haben. Außerdem  
1336 müssen umweltschädliche Agrarsubventionen schrittweise abgeschafft werden. Das  
1337 ist neben dem Verbot von Pestiziden wie Glyphosat ein notwendiger Schritt, um  
1338 die Artenvielfalt zu retten. Darüber hinaus führen diese Subventionen zur  
1339 Verdrängung von lokalen Produzent\*innen und zum Wegfall von Lebensgrundlagen in  
1340 vielen afrikanischen Ländern, deren Märkte von subventionierten Produkten aus  
1341 der EU überschwemmt werden. Diesen Zustand gilt es im Sinne der globalen  
1342 Gerechtigkeit zu überwinden. Ökologie und Gerechtigkeit gehören für uns  
1343 zusammen. Das trifft auch auf unsere Haltung zur Handelspolitik zu. Die GRÜNE  
1344 JUGEND setzt sich gegen europäische Handelsabkommen ein, die wie TTIP oder CETA  
1345 die Aushöhlung von ökologischen und sozialen Standards zur Folge haben, zu einer  
1346 wirtschaftlichen Benachteiligung von Nicht-Partnerländern führen und  
1347 demokratische Verfahren aushöhlen. Eine ökologische Wende in Europa muss Hand in  
1348 Hand mit der Mobilitätswende gehen. Wir setzen uns für eine europaweit  
1349 vernetzte, bezahlbare und klimaneutrale Mobilität ein.

1350 Humanität statt Abschottung  
1351 Der Einsatz für ein grenzenloses Europa beschränkt sich für uns nicht auf die  
1352 Grenzen innerhalb Europas, sondern muss auch die europäischen Außengrenzen  
1353 umfassen. Auf der ganzen Welt fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung oder Armut.  
1354 Diesen Menschen müssen wir Schutz bieten und langfristige Bleibeperspektiven  
1355 schaffen. Wir setzen uns für eine Überwindung des unmenschlichen Dublin-Systems  
1356 ein und machen uns dafür stark, dass Menschen frei darüber entscheiden können,  
1357 an welchem Ort sie leben wollen. Wir müssen legale Fluchtwege schaffen und  
1358 humanitäre Antworten auf globale Fluchtbewegungen geben. Damit das möglich ist,  
1359 brauchen wir eine bessere finanzielle Unterstützung von Kommunen, die  
1360 Geflüchtete aufnehmen, und mehr sozialen Wohnraum, der auch Geflüchteten offen  
1361 steht.  
1362 Jedes Jahr sterben tausende Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Es ist ein  
1363 Skandal, dass die Menschen, die ihnen helfen wollen und damit eine Aufgabe  
1364 übernehmen, bei der die Staaten der EU versagen, dafür strafrechtlich belangt  
1365 werden. Wir setzen uns deshalb für die Entkriminalisierung der zivilen  
1366 Seenotrettung und die Einführung einer staatlichen, europäischen Seenotrettung  
1367 ein. Außerdem müssen Abkommen, die in erster Linie dazu dienen, Europa  
1368 abzuschotten, ein Ende haben. Der EU-Türkei-Deal muss aufgekündigt werden.  
1369 Außerdem brauchen endlich auch Menschen, die vor den Folgen der Klimakatastrophe  
1370 fliehen, eine Perspektive. Es kann nicht sein, dass die Länder, die  
1371 hauptsächlich für den Klimawandel verantwortlich sind, sich hier aus der  
1372 Verantwortung ziehen. Wir fordern deshalb die Einführung eines Klimapasses, der

1373 Menschen, die aufgrund von Klimawandel und Umweltzerstörung ihr Zuhause  
1374 verlassen müssen, die europäische Staatsbürgerschaft ermöglicht.

1375 Demokratie retten und Bürger\*innenrechte stärken

1376 Gerade in Anbetracht des autoritären Umbaus in Europa ist es wichtig, dass wir  
1377 Bürger\*innenrechte verteidigen und ausbauen und uns für demokratische Werte  
1378 stark machen. Deshalb wollen wir, dass Bürger\*innenrechte gegenüber Staaten in  
1379 der EU vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar werden. Gleichzeitig müssen  
1380 wir einen besseren Schutz von Menschenrechtsaktivist\*innen und  
1381 Bürgerrechtler\*innen gewährleisten und darüber hinaus den Datenschutz in Europa  
1382 stärken und das Recht auf Privatsphäre verteidigen. Der Einsatz für Demokratie  
1383 und Menschenrechte darf sich jedoch nicht nur auf die EU beschränken, sondern  
1384 muss auch die Leitlinie der europäischen Außenpolitik sein. Wir lehnen die  
1385 Zusammenarbeit mit und insbesondere Waffenlieferungen an Autokrat\*innen wie  
1386 Erdogan deshalb ab und fordern ein stärkeres Eintreten der EU für  
1387 Menschenrechte. Es kann nicht sein, dass die EU bei einem Massaker an der  
1388 Zivilbevölkerung, wie es gerade bei dem Angriff der Türkei auf die Kurd\*innen in  
1389 Afrin stattfindet, wegschaut!

1390 **4. Auf zu einem anderen Europa - Wie geht es weiter?**

1391 Wir wollen im Frühjahr 2019 eine schlagkräftige und eigenständige Kampagne mit  
1392 dem gesamten Verband umsetzen. Diese Kampagne soll von einem Wahlkampfteam  
1393 erarbeitet werden. Dieses Wahlkampfteam wird aus fünf Mitgliedern, die auf dem  
1394 51. Bundeskongress im Herbst 2018 gewählt werden, sowie den Sprecher\*innen, der  
1395 Politischen Geschäftsführung und zwei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands  
1396 bestehen. Der Bundesvorstand entwickelt in den nächsten Monaten den Rahmen für  
1397 die Kampagne. Das Wahlkampfteam hat die Aufgabe, darauf aufbauend konkrete  
1398 Kampagneninhalte zu entwickeln, diese kreativ umzusetzen und die Durchführung  
1399 der Kampagne zu planen. Der Finanzvorbehalt liegt dabei bei der Schatzmeisterei,  
1400 die Letztentscheidungskompetenz beim Bundesvorstand.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K2 Bezahlbares und angstfreies Leben für alle - Unsere Wohnraumkampagne 2018!**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 13.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 8. Kampagne 2018

**Antragstext**

1401 **Schlagkräftig voran - unser Kampagnenpotenzial ausbauen**

1402 Im letzten Jahr haben wir als GRÜNE JUGEND bewiesen, dass wir eine  
1403 schlagkräftige Kampagne umsetzen und viele Menschen erreichen können. Wir haben  
1404 neue Formen der Kampagne ausprobiert, als Verband dazu gelernt und unsere  
1405 Kampagnenfähigkeit ausgebaut. Darauf gilt es nun aufzubauen. Wir wollen noch  
1406 schlagkräftiger werden, als Verband noch besser zusammenarbeiten und als GRÜNE  
1407 JUGEND noch sichtbarer werden. Deshalb werden wir in diesem Sommer eine Kampagne  
1408 zum Thema Wohnen machen. Wir wollen mit einer eigenständigen,  
1409 wahlkampfunabhängigen Kampagne zeigen, dass wir auch außerhalb von Wahlen  
1410 Menschen mobilisieren können und unsere eigenständigen Inhalte auf die Straße  
1411 bringen. Wir wollen noch mehr Menschen für junggrüne Visionen begeistern, sie  
1412 politisieren und dazu ermutigen mit uns gemeinsam für eine solidarische  
1413 Gesellschaft zu streiten!

1414 **Warum Wohnraum? Wohnen als zentrale Gerechtigkeitsfrage!**

1415 Unsere Generation ist viel unterwegs und wechselt häufig den Wohnort. Die Frage  
1416 nach gutem und bezahlbarem Wohnraum treibt gerade junge Menschen um, wie kaum  
1417 eine andere. Wir wollen, dass junge Menschen in allen Lebenslagen selbstbestimmt  
1418 leben und damit auch wohnen können. Doch im Moment läuft einiges schief.

1419 **Schluss mit steigenden Mieten - bezahlbar und angstfrei Wohnen!**

1420 Die Mieten in großen Städten steigen ins Unermessliche, viele Menschen werden  
1421 aus ihren Vierteln verdrängt und können sich wenn dann noch ein winziges WG-  
1422 Zimmer am Stadtrand leisten. Die Wohnungssuche wird zur Tortur. Gerade viele  
1423 Studierende und Auszubildende verbringen viele frustrierende Stunden auf WG-  
1424 Gesucht und müssen ewig auf aussichtsreiche Zimmer warten. Dazu kommt immer das  
1425 Wissen im Hinterkopf: ohne reiche Eltern kann man die meisten Wohnungen sowieso  
1426 vergessen. Denn das BAFÖG reicht nicht für die Miete und sozialer Wohnraum ist  
1427 Mangelware. Gerade in großen Städten wird Wohnraum immer mehr zum  
1428 Spekulationsobjekt von großen Unternehmen. Doch für uns ist klar: Gutes Wohnen  
1429 darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Das rasante Tempo des Anstiegs der Wohn- und  
1430 Lebenskosten muss gestoppt werden. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum - für ein  
1431 bezahlbares und angstfreies Leben für alle. Denn dein Zuhause ist wichtiger als  
1432 Profite!

1433

1434 Deshalb fordern wir:

- 1435 - Schluss mit der Privatisierung von Wohnraum
- 1436 - Investitionen in sozialen Wohnungsbau
- 1437 - eine echte Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher

1438 **Schluss mit Kaputtsparpolitik - lebenswertes Wohnen überall!**

1439 Doch während in großen Städten die Mieten immer weiter ansteigen, verfallen  
1440 anderswo Häuser, weil niemand dort wohnen will, wo es nicht mal eine Kneipe oder  
1441 eine Bushaltestelle um die Ecke gibt. Gerade in den neuen Bundesländern sterben  
1442 ganze Landstriche aus, viele Menschen im ländlichen Raum fühlen sich abgehängt.  
1443 Doch auch in Städten, wie z.B. im Ruhrpott, nimmt die Lebensqualität aufgrund  
1444 von mangelnden Freizeit-, Sport- oder Kulturangeboten immer weiter ab. Gerade  
1445 junge Menschen wollen nicht dort bleiben, wo Freiräume und Orte des lebendigen  
1446 Zusammenseins immer weiter verschwinden - sei es das Jugendzentrum, der grüne  
1447 Park oder der Bolzplatz. Das ist die Folge der vollkommen fehlgeleiteten  
1448 Kaputtsparpolitik der Großen Koalition. Durch das Festhalten an der Schwarzen  
1449 Null werden ganze Kommunen in Grund und Boden gespart. Das wollen wir ändern.  
1450 Denn gutes Wohnen heißt für uns mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Wir wollen  
1451 Teilhabe und das gute Leben für alle Menschen schaffen - sowohl in der Stadt als  
1452 auch auf dem Land. Denn dein Zuhause ist wichtiger als die Schwarze Null!

1453

1454 Deshalb fordern wir:

1455 - Endlich Geld in die Hand nehmen: Investitionen in soziale und lebensnotwendige  
1456 Infrastruktur

1457 - Kostenloser ÖPNV für echte Teilhabe

1458 - Freizeit- und Kulturangebote im ländlichen Raum fördern

1459 **Wir wollen mehr - guter und bezahlbarer Wohnraum für alle!**

1460 Wir werden nicht länger akzeptieren, dass Wohnungssuche für viele Menschen mit  
1461 Angst verbunden ist. Für uns ist das Thema Wohnen eine der zentralen  
1462 Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit und eine zentrale Stellschraube im Kampf gegen  
1463 Armut und Ausgrenzung und für Teilhabe und ein solidarisches Zusammenleben.  
1464 Wohnen ist für uns keine Ware, sondern ein Recht. Wir wollen, dass du  
1465 selbstbestimmt entscheiden kannst, wo du wohnen willst. Und wir streiten dafür,  
1466 dass du unabhängig von deinem Geldbeutel überall gut leben kannst - egal ob in  
1467 der Stadt oder auf dem Land. Denn dein Zuhause ist uns wichtig!

1468 **Wie geht's weiter?**

1469 Der Bundesvorstand wird in enger Zusammenarbeit mit den Landesvorständen  
1470 aufbauend auf diesem Beschluss die Kampagne erarbeiten. Wir wollen auf den  
1471 Erfolgen aus dem letzten Jahr aufbauen und auf Dezentralisierung und Stärkung  
1472 der Ortsgruppen setzen. Wir sind als Verband zusammengewachsen. Daran wollen wir  
1473 anknüpfen, indem wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen noch verbessern  
1474 und eine Anpassung der Kampagne auf lokale Gegebenheiten ermöglichen. Unser Ziel  
1475 ist es mit der Kampagne junge Menschen zu erreichen, zu politisieren und zu  
1476 mobilisieren und gleichzeitig unser Kampagnenpotenzial auszubauen. Die  
1477 Kampagnenarbeit besteht dabei für uns nicht unabhängig von den sonstigen  
1478 Aktivitäten im Verband, sondern soll mit Bildungsveranstaltungen und  
1479 Methodenschulungen zusammen gedacht und verbunden werden. Lasst uns zusammen  
1480 anpacken und auf der Straße und im Netz zeigen, dass eine andere Zukunft möglich  
1481 ist - los geht's!

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **P1 Perspektiven für die Grüne Jugend - weiter gehts!**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 11.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 9. Perspektiven für die GRÜNE JUGEND

### **Antragstext**

1482 Als GRÜNE JUGEND wollen wir uns im Rahmen unseres Perspektivenprozesses damit  
1483 beschäftigen, wie wir uns als schlagkräftiger Verband aufstellen können. Dafür  
1484 wählen wir auf dem 50. Bundeskongress eine AG Perspektiven. Dieser Antrag soll  
1485 den Rahmen für den Perspektivenprozess abstecken und die Arbeitsgrundlage für  
1486 die AG Perspektiven bilden.

#### **1487 Wo wir stehen:**

1488 Als GRÜNE JUGEND haben wir uns im letzten Jahr stark weiterentwickelt: Wir haben  
1489 mit tausend Aktivist\*innen gemeinsam eine Kampagne in der ganzen Bundesrepublik  
1490 durchgeführt, etliche Ortsgruppen haben sich in den letzten Monaten gegründet  
1491 und viele Leute sind neu dazugekommen. Gleichzeitig konnten wir unsere  
1492 Strukturen professionalisieren und die Vernetzung der verschiedenen Ebenen  
1493 vorantreiben. Das ist großartig! Und es ist auch notwendig: Denn wir sehen uns  
1494 vier weiteren Jahren Großer Koalition gegenüber, die vier weitere Jahre  
1495 Stillstand bedeuten. Gleichzeitig sind die Rechten auf dem Vormarsch und  
1496 bedrohen unsere Demokratie und unseren Kampf für eine freie Gesellschaft. Es war  
1497 selten so wichtig wie jetzt, der Bedrohung von Rechts und dem lähmenden  
1498 Stillstand eine progressive Politik entgegenzusetzen. Um das zu schaffen, müssen  
1499 wir als Verband schlagkräftiger werden. Gleichzeitig bietet sich uns auch eine  
1500 Chance: Viele junge Leute sind unzufrieden mit der Politik und wollen, dass sich  
1501 etwas ändert. Wir wollen der Ort sein, an dem diese Menschen für eine bessere  
1502 Welt streiten. Dafür müssen wir noch mehr Menschen einbinden.

1503 Wir wollen auf dem Potenzial, das wir in den letzten Jahren entwickelt haben,  
1504 aufbauen. Dafür dürfen wir nicht einfach stehen bleiben, sondern müssen uns als  
1505 Verband weiterentwickeln. Denn teilweise sind unsere Strukturen veraltet und  
1506 nicht dafür geeignet, die demokratische Einbindung von vielen Menschen und eine  
1507 gleichzeitige Professionalisierung unserer Arbeit zu ermöglichen. Deshalb  
1508 starten wir jetzt in unseren Perspektivenprozess: Wir müssen jetzt diesen  
1509 Verband weiterentwickeln, damit wir gemeinsam noch stärker werden und eine  
1510 wirkliche Gesellschaftsveränderung denkbar und realisierbar machen!

#### **1511 Was wir vorhaben:**

1512 Die Auseinandersetzung mit Strukturen ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein  
1513 Mittel, um unsere politischen Ziele besser verwirklichen zu können. Wir  
1514 verändern unsere Strukturen, um eine bessere Umsetzung unserer Strategie zu  
1515 ermöglichen. Am Beginn des Perspektivenprozesses muss deshalb die Frage nach

1516 unseren strategischen Zielen für die nächsten Jahre stehen:

1517 Wie wollen wir unser neu gewonnenes Potenzial nutzen? Wie können wir unsere  
1518 antifaschistischen Ziele in die politische Praxis übersetzen? Welche Rolle kann  
1519 die GRÜNE JUGEND in einer linken Strategie gegen den Rechtsruck einnehmen?

1520 Wie können wir angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Lage politische  
1521 Utopien aufrechterhalten und wieder für viele Menschen denkbar und zugänglich  
1522 machen? Wie kommen wir als progressive Kraft wieder in die Offensive?

1523 Diese Fragen wollen wir unter dem Motto „Perspektiven schaffen“ im nächsten Jahr  
1524 in einer breit angelegten Strategiedebatte diskutieren. In diesem Prozess soll  
1525 es darum gehen, Visionen und Ziele für eine jung-grüne Politik zu formulieren.  
1526 Im Zentrum des Perspektivenprozesses steht für uns der politische Zweck unserer  
1527 Organisation.

1528 Im nächsten Schritt wollen wir uns auf dieser Grundlage fragen, wie wir uns als  
1529 Verband aufstellen müssen, um diese Ziele Wirklichkeit werden zu lassen. Was  
1530 läuft bereits gut, worauf können wir aufbauen? Wo müssen wir uns noch  
1531 weiterentwickeln und wie müssen sich unsere Strukturen dafür verändern?

1532 Dabei wollen wir drei Aspekte in das Zentrum der Debatte rücken und als  
1533 Leitlinien für unsere Strukturdebatte definieren:

1534 • Demokratisierung: Unser Ziel ist es, junge Menschen zum politischen Denken  
1535 und Handeln zu ermächtigen. Dafür müssen wir ihnen die Möglichkeit geben,  
1536 selbst politisch aktiv zu werden, aktiv am Verband teilzuhaben und ihn  
1537 mitzugestalten. Dieses Ziel ist gerade bei einem wachsenden Verband eine  
1538 große Herausforderung, doch darum umso wichtiger. Denn auch wenn es  
1539 bequemer und einfacher ist, unter sich zu bleiben, muss es doch unser  
1540 Anspruch sein, viele Menschen zu politisieren, zu mobilisieren und  
1541 einzubinden.

1542 • Professionalisierung: Eine echte Demokratisierung kann jedoch nur dann  
1543 gelingen, wenn wir unsere Strukturen professionalisieren. Denn viele  
1544 Menschen haben weder Lust noch Kraft, ihre Zeit in ineffektive Strukturen  
1545 zu investieren. Insbesondere muss es unser Ziel sein, die Ortsgruppen als  
1546 Ort des politischen Mitwirkens zu stärken und ihnen eine professionellere  
1547 Arbeit zu ermöglichen. Außerdem wollen wir unsere Kampagnenarbeit  
1548 verbessern, um mehr Menschen zu erreichen, und unser Potenzial im Rahmen  
1549 der Bildungsarbeit ausbauen, um mehr Menschen an Politisierungsprozessen  
1550 teilhaben zu lassen.

1551 • Befähigung: Die Demokratisierung und Professionalisierung kann nur dann  
1552 gelingen, wenn wir Menschen im Verband haben, die in der Lage sind, sie  
1553 umzusetzen. Viel zu oft verlieren wir Menschen, da sie sich von ihren  
1554 Aufgaben überfordert fühlen oder ausbrennen. Das wollen wir ändern. Wir  
1555 wollen unseren Aktiven auf allen Ebenen, insbesondere in den Ortsgruppen,  
1556 das Werkzeug an die Hand geben, Verantwortung zu übernehmen und politisch  
1557 zu wirken. Das setzt einen besseren Wissenstransfer, klarere  
1558 Verantwortlichkeiten, bessere Methodenbildung und eine effektivere

1559 Vernetzung der Ebenen voraus.

1560 **Wo unsere Schwerpunkte liegen:**

1561 Mit Blick auf diese drei Leitlinien und Zielsetzungen soll sich die  
1562 Perspektivengruppe insbesondere mit folgenden vier Schwerpunktbereichen  
1563 beschäftigen. Dabei ist klar, dass die verschiedenen Bereiche auch an vielen  
1564 Stellen ineinandergreifen und zusammen gedacht werden müssen.

1565 **1. Schlagkräftig vor Ort - und auf allen Ebenen!**

1566 Wenn wir noch mehr Leute einbinden wollen, brauchen diese Menschen eine  
1567 Anlaufstelle und einen Ort, an dem sie politisiert werden können. Diese  
1568 Anlaufstellen soll es auf allen Ebenen geben, doch am dringendsten werden sie  
1569 lokal gebraucht. Im letzten Jahr haben wir auf Dezentralisierung und  
1570 Unterstützung der Ortsgruppen gesetzt. Diese Strategie hat sich bewährt, darauf  
1571 wollen wir aufbauen. Deshalb wollen wir im Perspektivenprozess Wege finden,  
1572 unsere Ortsgruppen zu stärken und ihre Arbeit zu professionalisieren. Wir  
1573 begreifen unsere Ortsgruppen als Kernstück des Verbands und wollen sie in dessen  
1574 offizielle Struktur eingliedern. Wir wollen eine aktive und lebendige Basis. Das  
1575 heißt für uns jedoch nicht, lokale Eigenbrötelei, sondern eine starke lokale  
1576 Ebene, die vor Ort verankert und gleichzeitig fest in den Verband mit starken  
1577 Strukturen eingebunden ist. Wir wollen eine gemeinsame Analyse, Strategiebildung  
1578 und ein gemeinsames Agieren im Verband ermöglichen. Dafür brauchen wir  
1579 Ortsgruppen, Landesvorstände und einen Bundesvorstand, die individuell stark  
1580 aufgestellt und gleichzeitig gut vernetzt sind. Denn Organisation ist kein  
1581 Nullsummenspiel. Alle Ebenen sind gemeinsam für den Verband verantwortlich und  
1582 die GRÜNE JUGEND ist dann am schlagkräftigsten, wenn alle Ebenen stark sind!

1583 **2. Gute Bildungsarbeit auf allen Ebenen!**

1584 Eine der wichtigsten Grundlagen unserer Arbeit ist die Bildungsarbeit. Wir  
1585 wollen Menschen dabei unterstützen, ein kritisches Bewusstsein zu entwickeln und  
1586 die Welt um sich herum zu verstehen. Bildungsarbeit hilft uns dabei, uns nicht  
1587 im politischen Alltagsgeschäft zu verlieren, sondern unser politisches  
1588 Engagement immer wieder zu reflektieren und neue Ideen zu entwickeln. Dabei  
1589 betrachten wir Bildungsarbeit nicht getrennt von unseren anderen politischen  
1590 Aktivitäten, sondern wollen Theorie und Praxis zusammen denken und aufeinander  
1591 aufbauen. Dafür brauchen wir gute und tiefgehende Bildungsarbeit - und zwar  
1592 nicht nur auf Bundes- und Landesebene. Wir wollen neue Konzepte für die  
1593 Bildungsarbeit in den Ortsgruppen erarbeiten und die Ortsgruppen in der  
1594 Umsetzung von Bildungsarbeit unterstützen. Gleichzeitig wollen wir uns fragen,  
1595 wie wir Bildungsarbeit auf der Bundesebene organisieren und demokratisch  
1596 legitimieren können und wie wir die Verantwortlichkeit in der Bildungsarbeit  
1597 stärken und die Verantwortlichen besser unterstützen und befähigen können.

1598 **3. Feministische Grundsätze umsetzen!**

1599 Als feministischer Verband spielt die FIT-Förderung für uns eine zentrale Rolle.  
1600 Denn Feminismus ist für uns nicht nur eine Forderung, die wir nach außen tragen,  
1601 sondern auch ein Anspruch, den wir an unsere eigenen Strukturen stellen. Trotz

1602 dieser Überzeugung gibt es immer wieder Schwierigkeiten mit der FIT-Förderung,  
1603 insbesondere in kleinen Landesverbänden und Ortsgruppen. Im Rahmen des  
1604 Perspektivenprozesses wollen wir uns fragen, wie wir Ortsgruppen und  
1605 Landesverbände in der FIT-Förderung besser unterstützen und verschiedene Akteure  
1606 in diesem Bereich stärker vernetzen können. Unser Ziel ist es, FIT-Personen auf  
1607 allen Ebenen zu stärken und zu empower und damit Gleichstellung im gesamten  
1608 Verband zu erreichen. Dafür müssen wir auch die vergangenen Reformen und  
1609 Schritte in diesem Bereich evaluieren, offen über Probleme sprechen und uns  
1610 überlegen, wo sich hier noch Handlungsbedarf ergibt. Außerdem wollen wir uns  
1611 überlegen, wie wir FIT-Förderung noch stärker als bisher als Querschnittaufgabe  
1612 aller Personen, die Verantwortung tragen, im Verband etablieren können.

#### 1613 **4. Bundesebene neu denken und neu gestalten!**

1614 All das können wir nur mit einer starken Bundesebene erreichen. Im  
1615 Perspektivenprozess wollen wir deshalb darüber sprechen, wie wir die Arbeit auf  
1616 der Bundesebene professionalisieren können. Bisher haben wir das Problem, dass  
1617 verschiedene Akteure auf Bundesebene aneinander vorbei arbeiten. Wir wollen Wege  
1618 finden, verschiedene Prozesse innerhalb des Verbands auf Bundesebene besser  
1619 zusammenzuführen, und ein stärkeres Ineinandergreifen der verschiedenen  
1620 Aufgabenbereiche sicher stellen. Darüber hinaus wollen wir uns damit  
1621 beschäftigen, wie wir Diskussionen innerhalb des Verbandes besser  
1622 zusammenbringen können, denn verbandsweite Diskussionen müssen auch außerhalb  
1623 von Bundeskongressen möglich sein. Was sind Orte für Austausch und  
1624 Zusammenarbeit? Außerdem werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir  
1625 einen besseren Wissenstransfer schaffen, um neuen Leuten den Einstieg zu  
1626 erleichtern, und gleichzeitig erfahrene Menschen besser und länger einbinden  
1627 können.

#### 1628 **Wie der Prozess aussieht:**

1629 Auf dem 50. Bundeskongress werden fünf Personen für die AG Perspektiven auf ein  
1630 Jahr gewählt. Außerdem entsendet der Bundesvorstand ein Mitglied aus dem  
1631 Geschäftsführenden Bundesvorstand. Die AG Perspektiven soll den  
1632 Perspektivenprozess genauer konzipieren, leiten, gemeinsam mit dem  
1633 Bundesvorstand im Verband etablieren und schlussendlich in konkrete Vorschläge  
1634 für die Entwicklung der Strukturen der GRÜNEN JUGEND münden lassen. Die  
1635 Haushaltsmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe, wie zum Beispiel für Sitzungen,  
1636 werden im Haushalt zur Verfügung gestellt, über die konkrete Verwendung  
1637 entscheidet die Schatzmeistererei.

1638 Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, eng mit der AG Perspektiven  
1639 zusammenzuarbeiten und sie dabei zu unterstützen, die Zwischenstände und  
1640 Ergebnisse in den Verband zu tragen und ihre Diskussion zu unterstützen.

1641 Wie oben beschrieben, soll die AG Perspektiven sich zunächst damit  
1642 auseinandersetzen, wo wir als Verband hinwollen, was uns dafür fehlt und dann  
1643 aufbauend Schritte entwickeln, wie wir dort hinkommen. Dafür sind vorläufig  
1644 folgende Schritte vorgesehen.

1645 Im ersten Halbjahr:

1646 Schritt 1: Zielsetzung: Wo kann die GRÜNE JUGEND hingehen? Wie wollen wir uns in  
1647 Zukunft aufstellen?

1648 Schritt 2: Verbandsanalyse - Was läuft gut? Wo haben wir noch ungenutztes  
1649 Potenzial?

1650 Schritt 3: Welche strukturellen Veränderungen brauchen wir, um unsere Ziele zu  
1651 erreichen?

1652 Schritt 4: Wie kann die konkrete Umsetzung dieser Vorschläge aussehen?

1653 Im zweiten Halbjahr:

1654 Schritt 1: Zwischenstand: Wie weit sind wir mit Blick auf die Zielsetzung  
1655 bereits gekommen?

1656 Schritt 2: Wie können die Veränderungen in den Landesverbänden und Ortsgruppen  
1657 implementiert werden?

1658 Schritt 3: Evaluation und Dokumentation

1659 Dieser Prozess soll auf einer breiten Debatte im Verband fußen und eine starke  
1660 Beteiligung der Mitglieder und Akteur\*innen innerhalb der GRÜNEN JUGEND  
1661 gewährleisten. Beteiligung heißt dabei für uns nicht einfach, über einzelne  
1662 Satzungsänderungen zu diskutieren, sondern vor allem, dass wir gemeinsam über  
1663 die politischen Zielsetzungen des Perspektivenprozesses sprechen und eine  
1664 gemeinsame Analyse des Verbands und Strategie entwickeln. Der politische Zweck  
1665 der strukturellen Veränderungen soll auch hier im Zentrum stehen. Im ersten  
1666 Halbjahr sind zwei Beteiligungsschleifen vorgesehen:

1667 Schleife 1: Debatte über Analyse und Zielsetzung (zu Schritt 1 und 2)

1668 Schleife 2: Feedback und Diskussion zu möglichen Veränderungen (zwischen Schritt  
1669 3 und 4)

1670 Die AG Perspektiven wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bundesvorstand Konzepte  
1671 zur genauen Ausgestaltung dieser Beteiligungsschleifen auszuarbeiten. Lasst uns  
1672 den Perspektivenprozess gemeinsam nutzen, um Debatten zu führen, als Verband  
1673 schlagkräftiger zu werden und Wege zu finden, wie wir unsere jung-grünen  
1674 Visionen wieder denk- und realisierbar machen können.

## **V2 Wir sind Bio und Fair**

Antragsteller\*in: André Tront  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1675 Der Bundeskongress möge beschließen, dass auf jeder Veranstaltung der GRÜNEN  
1676 JUGEND für die Verpflegung der Teilnehmenden möglichst nur noch auf Bio- und  
1677 fair gehandelte Lebensmittel zurückgegriffen wird. Lebensmittel müssen jedoch  
1678 nicht fair gehandelt sein, sollten sie aus Deutschland oder anderen Ländern der  
1679 EU stammen. Den Veranstalter\*innen wird zudem ein Ermessenspielraum eingeräumt  
1680 einzelne Ausnahmen in Bezug auf Bio- und fair gehandelte Lebensmittel  
1681 zuzulassen, sollte es aus finanziellen Gründen nicht möglich sein für die  
1682 Verpflegung nur Bio- und fair gehandelte Lebensmittel zu verwenden.

### **Begründung**

Die Landwirtschaft ist zweitgrößter Emittent von Treibhausgasen in Deutschland. Ein biologisch orientierte Landwirtschaft trägt zu einer Reduzierung von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz bei. Zudem verunreinigt die biologische Landwirtschaft das Grundwasser weit weniger mit Nitrat als die konventionelle Landwirtschaft. Außerdem fördert die biologische Landwirtschaft die Biodiversität weit mehr als die konventionelle und ist zusätzlich ein Türöffner für mehr Tierschutz, besonders wenn es sich um Lebensmittel der Anbauverbände wie Naturland, Bioland oder Demeter handelt.

Fair gehandelte Lebensmittel garantieren dagegen den Erzeuger\*innen aus Ländern des globalen Südens ein Mindesteinkommen und verringern so deren Abhängigkeit vom globalen Markt. Dies ist besonders wichtig, da viele Erzeuger\*innen im globalen Süden oftmals ausgebeutet werden, damit wir Lebensmittel zu Billig-Preisen kaufen können.

Da wir jedoch leider nicht fernab jeglicher Realitäten leben und Bio- sowie fair gehandelte Lebensmittel oftmals wesentlich teurer sind als konventionelle, sollte es in Aunahmefällen möglich sein auf fair und bio zu verzichten um eine Veranstaltung nicht ausfallen lassen zu müssen.

Weiterführende Links:

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-1>

<https://www.bund.net/massentierhaltung/haltungskennzeichnung/bio-siegel/>

<https://www.fairtrade-deutschland.de/was-ist-fairtrade/fairtrade-standards.html>

**V3 Gegen jeden Maskulinismus**

Antragsteller*in:	GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand und Nina Eisenhardt
Beschlussdatum:	30.03.2018
Tagesordnungspunkt:	11. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1683 Die GRÜNE JUGEND positioniert sich klar gegen jede Form von Maskulinismus, wir  
1684 werden immer laut unsere Stimme gegen die antifeministische und frauenfeindliche  
1685 Männerrechtsbewegung erheben!

1686 Maskulinist\*innen sehen eine naturbedingte Überlegenheit von Männern und  
1687 argumentieren, dass Feminist\*innen eine Unterdrückung der Männer anstreben.  
1688 Sie lehnen Gleichstellungspolitik ab und wollen, dass Frauen\* vor allem  
1689 Reproduktionsarbeit leisten oder schlecht bezahlte Arbeit erledigen.  
1690 Konsequenterweise werden Vergewaltigungen in der Ehe negiert. Die von  
1691 Maskulinist\*innen imaginierte weibliche Herrschaft zeige sich durch die fehlende  
1692 Bereitschaft von Frauen\* gefährliche und schwere Arbeit, wie zum Beispiel auf  
1693 der Baustelle, zu übernehmen und durch die von Frauen\* erhobenen "Vorwürfe"  
1694 von Vergewaltigungen. Diese seien in ihrer kruden Weltsicht ein feministisches  
1695 Druckmittel.

1696 Die Männerrechtsbewegung sieht Männer seit Anfang der 70er Jahre als  
1697 benachteiligt und pflegt eine männliche Opferideologie, die mit zutiefst  
1698 antifeministischen Argumentationen verknüpft ist. Die Bewegung ist zutiefst  
1699 homophob, und glaubt an ein archaisches Männerideal. Die Bewegung versucht als  
1700 soziale Bewegung aufzutreten und hat als solche Kontakte zur extremen und neuen  
1701 Rechten.

1702 Antifeministische Grundpositionierungen sind Teil rechter und neonazistischer  
1703 Ideologie, da die "Volksgemeinschaft" eine traditionell-dichotome Konstruktion  
1704 von Männlichkeit und Weiblichkeit voraussetzt. In der Ideologie unterscheidet  
1705 sich die rechtsextreme Szene im Frauen\*bild und dem männlichen Opfermythos von  
1706 den Auffassungen antifeministischer Maskulinist\*innen. Durch das Erstarken der  
1707 Rechten werden auf diese ideologischen Feinheiten jedoch keine Rücksicht  
1708 genommen und die Männerrechtsbewegung versucht Hass und Hetze im Netz für sich  
1709 und ihren Hass gegen Frauen\* und Feminist\*innen zu nutzen.

1710 Die GRÜNE JUGEND betrachtet Maskulinismus als gruppenbezogene  
1711 Menschenfeindlichkeit und positioniert sich klar und laut gegen jede Form des  
1712 Maskulinismus, Antifeminismus und der Homophobie!

**Begründung**

Als Hintergrundinformation eignet sich die Expertise des Gunda Werner Institut: [https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/antifeministische\\_maennerrechtsbewegung.pdf](https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/antifeministische_maennerrechtsbewegung.pdf)

**V4 Freiwillige Ausreiseberatung stoppen!**

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand  
und Nina Eisenhardt  
Beschlussdatum: 30.03.2018  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1713 Die GRÜNE JUGEND fordert das sofortige Ende der Rückkehrberatung durch  
1714 Ausländerbehörden für geflüchtete Menschen. Rückkehrberatungen müssen durch  
1715 unabhängige Stellen durchgeführt werden und dürfen keine Maßnahme sein, um  
1716 geflüchtete Menschen in Notsituationen unter Druck zu setzen und zur Ausreise zu  
1717 zwingen.

1718 Immer mehr Bundesländer setzen auf die sogenannte freiwillige Rückkehrberatung.  
1719 Flüchtlingsräte und Verbände kritisieren diese Vorgänge zurecht. Berichte  
1720 zeigen, dass eingesetzten Berater\*innen oft schlecht geschult sind und  
1721 systematisch sachlich falsch über die bestehende Rechtslage sowie den Verlauf  
1722 einer "freiwilligen" Ausreise informieren. Es werden Geldprämien versprochen,  
1723 die im Herkunftsland nicht ausgezahlt werden oder von angeblich sicheren  
1724 Gebieten gesprochen, zum Beispiel in Afghanistan, die es nicht gibt.

1725 Darüber hinaus sind die Rückkehrberatungen nur vermeintlich freiwillig.  
1726 Tatsächlich wird die Freiwilligkeit in der Einladung meist unterschlagen und  
1727 Geflüchteten wird in der Praxis bei Nichtteilnahme häufig mit Sanktionen  
1728 gedroht, zum Beispiel durch einen Aktenvermerk "unkooperatives Verhalten".  
1729 Traumatisierte Geflüchtete (aus Syrien und Afghanistan) werden massiv unter  
1730 Druck gesetzt und werden durch die Angst, wieder in Kriegsgebiete zurückkehren  
1731 zu müssen, weiter traumatisiert.

1732 Wir fordern endlich einen menschlichen und fairen Umgang mit Geflüchteten bei  
1733 den zuständigen Behörden und möchten Integration vor Ort umsetzen. Dies  
1734 funktioniert nur mit Humanität, nicht mit Abschottung und unfairen Tricks.

1735 Refugees Welcome!

## **V5 Gleichstellung fängt bei Sprache an!**

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand  
und Nina Eisenhardt  
Beschlussdatum: 30.03.2018  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1736 Die GRÜNE JUGEND kritisiert die Entscheidung des BGH in Sachen VI ZR 143/17,  
1737 über die Verwendung von Vordrucken, die keine spezifisch weibliche  
1738 Personenbezeichnung vorsehen, scharf. Danach haben Frauen kein Recht auf  
1739 weibliche Ansprache in Formularen, da durch die Verwendung des generischen  
1740 Maskulinum keine ersichtliche Benachteiligung von Frauen festzustellen sei. Wir  
1741 verurteilen die Argumentation der Vorinstanzen, die ihre Ablehnung damit  
1742 begründeten, dass schwierige Texte durch die Nennung beider Geschlechter nur  
1743 noch komplizierter zu verstehen seien und die männliche Form schon seit 2000  
1744 Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch bei Personen beiderlei Geschlechts als  
1745 Kollektivform verwendet werde.

1746 Gleichstellung fängt bei der Sprache an und prägt unser Bewusstsein nachhaltig.  
1747 Wer oder welche Institution das leugnet und in dem generischen Maskulinum keine  
1748 Form der Diskriminierung gegenüber Frauen\* sieht, verkennt die Realität und  
1749 bestreitet die Jahrtausende alte patriarchale Tradition, nach der Frauen keine  
1750 eigenständigen Individuen zu sein haben und immer nur als Teil des Mannes und  
1751 seines Haushaltes gesehen wurden. Wer diese Denkmuster in die Sprache überträgt,  
1752 akzeptiert patriarchale Machtstrukturen und steht Emanzipation und  
1753 Gleichstellung in unserer Gesellschaft im Wege.

1754 Die GRÜNE JUGEND appelliert an die in Deutschland ansässige Sparkassen-  
1755 Finanzgruppe zukünftig Frauen\* und Männer gleichermaßen anzusprechen. Als Teil

1756 der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute Deutschlands und somit Teil der  
1757 kommunalen Daseinsvorsorge, sehen wir es als unabdingbar an, dass die  
1758 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband Frauen\* sprachlich nicht  
1759 weiter diskriminiert und durch die entsprechende Anrede dem  
1760 Gleichberechtigungsgrundsatz in Art. 3 des Grundgesetzes gerecht wird.

1761 Die GRÜNE JUGEND fordert, dass alle öffentlichen Einrichtungen eine  
1762 gendergerechte Sprache verwenden und bei den Bemühungen um eine tatsächliche  
1763 Gleichstellung von Frauen\* und Männern nicht nachgelassen wird.

1764 Die GRÜNE JUGEND ist solidarisch mit Marliese Krämer und ihren unerlässlichen  
1765 Kampf für die Gleichstellung von Frau\* und Mann AUCH in der deutschen Sprache.

## **V6 Keinen Raum dem „Tag der deutschen Zukunft“!**

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand, GJ  
Niedersachsen Landesvorstand  
Beschlussdatum: 02.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

#### **1766 1. Seit über 20 Jahren – Kein Fußbreit!**

1767 Die GRÜNE JUGEND ist seit ihrer Gründung ein antifaschistischer Verband. Wo  
1768 Nazis demonstrieren wollen, wo Rassist\*innen in Parlamente drängen und wo  
1769 Faschist\*innen jeder Art versuchen, sich Raum zu nehmen, dort stehen wir dagegen  
1770 und lassen den Nazis keinen Raum für ihre Hetze. Es gehört zu unserer  
1771 historischen Aufgabe und unserem Grundverständnis als linke Organisation, dass  
1772 Faschismus nie wieder Platz haben darf. Ob alte oder neue Nazis: Wir stehen  
1773 dagegen auf, wenn Menschenhass versucht, sich breit zu machen. Darum wollen wir  
1774 den „Tag der Deutschen Zukunft“ am 02.06.2018 zu einem Desaster für die Nazis  
1775 machen!

#### **1776 2. Der „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar**

1777 Der „Tag der deutschen Zukunft“ findet jedes Jahr im Frühsommer statt und wird  
1778 in der Regel von der Partei „Die Rechte“ angemeldet. Hier kommen gewaltbereite  
1779 Nazis aus ganz Deutschland und teilweise auch aus anderen Ländern zusammen.  
1780 Damit wird dieser Tag zu einem wichtigen Event in der Szene, das neben der  
1781 politischen Hassbotschaft vor allem auch Vernetzung und Stärkung der Szene zum  
1782 Ziel hat. Schon im Vorfeld, während der Mobilisierungs-Phase, kommt es immer  
1783 wieder zu Übergriffen gegen Antifaschist\*innen und Engagierte, die dem Hass  
1784 etwas entgegensetzen wollen. In diesem Jahr soll der „Tag der deutschen Zukunft“  
1785 in der „Reichsbauernstadt Goslar“ stattfinden. Wir unterstützen alle Menschen,  
1786 die sich vor Ort in Goslar und den umliegenden Gebieten seit Jahren gegen die  
1787 dortige Nazi-Szene stark machen. Unsere Solidarität gilt allen, die einer  
1788 solchen Ansammlung von Hass und Rassismus vor Ort etwas entgegensetzen.

#### **1789 3. Nazis auf der Straße stellen – Solidarität mit Antifaschist\*innen!**

1790 Als GRÜNE JUGEND rufen wir alle demokratischen und antifaschistischen Gruppen  
1791 und Menschen dazu auf, sich am 02.06.2018 den Nazis in den Weg zu stellen und  
1792 lauten, friedlichen und entschlossenen Protest zu üben. Wir wollen gemeinsam mit  
1793 zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Parteien dafür sorgen, dass der 02.06.  
1794 für die Nazis ein Reinfall wird.

1795

1796 Aber dass der „Tag der Deutschen Zukunft“ überhaupt zur Regelmäßigkeit werden  
1797 konnte, zeigt auch, dass wir in ganz Deutschland noch einen langen Weg gegen  
1798 Diskriminierung, Rassismus und Faschismus vor uns haben. Wir müssen endlich

1799 dafür sorgen, dass gesellschaftliche Diskriminierungsmuster, die Nährboden der  
1800 rechtsextremen Szene sind, konsequent als solche benannt werden. Wir dürfen  
1801 dabei auch nicht vor den vermeintlich „konservativen“ Kräften in der  
1802 Gesellschaft halt machen. Außerdem ist nach wie vor wenig bekannt über die  
1803 Strukturen und Verquickungen der Nazi-Szene. Hier leisten Wissenschaftler\*innen  
1804 und antifaschistische Recherche-Gruppen einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen  
1805 Rechts. Ihnen gilt unsere Solidarität, insbesondere dann, wenn sie aufgrund  
1806 ihrer Recherchen selbst ins Visier staatlicher Ermittlungsbehörden und  
1807 Geheimdienste gelangen, die sich eigentlich darum kümmern sollten, dass  
1808 menschenverachtende Gewalt nicht mehr vorkommen darf. Antifaschistische  
1809 Recherche und antifaschistischer Protest sind kein Verbrechen. Im Gegenteil: Sie  
1810 sind notwendig!

1811 **4. Es gibt kein ruhiges Hinterland – Strukturschwache Regionen dauerhaft**  
1812 **stärken!**

1813 Hinter dem „Tag der deutschen Zukunft“ stehen eine Weltsicht und ein  
1814 Normensystem. Fernab von Menschlichkeit, Solidarität und Gemeinschaft wird ein  
1815 Gesellschaftsbild entwickelt, in dem Menschen aufgrund von Hautfarbe,  
1816 Religionszugehörigkeit oder Sexualität ausgeschlossen werden. Dies basiert in  
1817 vielen Teilen der Szene auf dem „Volksgedanken“, der Deutschland als  
1818 „Volksgemeinschaft“ sieht, die möglichst „rein“ zu halten sei von allem Äußeren.  
1819 Er findet in allen Regionen und Milieus in Deutschland Anschluss. Wir müssen  
1820 solche Argumentationsmuster überall dort entlarven, wo sie auftreten,  
1821 gleichzeitig aber auch einen Gegenentwurf einer Gesellschaft präsentieren, in  
1822 der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können und der viele Menschen  
1823 mitnimmt.

1824  
1825 In vielen ländlichen Räumen, in denen der Staat sich zurückzieht und  
1826 Infrastruktur zurückgebaut wird, sind Thesen der Benachteiligung des „eigenen  
1827 Volkes“ anschlussfähig. Gerade dort findet oft auch relativ wenig Gegenwehr  
1828 statt; zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Protest ist an vielen  
1829 Stellen kaum bis gar nicht zu erwarten. Aus diesem Grund suchen sich die Nazis  
1830 Orte wie Goslar aus. Orte, die es ihnen ermöglichen, eine Vielzahl ihrer eigenen  
1831 Anhänger\*innen zu mobilisieren und es Antifaschist\*innen möglichst schwer  
1832 machen, wirksamen Gegenprotest zu zeigen. Wir müssen den Protest gerade jetzt in  
1833 die ländlichen Räume tragen, uns mit den antifaschistischen Strukturen vor Ort  
1834 solidarisch zeigen und gemeinsam den Kampf gegen die Naziszene überall annehmen.  
1835 Nur dann haben wir eine Chance, den völkischen Rassismus in Deutschland  
1836 langfristig zu besiegen. United we stand! - Alerta!

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **V7 Pränante Anträge die Spaß machen zu lesen? - Mit Links!**

Antragsteller\*in: André Tront  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1837 Die GRÜNE JUGEND soll in Zukunft Workshops zum Thema "Wie schreibe ich einen  
1838 guten Antrag?" anbieten. Diese soll der Bundesvorstand konzeptionell vorbereiten  
1839 und auf Bundesversammlungen durchführen. Damit Ortsgruppen und Landesverbände  
1840 diese Workshops bei Bedarf eigenständig durchführen können, soll das Konzept  
1841 auch online gestellt werden.

### **Begründung**

Immer wieder werden ellenlange Anträge online gestellt, die einen schon beim Aufrufen "erschlagen". Dabei kann man diese Anträge meist in wenigen Sätzen zusammenfassen. Zudem wäre es auch möglich nur die Forderung in den Antragstext zu schreiben und die Begründung nachzuliefern und zwar im Begründungstext. Dafür ist der Abschnitt Begründung schließlich da. Dies passiert aber häufig nicht.

Durch Workshops und damit gute Anträge, würde zunächst einmal die Hemmschwelle gesenkt, einen Antrag überhaupt erst zu lesen. Außerdem wären gute Anträge auch schnell zu lesen und schnell inhaltlich zu erfassen. Das würde viel Zeit und nerven sparen, besonders da es häufig noch viele andere Anträge zu lesen gibt.

Insgesamt würde dies also die Debatte erheblich beleben und damit zu mehr Beteiligung und mehr Demokratie führen.

## **V8 Palmöl? Ohne uns!**

Antragsteller\*in: André Tront  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1842 Der Bundeskongress möge beschließen, dass bei jeder Veranstaltung  
1843 der Grünen Jugend auf palmöhlhaltige Lebensmittel verzichtet wird. Den  
1844 Veranstalter\*innen wird dabei ein Ermessenspielraum eingeräumt einzelne  
1845 Ausnahmen zuzulassen, sollte ein gänzlicher Verzicht aus finanziellen oder  
1846 kapazitären Gründen nicht umsetzbar sein.

### **Begründung**

Der Verzicht auf Palmöl ist ein wichtiger Schritt zum Schutz der Regenwälder. Regenwälder werden abgeholzt nur um Palmölplantagen anlegen zu können. Und da nach einiger Zeit die Böden nicht mehr fruchtbar genug sind um die Palmölplantagen weiterbetreiben zu können, werden eben neue Regenwaldflächen gerodet. Ein ewiger Kreislauf - bis ja bis kein Regenwald mehr übrig ist. Eindrücklich lässt sich das an den Beispielen von Indonesien sehen. Indonesien ist der wichtigste Palmölproduzent weltweit. Dort wurden für die stetig ansteigende Produktion bis zum heutigen Wert von 32 Millionen Tonnen (Stand 2016) bisher riesige Flächen an Regenwald für Palmöl gerodet (<https://www.greenpeace.de/themen/waelder/urwaelder/indonesiens-waelder-schwinden>). Aus diesem Grund sollte auf **palmöhlhaltige Produkte verzichtet werden**.

Allerdings ist Palmöl heute leider in sehr vielen Produkten enthalten. Außerdem sind palmölfrei Produkte nicht selten wesentlich teurer. Aus diesem Grunde sollte den Veranstalter\*innen die Möglichkeit eingeräumt werden einzelne Ausnahmen zu machen, damit nicht z.B. eine Veranstaltung abgesagt werden muss, weil es unmöglich ist komplett auf palmöhlhaltige Produkte zu verzichten.

Links und Quellen:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/477859/umfrage/produktion-von-palmoel-in-indonesien/>

<https://www.regenwald.org/themen/palmoel#petition>

<https://naturdetektive.bfn.de/lexikon/lebensraeume/land/urwaelder-der-erde-tropischer-regenwald.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/palmoel-aus-indonesien-das-schmutzige-geschaeft-der-produzenten-a-1011854.html>

## **V9 Klimaschutz. Konsequenz!**

Antragsteller\*in: André Tront  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

- 1847 Die GRÜNE JUGEND soll sich dafür einsetzen, dass in Zukunft  
1848 Sanktionsmechanismen eingeführt werden, die dann greifen, wenn Klimaschutzziele  
1849 nicht eingehalten werden. In einem ersten Schritt soll dies nur für Deutschland  
1850 gelten. Danach sollte dieser Mechanismus erst auf alle EU- und dann auf alle  
1851 Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens ausgeweitet werden.
- 1852 Die Sanktionen könnten dabei so aussehen, dass z.B. ein Betrag der den externen  
1853 Kosten der nicht eingesparten Menge an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten entspricht, für  
1854 seriöse(n) Klima- und Naturschutz (-projekte) ausgegeben werden muss.

### **Begründung**

Beim Klimaschutz fehlt es vielfach an Konsequenz. Zusagen werden gemacht und dann doch nicht eingehalten. Dafür werden um so mehr Sonntagsreden gehalten. Bestes Beispiel ist Angela Merkel die sich vor der Kulisse eines Gletchers als Klimakanzlerin profiliert hat. Für das Klima getan hat sie allerdings herzlich wenig. Im Gegenteil: Sie hat sogar in Brüssel dafür gesorgt das deutsche Autobauer von strengeren Abgaswerten verschont blieben. Zu allem Überfluss wurden erst kurzlich die Klimaziele von der neuen Bundesregierung über Bord geworfen. Das zeigt, das die Bundesregierung sich für den Klimaschutz, wenn überhaupt, nur dann interessiert wenn man sich damit profilieren kann. Aus diesem Grunde braucht es verbindliche Regeln und Sanktionen, damit Klimaziele nicht einfach so über Bord geworfen werden können, wenn es gerade bequem ist.

Das diese Regeln bitter nötig sind, zeigen die Prognosen. Es erscheint schon jetzt so gut wie unmöglich das in Paris gesteckte Ziel sogar unter 1,5 Grad Erderwärmung zu bleiben. Inseln wie die Fidjis (die die Schirmherrschaft der Klimakonferenz in Bonn innehatten) haben schon heute Probleme und die Bevölkerung leidet. Menschen flüchten wegen dem Klima, auch zu uns. Arten sterben. Natur und Menschen leiden. Wir haben keine Zeit. Wir müssen jetzt handeln. Und zwar konsequent!

<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1468-2516.2010.00325.x>

**V10 Mülltrennung? Funktioniert nicht!**

Antragsteller\*in: Cara Appel  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1855 Das aktuelle Mülltrennungssystem in Deutschland funktioniert nicht, nicht  
1856 richtig. Viel zu viel Energie und Rohstoffe werden verbrannt oder ungenutzt  
1857 gelassen und die Umwelt wird weiter geschädigt, ohne Transparenz was eigentlich  
1858 mit unserem Müll passiert. In Deutschland wurde das System der dualen  
1859 Mülltrennung erfunden. Nun sollten wir es ausführlich diskutieren und  
1860 reformieren, für mehr Umweltschutz, Recycling und Transparenz im Umgang mit  
1861 unserem Müll. Die Grüne Jugend muss diese Diskussion prägen und mit Ideen und  
1862 Forderungen für eine Verbesserung kämpfen. Müll ist auch ein Umweltthema,  
1863 welches wir zu oft unbesehen lassen.

**Begründung**

Deutschland erfand 1991 das System der dualen Mülltrennung. Wir sind Weltmeister im Recycling unseres Mülls. Doch läuft auch in Deutschland die Mülltrennung keineswegs perfekt.

Über die Hälfte der gelben Säcke in Deutschland werden verbrannt, 7% sogar direkt in der Müllverbrennungsanlage (1), anstatt wie versprochen recycelt zu werden. Gelbe Säcke werden ins Ausland verkauft (2) oder als Brennstoff genutzt, um Restmüll in Müllverbrennungsanlagen brennbar zu machen, ohne jegliche Transparenz was damit passiert (2). In Statistiken zählt die Verbrennung für Energiegewinnung als Recycling, was keineswegs das Gleiche ist oder so behandelt werden sollte. Wir sind nicht mehr in der Lage, die Berge von Müll die wir Tag für Tag produzieren selbst sinnvoll zu verwerten, sodass ohne Rücksicht auf die Umwelt weite Transportstrecken und ein Wertverlust der Rohstoffe für Bequemlichkeit und Veränderungsunwilligkeit riskiert werden.

Seit 2014 müssen nach Kreislaufwirtschaftsgesetz alle deutschen Landkreise und Städte Biomüll getrennt von der grauen Tonne sammeln. Jedoch bietet immer noch rund jeder fünfte Landkreis kein System für Bioabfallverwertung an oder fordert Bürger lediglich zu freiwilliger Biomüllverwertung in einem Bringsystem auf und nur die Hälfte der Haushalte besitzt eine Biotonne (3). Dabei bietet eine Verwertung des Biomülls eine wichtige Möglichkeit, Energie durch Gärung des Biomülls und Verbrennung in Blockheizkraftwerken herzustellen (dabei entstehende Treibhausgase würden auch bei der natürlichen Zersetzung freigesetzt) und kann als Torfersatz verwendet werden, dessen Beschaffung sonst Moore schädigt und zerstört (4). Zudem senkt die Vermischung des Biomülls mit der grauen Tonne die energetische Verwertbarkeit von deren Inhalt in Müllverbrennungsanlagen, wodurch mehr gelbe Säcke verbrannt werden müssen um diesem Effekt gegenzusteuern.

Und warum verpacken wir unseren Plastikmüll in extra dafür hergestellte Plastiksäcke, statt wiederverwendbare gelbe Tonnen zu nutzen? Es ist absurd, Energie und Material aufzuwenden um Plastikmüll in Plastiktüten zu packen, die dann mit ins Recycling oder schlimmer die Verbrennung kommen.

- (1) <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/recycling-ein-gelber-sack-den-niemand-versteht-1.3480098-2>
- (2) <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eu-plastikmuell-101.html>
- (3) <http://www.nordbayern.de/region/nuernberg/recycling-marchen-scharfe-kritik-am-gelben-sack-1.5021123>
- (4) <https://blogs.nabu.de/verbreitung-biotonne-deutschland-2017/>
- (5) <https://www.greenpeace-magazin.de/der-muell-und-die-mythen>

## **V11 Break the Binary – für einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag**

Antragsteller\*in: Niki Krupka

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1864 Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner am 8.11.2017 veröffentlichten  
1865 Entscheidung, bekannt gegeben, dass zukünftig entweder gar kein  
1866 Geschlechtseintrag erhoben werden darf oder eine dritte Option geschaffen werden  
1867 muss.

1868 Die Option, das Geschlecht zukünftig grundsätzlich nicht mehr zu erheben, sehen  
1869 wir kritisch, da notwendige Gesetze, um etwa die Durchsetzung der  
1870 Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu erreichen, so nicht mehr möglich  
1871 wären und zudem die notwendige Sichtbarkeit von Personen außerhalb der binären  
1872 Kategorien nur schwer zu erreichen wäre.

1873 Für uns ist klar, dass eine dritte Option für so viele Personen wie möglich  
1874 geschaffen werden muss, daher lehnen wir die Kopplung der dritten Option an  
1875 biologische Merkmale ab und fordern die Einführung eines individuell  
1876 selbstbestimmten Geschlechtseintrags. Dabei soll die Möglichkeit keinen  
1877 Geschlechtseintrag zu haben, gesetzlich auch für bereits volljährige Personen  
1878 verankert und für alle Personen geöffnet werden.

1879 Bei neugeborenen positionieren wir uns für ein grundsätzliches freilassen des  
1880 Geschlechtseintrags, bis das Neugeborene selbst entscheiden kann, ob und wenn ja  
1881 welchen Geschlechtseintrag es möchte. Dabei möchten wir Eltern unterstützen, die  
1882 ihre Kinder frei von Geschlechterrollen aufwachsen lassen möchten.

1883 Wir fordern ein lebenslanges Bildungssystem, in welchem körperliche Merkmale  
1884 nicht länger mit Geschlecht vermischt werden. Dies soll mit zusätzlichen  
1885 staatlichen Aufklärungskampagnen unterstützt werden, um so viele Menschen wie  
1886 möglich über die Geschlechtervielfalt zu informieren.

1887 Für uns ist klar, dass jede Person selbst entscheiden soll, ob und wenn ja  
1888 welchen Geschlechtseintrag eine Person haben möchte. Daher fordern wir auch, das  
1889 auf Antrag der betreffenden Person, ohne Gutachten, der Geschlechtseintrag  
1890 kostengünstig und wohnortnah geändert werden kann. Im Zuge dessen soll die  
1891 Möglichkeit der Änderung des Geschlechtseintrags aus dem Transsexuellengesetz  
1892 ins Personenstandsgesetz übertragen werden.

## **V12 Keine deutsche Innenpolitik für Erdogan – Entkriminalisierung der kurdischen und türkischen Opposition in Deutschland!**

Antragsteller\*in: Felix Steins  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1893 Seit den Gezi-Protesten beziehungsweise spätestens mit dem fulminanten Einzug  
1894 der HDP in das türkische Parlament hat das AKP-Regime massiv an demokratischer  
1895 Legitimation verloren. Dass sein Zenit an demokratischer Macht überschritten  
1896 ist, hat Erdogan seitdem wesentlich damit kompensiert, die Türkei als  
1897 autoritären Führerstaat auf ihn und die AKP zuzuschneiden. Dies wird begleitet  
1898 von einer gewaltigen Propaganda- und Ideologieproduktion, die den politischen  
1899 Islamismus und neosmanische Großmachtträume mit den klassischen ideologischen  
1900 Komponenten autoritär-neoliberaler Regimes wie Klassismus, Elitarismus,  
1901 Linkenfeindlichkeit und die „Reinhaltung des Volkskörpers“ kombiniert. Die  
1902 Kehrseite dieser faschistoiden Medaille ist die vernichtungsideologisch  
1903 motivierte Gleichschaltung politischer Gegner\*innen und die Assimilation  
1904 ethnischer Minderheiten.

1905 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in und die Annexion von Afrin ist, neben  
1906 geostrategischen und ökonomischen Interessen, deshalb wesentlich die Fortführung  
1907 der türkischen Innenpolitik mit anderen Mitteln. Die Kurd\*innen – auch die in  
1908 Syrien – sind das „ideale“ Feindbild des AKP-Regimes: Gleichzeitig ethnische  
1909 Minderheit UND politische Opposition. Nicht nur innerhalb der Türkei – der  
1910 „demokratische Konföderalismus“, den linke kurdische Kräfte in Nordsyrien  
1911 initialisieren und der eine radikale politische wie wirtschaftliche Demokratie,  
1912 soziale Gleichheit, die Befreiung der Frau, gleichberechtigende kulturelle  
1913 Pluralität, ökologische Nachhaltigkeit und Frieden umfassen soll, ist ein  
1914 radikaler Gegenentwurf zum AKP-Regime – und die offensichtliche Entlarvung der  
1915 Behauptung, die Kurd\*innen seien Terrorist\*innen, während Erdogan der Garant des  
1916 Friedens sei.

1917 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-  
1918 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit einem Regime, das  
1919 die Türkei immer offensichtlicher Richtung Faschismus treibt, sind scheinbar  
1920 wichtiger als die Anerkennung der kurdischen Leistungen bei der Bekämpfung des  
1921 Islamischen Staates, wichtiger als die Stärkung demokratischer Kräfte in der  
1922 Türkei und Nordsyrien, wichtiger als Frieden in einer bürgerkriegsgebeutelten  
1923 Region und wichtiger als das Völkerrecht.

1924 Diese Friedens- und Demokratiefeindlichkeit drückt sich nicht nur durch  
1925 Rüstungsexporte in die Türkei, der unangebrachten diplomatischen Zurückhaltung  
1926 angesichts dieser brutalen Eskalation und die ökonomische und legitimatorische  
1927 Subvention des AKP-Regimes im Rahmen des „Flüchtlingsdeals“ aus. Insbesondere  
1928 legen Bundes- und Landesregierungen und deren Behörden absurde Doppelstandards  
1929 an die Ableger der unterschiedlichen politischen Akteur\*innen in Deutschland an:

1930 So lässt die politisch angeblich neutrale Ditib ihre Imame für einen  
1931 erfolgreichen Angriffskrieg die Siegessure beten[1], in der es unter anderem  
1932 heißt: „Doch wer an Allah und Seinen Gesandten nicht glaubt – gewiß, so haben  
1933 Wir für die Ungläubigen eine Feuerglut bereitet.“ Die Ditib bietet außerdem  
1934 Jugendreisen zu „unserem großen Heerführer [Erdogan]“ an [2] - und betreibt  
1935 damit Propaganda für einen Völkerrechtsbruch -, gleichzeitig gibt es  
1936 Staatsverträge mit genau diesem Verband[3]. In Hessen ist die Ditib sogar als  
1937 Religionsgemeinschaft anerkannt [2].

1938 Andererseits werden die kurdische Bewegung und linke türkische  
1939 Oppositionsgruppen massiv kriminalisiert. So wird zum Beispiel die „Föderation  
1940 der Demokratischen Arbeitervereine e.V.“ (DIDF) vom Verfassungsschutz als  
1941 „linksextrem“ eingestuft, denn diese „prangert vor allem angebliche[!]  
1942 Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“ [4] an. Im Falle der kurdischen  
1943 Bewegung hat Deutschland bereits 1993 und in Folge dessen auch die EU 2002 die  
1944 PKK als „Terrororganisation“ eingestuft. Kurdische Symboliken sind umfassenden  
1945 Verboten ausgesetzt, bereits das Zeigen von Fahnen kann zu Hausdurchsuchungen  
1946 führen [5]. Fast gegen alle Möglichkeiten, sich im Sinne einer kurdisch-linken  
1947 Bewegung zu engagieren werden vom instrumentellen Terrorbegriff des  
1948 Verfassungsschutzes erfasst, indem diverse Vereine und Gruppen in die Nähe der  
1949 PKK gerückt werden [6]. Zuletzt wurde mit der Razzia und der Schließung des  
1950 Mezopotamien-Verlags die Meinungsfreiheit für Kurd\*innen in Deutschland de facto  
1951 abgeschafft [7].

1952 Petition:

- 1953 • Die GRÜNE JUGEND verurteilt den Angriffskrieg in und die Annexion von  
1954 Afrin als völkerrechtswidrigen, antidemokratischen Akt und brutale,  
1955 teilweise gegen die Zivilbevölkerung gerichtete, Eskalation.
  
- 1956 • Die GRÜNE JUGEND betrachtet die Türkei, solange sie sich unter Erdogan  
1957 zunehmend in eine faschistoide oder zumindest autokratische Richtung  
1958 entwickelt, nicht länger als geeigneten außenpolitischen Verbündeten und  
1959 hält einen Stopp von Waffenexporten und militärischer Kooperation für  
1960 unabdingbar.
  
- 1961 • Vor diesem Hintergrund fordert die GRÜNE JUGEND eine umfassende  
1962 Neubewertung der Organisationen der kurdischen Bewegung und der türkischen  
1963 Linken durch die deutsche Regierung und deren Sicherheitsbehörden. Dabei  
1964 ist zu berücksichtigen, dass der instrumentelle Terrorismusbegriff, den  
1965 die Türkei anwendet, in einem Rechtsstaat unmöglich übernommen werden  
1966 kann. Außerdem muss in Erwägung gezogen werden, dass im Unrechtsstaat  
1967 Türkei ziviler Ungehorsam kein geeignetes Mittel im Kampf für die  
1968 Redemokratisierung ist.
  
- 1969 • Auch Staatsverträge mit Organisationen sowie deren Anerkennung als  
1970 Religionsgemeinschaft, die in Deutschland systematisch Völkerrechtsbrüche  
1971 propagieren, müssen nach Meinung der GRÜNEN JUGEND einer umfassenden  
1972 Neubewertung unterzogen und gegebenenfalls ausgesetzt oder aufgekündigt  
1973 werden.

1974 Quellen:

- 1975 [1] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html>  
1976
- 1977 [2] <https://jungle.world/artikel/2018/11/gefaelligkeiten-fuer-den-obersten-heerfuehrer>  
1978
- 1979 [3]  
1980 [http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2)  
1981 [-](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2)  
1982 [download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2)
- 1983 [4] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf>  
1984
- 1985 [5] <https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html>  
1986
- 1987 [6] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistan-pkk.pdf>, S.21  
1988
- 1989 [7] <https://www.jungewelt.de/artikel/330512.razzia-beim-mezopotamien-verlag-b%C3%B6rsenverein-und-pen-fordern-aufkl%C3%A4rung.html>  
1990

**V13 Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen,  
Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren**

Antragsteller\*in: Zoey Gerrit Prigge  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1991 2018 wird vermutlich ein Jahr, in dem Themen der Überschneidung des binären  
1992 Geschlechtermodells in der Politik vermehrt thematisiert werden. Das  
1993 Transsexuellengesetz ist seit Jahren in seiner jetzigen Form mehr als  
1994 reformbedürftig. Im Oktober hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: Die  
1995 derzeitige Rechtslage, dass bei Neugeborenen, deren Geschlecht nicht eindeutig  
1996 feststeht, das Geschlecht lediglich offen gelassen werden kann, ist  
1997 grundrechtswidrig. Es muss ein positiver Geschlechtseintrag geschaffen werden  
1998 oder die Erfassung der Geschlechtszugehörigkeit abgeschafft werden. Die Existenz  
1999 eines Geschlechts außerhalb des Männlich-Weiblich-Binaries wurde somit  
2000 anerkannt. Die Fragestellung, ob die Möglichkeit des Nichteintrags für inter\*  
2001 Menschen auch nach der Geburt besteht, wurde gerichtlich bereits zuvor bejaht.  
2002 Auch gibt es eine obergerichtliche Entscheidung, dass diese Möglichkeit auch  
2003 Trans\* bereits offen steht.

2004 Im Rahmen der Medienöffentlichkeit rund um die Kampagne "Dritte Option" kam es  
2005 jedoch immer wieder auch zu Beschwerden. Inter\*-Verbände setzen sich seit Jahren  
2006 vor allem ein, medizinisch nicht notwendige Genitaloperationen an Neugeborenen,  
2007 Kindern und nicht-wissenden Jugendlichen zu beenden. Eine entsprechende  
2008 Formulierung findet sich im aktuellen bundesdeutschen Koalitionsvertrag, dennoch  
2009 gehen die Raten an solchen Operationen nicht zurück. Erhebungen darüber, wie  
2010 viele Kinder nach der Geburt mit einem offenen Geschlechtseintrag erfasst  
2011 wurden, haben ergeben, dass die Anzahl weitaus geringer ist als es statistisch  
2012 Babys geben müsste, die in diese Gruppe fallen.

2013 Zu Recht wurde kritisiert, dass Trans\* Menschen oftmals andere Interessen haben  
2014 als intergeschlechtliche Menschen. Diese ausschließlich Inter\* betreffende  
2015 Problematik von Zwangsoperationen, oftmals auch als "Genitalverstümmelungen"  
2016 bezeichnet, können Außenstehende nicht abschließend einschätzen. Es wird  
2017 befürchtet, dass durch eine Verallgemeinerung der politischen Dimension von  
2018 Intergeschlechtlichkeit auf die Einführung einer dritten Geschlechtsoption,  
2019 Inter\* unsichtbarer werden. Verbänden zufolge identifizieren sich viele inter\*  
2020 Menschen überdies mit ihrer sozialisierten Geschlechterrolle, wollen also für  
2021 sich keine dritte Option, prangern allerdings gleichzeitig die an ihnen  
2022 ausgeführten Operationen an.

2023 Trans\* menschen finden sich in einer Situation, in der Sie an teils von ihnen  
2024 gewünschte Operationen nur durch lange Genehmigungs- bzw. Begutachtungsverfahren  
2025 kommen. Auch die Vornamens- und Personenstandsänderung nach dem  
2026 Transsexuellengesetz setzt ein solches auch nach neuester  
2027 verfassungsgerichtlicher Gerichtssprechung immer noch voraus. Für nicht-binäre

2028 Trans\* ist die rechtliche Situation noch ungewisser: Eine Streichung des  
2029 Geschlechtseintrages ist zwar im Einzelfall möglich gewesen, jedoch ist die  
2030 Anzahl an Musterprozessen gering. Eine Vornamensänderung, um zum Beispiel sowohl  
2031 weibliche als auch männliche Vornamen tragen zu dürfen, in einem Falle  
2032 höchstrichterlich abgelehnt.

2033 Währenddessen die LGBTQIA+-Community bemüht ist, inklusiv zu sein, wünschen  
2034 einige Trans\* und Inter\* jedoch nicht, als Teil dieser gesehen zu werden.  
2035 Diskussionen, ob jemand Trans\*-genug ist, lehnt die Grüne Jugend ab, denn dies  
2036 kann nur die Person selbst entscheiden. Dass Leidensdruck durch jeden Menschen  
2037 anders wahrgenommen wird, erkennen wir an. Dass mancher Mensch gerne als  
2038 Transsexuell bezeichnet werden möchte und sich selbst in der binären  
2039 Geschlechterkategorisierung wiederfindet, ist ebenfalls nicht verwerflich. Die  
2040 (nicht-binäre) Trans\* Identität anderer in Frage zu stellen, ist und bleibt  
2041 Trans\*phobie.

2042 Weitergehend fordert die Grüne Jugend auf, Begrifflichkeiten wie  
2043 Intergeschlechtlichkeit und Nicht-binäre Geschlechtsidentität, bzw. Inter\* als  
2044 Identität des eigenen Gender nicht miteinander zu verwechseln. Sowohl manche  
2045 Inter\*, als auch Trans\* haben eine Identität außerhalb des Geschlechter-  
2046 Binaries. Die Anerkennung solcher Identitäten ist für beide Gruppen wichtig und  
2047 es lohnt sich, gemeinsam dafür zu kämpfen. Es ist jedoch imperativ, dass nicht-  
2048 binäre Trans\* nicht als Inter\*(sexuell) bezeichnet werden oder sich selbst so  
2049 bezeichnen. Gerade in der Politik, in der Berichterstattung und in der  
2050 Rechtsprechung ist das leider bereits erfolgt.

2051 Die Grüne Jugend fordert, Intergeschlechtlichkeit nicht durch Fehldarstellungen  
2052 unsichtbar zu machen. Wir stellen uns an die Seite von Inter\*-Verbänden mit der  
2053 Forderung, nicht medizinisch notwendige Genitaloperationen an Kindern zu  
2054 unterlassen und diesen zu ermöglichen, selbstbestimmt und informiert  
2055 aufzuwachsen.

2056 Sowohl gesellschaftlich, als auch innerverbandlich, fordern wir eine Stärkung  
2057 geschlechtlicher Vielfalt. Wie einher unsere Meinung war, setzen wir uns dafür  
2058 ein, dass jeder seine eigene Identität finden kann. Wir lehnen es ab, dass  
2059 jemand als nicht-Trans\*-genug gelabelt wird. Und setzen uns dafür ein, dass  
2060 Nicht-binäre Menschen (und als solche also auch Inter\*, die sich nicht einer  
2061 binären Geschlechterkategorie zuordnen), ein Recht darauf bekommen, durch den  
2062 Staat als solche betrachtet zu werden: Weder auf Formularen noch in der Sprache  
2063 darf ein Mensch in eine Kategorie gedrängt werden, ohne sich dieser angehörig zu  
2064 fühlen.

2065 Die Grüne Jugend fordert, dass die Debatten zur Neuordnung des Personenstands in  
2066 Bezug auf Geschlecht dazu genutzt werden, ein selbstbestimmtes Geschlecht für  
2067 Alle unabhängig deren Biologie zu ermöglichen – und dass diese Wahl ohne  
2068 diskriminierende Bestätigungsverfahren ermöglicht wird. Es muss möglich sein,  
2069 nachdem ein Prozess der Selbsterkenntnis durchlaufen wurde, eine Entscheidung  
2070 zur Geschlechtsidentität auch erneut anzupassen oder eine Identität, im Falle  
2071 dass diese offen geblieben ist, einzutragen.

2072 Das Namensrecht muss modifiziert werden, sodass jeder Mensch einen Namen nutzen  
2073 kann, der der eigenen Geschlechtsidentität entspricht.

2074 Die Regelung, die erarbeitet wird, muss aber sicherstellen können, dass kein  
2075 zwischengeschlechtliches Kind stigmatisiert wird. Vielmehr muss die  
2076 Selbstbestimmung auch von Kindern gestärkt werden.

## **Begründung**

Die Grüne Jugend hat zu vielen der hier ausgeführten Dinge eine Position. Trotzdem hat sich in den letzten Jahren juristisch viel entwickelt und es gibt noch keinen Beschluss dazu. Erstmals erscheint es möglich, dass Deutschland ein drittes Geschlecht anerkennt. Das BVerfG Urteil zur Dritten Option war so vermutlich nicht vorhersehbar.

Die Rechtsprechung für Nicht-binäre Trans\* Menschen besteht aus Rechtsunsicherheit, gleichzeitig halten Missstände insbesondere im TSG an, eine Verfassungsbeschwerde gegen die Gutachterpflicht wurde abgelehnt.

Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht, dass ich als Intersexuell bezeichnet worden bin in einem Gerichtsbeschluss. Ich bin es aber nicht. Information zu diesen Themen ist oftmals unzureichend und aus Halbwissen entstehen Fehlverwendungen von Begrifflichkeiten. - Ich und wir als Trans\* Menschen dürfen nicht vergessen, dass Inter\* eine eigene Gruppe darstellen, die eigene Interessen haben und anderen Missständen ausgesetzt sind.

Genauso, wie Trans\* Menschen zu Inter\* gemacht worden sind, wird in der medialen Berichterstattung auch vergessen, dass ein dritter Geschlechtseintrag für viele biologisch-medizinisch eindeutig einem Sex zuordnebaren Menschen aufgrund einer nicht binären Geschlechtsidentität von hoher Bedeutung ist.

Die Gefahr, dass eine Neuregelung des Personenstandsregister einen positiven Eintrag nur für Inter\* Menschen ermöglicht ist gegeben.

Dass Berichterstattung zu Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und ein mögliches gesetzliches Verbot durch die Gesetzgebung zu einem neuen Geschlechtseintrag in den Hintergrund geraten, ebenfalls.

Dieser Antrag soll daher all diese Punkte nochmals in den Vordergrund rücken und zeigen, dass wir sowohl für gemeinsame Interessen von Trans\* und Inter\* entstehen, als auch die einzelnen Standpunkte und Schwierigkeiten anerkennen – und gemeinsam im Interesse aller agieren wollen.

## **V14 Einführung des Widerspruchprinzips für die Organspende**

Antragsteller\*in: Marius Schulz, Hannah Fuchs, Hauke Köhn,  
Liam Harrold

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

2077 Die in Deutschland seit Jahren drastisch zurückgehende Zahl an OrganspenderInnen  
2078 sorgt für einen akuten Notstand: Im Mittel sterben jeden Tag 3 PatientInnen  
2079 mangels eines passenden Spendeorgans.

2080 Um diesem besorgniserregenden aber vermeidbaren Missstand entgegenzuwirken,  
2081 fordert die Grüne Jugend die Einführung des „Widerspruchs-“ bzw. „Opt-out-  
2082 Prinzips“  
2083 für die Organspende nach dem Tod. Demnach sind alle BundesbürgerInnen  
2084 automatisch in ein Organspende-Register eingetragen, können aber jederzeit  
2085 unbürokratisch und ohne Begründung der Organspende widersprechen. Es soll  
2086 ebenfalls möglich sein, eine Zustimmung oder einen Widerspruch für einzelne  
2087 Organe auszusprechen.

2088 Befragungen zufolge ist eine deutliche Mehrheit zur Organspende bereit, aber der  
2089 Anteil derer, die tatsächlich einen ausgefüllten Organspendeausweis besitzen,  
2090 gering. In Ländern, die das Widerspruchsprinzip umsetzen, stehen ca. 90% der  
2091 Bevölkerung als potentielle OrganspenderInnen zur Verfügung.

2092 Wir wollen ein gesellschaftliches Bewusstsein für das Thema Organspende  
2093 schaffen, um über das Für und Wider der Organspende aufzuklären. Dabei müssten  
2094 vor allem Kinder berücksichtigt werden. Die Altersgrenze für einen  
2095 Organspendeausweis liegt derzeit bei 16 Jahren mit Einverständnis der Eltern,  
2096 Widerspruch ist mit 14 Jahren möglich. Die Widerspruchsmöglichkeit für Kinder  
2097 sollte in Zukunft uneingeschränkt ab 0 Jahren möglich sein, falls sie dies nicht  
2098 getan haben, sollen die Eltern bis zu einem Alter von 14 Jahren der Organspende  
2099 widersprechen dürfen.

2100 Personen, die sich gegen eine Organspende aussprechen, profitieren ebenfalls von  
2101 einer klaren Regelung, da Angehörige so nicht in die Situation gebracht werden,  
2102 eine gegebenenfalls ungewollte Entscheidung zu treffen. Insgesamt wird so eine  
2103 Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende sowie eine persönlichen  
2104 Entscheidungsfindung gefördert.

### **Begründung**

Die Anzahl an OrganspenderInnen ist aktuell auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren, die Deutsche Stiftung Organtransplantation bezeichnet die Situation als „zutiefst besorgniserregend“. Die Zahl der Organspenden im Jahr 2017 hat sich im Vergleich zu 2010 fast halbiert. Aktuell warten etwa 10.000 schwerkranke

PatientInnen auf eine lebensrettende Organspende (DSO, 2018).

Ob man für eine Organspende in Deutschland zur Verfügung steht, wird im Organspendeausweis festgehalten. Dort wird neben dem allgemeinen Einverständnis (ja oder nein) auch die Möglichkeit gegeben, Entscheidungen für einzelne Organe zu treffen. Wird der Organspendeausweis nicht ausgefüllt, sind im Todesfall die nächsten Angehörigen in der Verantwortung, die Entscheidung für oder gegen eine Organspende zu treffen. Die Mehrheit würde sich in diesem Fall nicht für eine Organspende des Angehörigen entscheiden.

Die generelle Bereitschaft für Organspende in der Bevölkerung ist allerdings hoch: laut einer Befragung aus dem Jahre 2011 sind grundsätzlich 71% der Befragten damit einverstanden, nach ihrem Tod Organe zu spenden. Dieselbe Befragung im Jahr 2008 ergab aber, dass nicht mal jeder Vierte von der Einverständigen und nur 16% der Gesamtbevölkerung einen Organspendeausweis besitzen (Forsa, 2011; Apotheken Umschau, 2008). Aus einer Befragung von NichtbesitzerInnen haben laut einer Studie von 2017 nur 5.6% vor sich „ganz sicher“ in der nächsten Zeit einen Organspendeausweis zu besorgen (Ipsos, 2017).

Zum Beispiel in Österreich gilt das sogenannte "Widerspruchs"- oder "Opt-out"-Prinzip. Demnach ist man automatisch OrganspenderIn, außer man widerspricht der Organspende und lässt sich offiziell in das „Widerspruchregister gegen Organspende“ eintragen (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen, 2018). In Ländern, die das Widerspruchsprinzip umsetzen, stehen etwa 90% der Bevölkerung zur Organspende zur Verfügung (Stanford University, 2018). Aus diesen Erwägungen hat auch die Niederlande Mitte Februar 2018 eine dementsprechende Gesetzesänderung beschlossen. Aktuell gilt das Widerspruchsprinzip in 17 europäischen Ländern, unter anderem in Spanien, seit Jahren Spitzenreiter, mit 43,4 OrganspenderInnen pro 1.000.000 EinwohnerInnen in 2016. In Deutschland waren es im selben Jahr 10,4 (IRODaT, 2016).

**V15 Pathologisierung ist echt krank - Schluss mit der rechtlichen Diskriminierung von trans\*, inter, nicht-binären und genderqueeren Menschen**

Antragsteller\*in: Caspar Schumacher, Nyke Slawik, Vincent Krämer  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

2105 Die Kampagne „Dritte Option“ hat vor 5 Jahren mit der Klage für einen dritten  
2106 Geschlechtseintrag im Pass begonnen. Im November 2017 wurde den Klagenden durch  
2107 das Bundesverfassungsgericht Recht gegeben, der Gesetzgeber bis Ende 2018  
2108 entweder die Erfassung von Geschlecht im Pass abschaffen oder für Menschen, die  
2109 sich nicht mit den binär-zweigeschlechtlichen Kategorien „Frau“ oder „Mann“  
2110 identifizieren, einen dritten positiven Eintrag möglich machen, z.B. „divers“.  
2111 Inter und trans\* Organisationen und queere Lobbyverbände verlangen nach dieser  
2112 Entscheidung noch stärker danach, dass auch das Transsexuellengesetz reformiert  
2113 wird. Eine große Veränderung im rechtlichen Bereich von Inter und trans\* steht  
2114 bevor.

2115 Das Transsexuellengesetz (TSG), welches 1981 in Kraft trat, *pathologisiert*  
2116 Transidentität und entmündigt trans\* Menschen. Viele Teile des Gesetzes- wie  
2117 bspw. die Auflage, sich einer „fortpflanzungsunfähig“- machenden Operation zu  
2118 unterziehen, bevor die Änderung des Geschlechtseintrags möglich ist- finden  
2119 heute keine Anwendung mehr, weil das Bundesverfassungsgericht sie 2011 als  
2120 unvereinbar mit den Grundrechten auf freie Persönlichkeitsentfaltung und dem  
2121 Recht auf körperliche Unversehrtheit erklärt hat. Seitdem hat keine  
2122 Bundesregierung eine notwendige gesetzliche Reform in die Wege geleitet.

2123 Nur durch einen langen, entwürdigenden und teuren Prozess (die Kosten liegen  
2124 meist im drei- bis vierstelligen Bereich) können trans\* Menschen in Deutschland  
2125 ihren Vornamen und Personenstand (VÄ/PÄ) ändern. Die Auflage dafür, zwei  
2126 voneinander unabhängige psychiatrische Gutachten einzuholen, beraubt trans\*  
2127 Menschen ihrer geschlechtlichen Selbstbestimmung und zementiert eine  
2128 Verständnis, sie seien psychisch krank.

2129 Mit der elften Auflage des Krankheitskatalogs der  
2130 Weltgesundheitsorganisation(WHO), dem ICD-11, der voraussichtlich noch 2018  
2131 eingeführt wird, wird Transgeschlechtlichkeit nicht mehr als psychische Störung  
2132 gelistet. Damit wird Transgeschlechtlichkeit international *entpathologisiert*.  
2133 Ungewiss ist aber, ob Krankenkassen dann noch die Kosten für  
2134 geschlechtsangleichende Maßnahmen übernehmen werden, weil sich das  
2135 Leistungsspektrum der Kassen am ICD orientiert. Es ist wichtig, dass trans\*  
2136 Menschen, die oftmals Diskriminierung erfahren und häufig einen Leidensdruck  
2137 entwickeln, medizinische und psycho-soziale Angebote in Anspruch nehmen können.  
2138 Es gibt ein Recht auf freie Entwicklung der Persönlichkeit und deshalb müssen  
2139 Trans\*- spezifische Gesundheitsversorgungen sozialrechtlich abgesichert werden!

- 2140 „Mutter eines Kindes, ist die Frau, die es geboren hat“ (BGB §1592)
- 2141 Trans-Männer, die nach einer VÄ ein Kind gebären, verlieren nach §7 TSG  
2142 rechtlich ihren Namen und die VÄ wird rückgängig gemacht. Zudem werden diese  
2143 Väter in der Geburtsurkunde des Kindes als „Mutter“ eingetragen. Wir fordern,  
2144 dass in der Geburtsurkunde des Kindes nicht „Mutter“ und „Vater“ eingetragen  
2145 werden sondern, Eltern 1 & 2 und das geschlechtsneutrale Formulierungen zur  
2146 Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten genutzt werden.
- 2147 Bis 2011 mussten trans\* Menschen, die eine PÄ anstrebten nach §8 Abs. 1.3 des  
2148 Transsexuellengesetzes, sich sterilisieren lassen. Wir fordern die Einrichtung  
2149 eines Entschädigungsfonds für diese und weitere trans\* Personen, deren  
2150 Menschenrechte verletzt wurden.
- 2151 Jedes Jahr werden 1.700 intergeschlechtliche Null- bis Neunjährige an ihren  
2152 Genitalien operiert (Studie der HU-Berlin). Die Kinder werden selbst nicht  
2153 gefragt und diese invasiven und irreversiblen Eingriffe haben oft schwere Folgen  
2154 für die geistige und körperliche Gesundheit der Kinder. Das Menschenrecht auf  
2155 körperliche Unversehrtheit muss eingehalten werden und geschlechtsverändernde  
2156 und unnötige „kosmetische“ Operationen an Intergeschlechtlichen Neugeborenen und  
2157 Kleinkindern gehören Verboten.
- 2158 **Wir fordern:**
- 2159 • Eine dritte Option im Personenstandsrecht für z.B. nicht-binäre Menschen
  - 2160 • ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht.
  - 2161 • VÄ/PÄ soll nur noch auf Selbstbestimmung basieren und ein kostenloser  
2162 Verwaltungsakt sein
  - 2163 • Zugang zur VÄ/PÄ für Nichtdeutsche, die in Deutschland wohnen
  - 2164 • Trans\*-spezifische Gesundheitsversorgung muss sozialrechtlich abgesichert  
2165 sein
  - 2166 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14, perspektivisch ab der Geburt
  - 2167 • Zertifizierte Beratungsstellen, wie sie die Bundesvereinigung Trans\*  
2168 fordert
  - 2169 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in  
2170 Gesetzestexten
  - 2171 • Ein Verbot von geschlechtsverändernden und unnötigen „kosmetischen“  
2172 Operationen an intergeschlechtlichen Neugeborenen und Kleinkindern
  - 2173 • Eine angemessene Entschädigung für trans\* Personen, deren Menschenrechte

2174 verletzt worden sind

2175 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans\* Menschen in  
2176 Deutschland

2177 Die GRÜNE JUGEND unterstützt die Forderungen aus dem Policy Paper der  
2178 Bundesvereinigung Trans\* „Paradigmenwechsel -zum Reformbedarf des Rechts im  
2179 Bezug auf Trans\*“ (Dez. 2016).

2180 Unser Ziel ist eine Welt ohne fremdbestimmte Geschlechtliche Kategorien. Wir  
2181 wollen eine Welt, in der alle Menschen ihre eigene geschlechtliche Identität,  
2182 frei von zweigeschlechtliche-binären Kategorien, selbstbestimmt leben können.  
2183 Bis dahin werden wir aber erst für eine rechtliche Anerkennung und  
2184 Sichtbarmachung von Personen, die z.B. Inter und/oder nicht-binär sind kämpfen.

2185 Glossar

2186 Pathologiesieren= Etwas für „krank“ erklären, weil es nicht der vermeintlichen  
2187 gesellschaftlichen Norm entspricht

## **Begründung**

erfolgt mündlich

Das Policy Paper der Bundesvereinigung Trans\* wird beim Bundeskongress ausgelegt.

## **V16 Lebensmittelsteuern für Verbraucher\*innen statt für die Industrie und Lobbyverbände!**

Antragsteller\*in: Tjado Stemmermann  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

2188 Das deutsche Steuersystem ist teilweise sehr komplex, undurchsichtig und für den  
2189 Laien oft unverständlich. Dies trifft unter anderem auch auf den  
2190 Lebensmittelsektor zu.

2191 Grundsätzlich wird hier unterschieden zwischen Grundnahrungsmitteln und anderen  
2192 Lebensmitteln. Auf erstere entfällt der ermäßigte Steuersatz von 7%, auf  
2193 zweitere der normale Satz von 19%. Allerdings ist auch der Ort, an dem die  
2194 Lebensmittel gegessen werden für die Höhe der Steuer entscheidend. Wird der  
2195 Hamburger im Schnellrestaurant gegessen, kommen 19% dazu, wird er „to go“  
2196 bestellt, so entfallen lediglich 7%. Übrigens ist diese „Mitnehmregel“ nicht nur  
2197 für private Unternehmen, sondern auch in öffentlichen Gebäuden gültig, das heißt  
2198 auch an Mensen oder Kantinen in Bildungseinrichtungen müssen 19% bezahlt werden.

2199 Interessant ist auch die Betrachtung der Lebensmittel, die der Gesetzgeber unter  
2200 dem Begriff Grundbedarf zusammen fasst. Hierzu gehören zunächst Obst, Gemüse,  
2201 Backwaren und Getreideerzeugnisse, aber auch die meisten Süßigkeiten und alle  
2202 tierischen Produkte wie Milchprodukte und Fleisch. Getränke hingegen, bis auf  
2203 Leitungswasser und Milch, werden mit 19% besteuert. Im Ergebnis bedeutet diese  
2204 Regelung, dass für Milch lediglich 7%, für Milchersatzprodukte wie Sojadrinks  
2205 und Reismilch 19% Steuern entfallen.

2206 Neben diesen grundlegenden falschen Steueranreizen des Staates gibt es noch jede  
2207 Menge weitere groteske Ausnahmeregelungen, als Beispiel wäre hier die Besteuerung  
2208 von Katzennahrung (7%) und Babynahrung (19%) zu nennen.

2209 Der Gesetzgeber hätte durch die zwei unterschiedlich hohen Steuersätze eine gute  
2210 Möglichkeit, um finanzielle Anreize für eine gesunde und ökologische  
2211 Ernährungsweise zu schaffen. Diese Möglichkeit wird im aktuellen System nicht  
2212 nur nicht genutzt, sondern es werden eher entgegengesetzte Anreize geschaffen.  
2213 Dies muss sich ändern!

2214 Deshalb benötigen wir ein Steuersystem für Lebensmittel, dass sich nicht an dem  
2215 willkürlichen Begriff des Grundnahrungsmittels orientiert, sondern den  
2216 Steuersatz nach ökologischen und gesundheitlichen Aspekten anpasst. Konkret  
2217 bedeutet das eine generelle Besteuerung zum normalen Steuersatz von 19 % für  
2218 Fleischprodukte und Lebensmittel mit einem hohen Zuckeranteil. Außerdem dürfen  
2219 Produkte zum Mitnehmen nicht mit dem ermäßigten Steuersatz besteuert werden, da  
2220 dies den Verbrauch von extrem kurzlebigen Verpackungen weiter erhöht. Im  
2221 Gegenteil, das Vor-Ort-Verzehren, insbesondere in öffentlichen Einrichtungen,

2222 sollte durch einen ermäßigten Steuersatz von 7% belohnt werden.

2223 Deswegen fordern wir Steuern, die sich nicht an den Interessen der

2224 Lobbyverbände, sondern am Interesse der Verbraucher orientieren!

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## **V17 Solidarität mit kurdischen, feministischen und ökologischen Freiheitsbewegungen**

Antragsteller\*in: Holger Erthel (Ansprechpartner der GJ  
Leipzig)  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

2225 Seit 2011 befindet sich Syrien in einem anhaltenden Krieg verschiedener Mächte  
2226 mit zunehmender internationaler Beteiligung. Im Verlauf dieses Krieges, am 17.  
2227 März 2016, rief eine Versammlung von kurdischen, assyrischen, arabischen und  
2228 turkmenischen Delegierten die autonome Föderation Nordsyrien (Rojava) aus,  
2229 bestehend aus den Kantonen Afrin, Kobanê und Al-Hasaka.  
2230  
2231 Dort setzen sich kurdische Freiheitsbewegungen für ein Gesellschaftsmodell ein,  
2232 welches die Gleichberechtigung aller Menschen, ohne Ansehen von Geschlecht,  
2233 Religion, Ethnie und Nationalität einfordert. Im Besonderen gilt das für die  
2234 Selbstbestimmung der Frauen\*.  
2235 Nur mit der Durchsetzung des Gesellschaftsmodell mit Rechten und Werten wie  
2236 Feminismus, Ökologie, Basisdemokratie und kommunaler Selbstverwaltung kann ein  
2237 friedliches Zusammenleben vor Ort gelingen.  
2238 Dieses Gesellschaftsmodell ist eine Alternative zur Diktatur, Islamismus und  
2239 Nationalismus und wird durch die aktuelle Militäroffensive „Operation  
2240 Olivenzweig“ der Türkei in Nordsyrien zerstört.  
2241  
2242 Die GRÜNE JUGEND sieht sich in der Pflicht, sich mit den kurdischen  
2243 Freiheitsbewegungen zu solidarisieren, welche die Menschenrechte und Demokratie  
2244 verteidigen und sich dem türkischem Autoritätsregime entgegenstellen, um  
2245 Menschen ein erneutes Leid und Sterben zu ersparen sowie Geflohenen und  
2246 Verfolgten Schutz zu bieten.  
2247  
2248 Auch hier in Deutschland fordert die GRÜNE JUGEND ein Ende der Kriminalisierung,  
2249 Diskriminierung von sowie der Repressionen gegen die Kurd\*innen und  
2250 Aktivist\*innen, die sich dem türkischen Regime widersetzen. Solidarität mit den  
2251 Volksverteidigungseinheiten(YPG/J) und der kurdischen Partei der Demokratischen  
2252 Union(PYD) darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Das Teilen und  
2253 Verbreiten von Solidaritätsbekundungen und YPG/J-, PYD-Flaggen ist kein  
2254 Verbrechen.  
2255 Auch darf die Bundesregierung die Meinungs- und Pressefreiheit von Kurd\*innen  
2256 nicht einschränken, weshalb wir die Razzia am 8. März gegen die in Neuss  
2257 ansässige MIR Multimedia GmbH und den Mezopotamien-Verlag verurteilen.  
2258 Nur mit einer Entkriminalisierung der auch in Deutschland lebenden Kurd\*innen  
2259 und Aktivist\*innen, ist ein friedliches pro-kurdisches und demokratisches  
2260 Engagement möglich, welches den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft  
2261 unterstützt kann.  
2262  
2263 Des Weiteren kritisiert die GRÜNE JUGEND aufs Schärfste die bisherige  
2264 Tatenlosigkeit der Bundesregierung zum völkerrechtswidrigen und  
2265 menschenrechtsverletzenden Angriffskrieg des NATO-Partners Türkei. Die

2266 Bundesregierung muss sich in der EU, UNO und NATO in aller Deutlichkeit dafür  
2267 einsetzen, dass die menschenrechtsverletzende Militäroffensive der Türkei  
2268 verurteilt und sofort beendet wird.  
2269  
2270 Außerdem muss ein sofortiger Stopp aller Waffenexporte in die Türkei eingeleitet  
2271 werden, ein Abzug aller deutschen Soldat\*innen aus der Türkei folgen, sich aktiv  
2272 für die Freilassung aller politischen Gefangenen des Erdogan-Regimes eingesetzt  
2273 werden und muss der Flüchtlingsdeal mit der Türkei beendet werden.  
2274  
2275 Da eine stets stärkere militärische Beteiligung internationalen Mächten, wie der  
2276 USA und Russland bevorsteht, wird die Lage in Syrien immer brisanter und  
2277 gefährlicher. Auch hier ist es unabdingbar, dass die Bundesregierung sich klar  
2278 gegen jeden militärischen Angriffskrieg in Syrien ausspricht.  
2279  
2280 Für Frieden, Demokratie und Freiheit!

## **V18 Beschlüsse suchen und finden**

Antragsteller\*in: Holger Erthel (Ansprechpartner der GJ  
Leipzig)  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

2281 Der Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND setzt sich dafür ein, dass Beschlüsse der  
2282 vergangenen Bundeskongress besser auf der Homepage der GRÜNEN JUGEND zu finden  
2283 sind. Außerdem sollten auch ältere Beschlüsse dort aufgelistet werden.

### **Begründung**

Vergleiche:

Auf der Seite von Bündnis 90 / Die Grünen sind Beschlüsse ab dem Jahr 2002 einfach, transparent, nach Gremien und chronisch aufgelistet, unter dem Reiter „Service-Beschlüsse“:

<https://www.gruene.de/ueber-uns/dokumente-publikationen.html>

Bei der GRÜNEN JUGEND finden sich leider nur die aktuellen Beschlüsse, unter dem Reiter „Ziele-Aktuelle Beschlüsse“.

<https://gruene-jugend.de/category/aktuelle-beschluesse/>

**V19 Artenvielfalt statt kurzfristiges Profitstreben - für eine nachhaltige, ökologische Landnutzung!**

Antragsteller\*in: Lina Bärwald (BAG Ökologie)

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

2284 Die industrielle Landwirtschaft ist maßgeblich verantwortlich für die  
2285 hartnäckigsten Umweltprobleme unserer Zeit. Etwa vier Fünftel der weltweit  
2286 nutzbaren Fläche wird für die Produktion tierischer Nahrungsmittel verwendet.  
2287 Die Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft auf Klima, Ökosysteme,  
2288 Biodiversität, Böden, Wasser, und Stickstoffkreisläufe sind verheerend. Auch die  
2289 konventionelle Forstwirtschaft erregt Besorgnis. Immer häufiger stehen  
2290 kurzfristige wirtschaftliche Interessen im Vordergrund und schaden der  
2291 Biodiversität des Waldes langfristig. Aus diesem Grund setzt sich die GRÜNE  
2292 JUGEND für eine nachhaltige Landnutzung ein. Wir fordern insbesondere:

2293 1. Das sofortige Verbot von Glyphosat, Neonicotinoide und etwaiger Agrochemie.

2294 2. Das Verbot von genetisch verändertem Saatgut.

2295 3. Der Ökolandbau muss raus aus der Nische! Dafür müssen staatliche Anreize  
2296 geschaffen werden z.B sollten Pachtflächen vorrangig an ökologisch nachhaltig  
2297 wirtschaftende Betriebe vergeben werden. Die im Ökolandbau praktizierte  
2298 bodengebundene Tierhaltung trägt unter anderem dem Tierschutz Rechnung.

2299 4. Öffentliche Gelder müssen für Öffentliche Leistungen ausgegeben werden.  
2300 Nachhaltige Forst- und Landwirtschaft, welche über den Standart hinausgeht  
2301 geht, muss stärker honoriert werden.

2302 5. Bodeneigentum muss fair aufgeteilt werden. Junge Land- und Forstwirte müssen  
2303 die Chance erhalten sich auf umliegende Flächen nieder zu lassen.

2304 6. Eine Fleischqualitätskennzeichnung muss eingeführt werden. Abschreckende  
2305 Bilder aus Massentierhaltungsanlagen (vgl. "Kükenschreddern") können zu  
2306 Aufklärungszwecken herangezogen werden.

2307 7. Der Antibiotika- und Medikamenteneinsatz in der Tierhaltung muss verringert  
2308 werden. Durch strenges Monitoring und Sanktionsmechanismen kann somit die  
2309 Bildung von weiteren Antibiotikaresistenzen vermieden werden.

2310 8. Eine übermäßige Düngung muss gestoppt und die Wasserrahmenrichtlinie  
2311 konsequent eingehalten werden. Eine Alternative stellen breite  
2312 Gewässerradstreifen dar.

2313 9. Der Dauerwald muss im Zuge nachhaltiger Fortwirtschaft als wirtschaftliches  
2314 Vorzeigemodell etabliert werden. Kurzfristige Wirtschaftsmodelle wie  
2315 Fichtenmonokulturen oder Kurzumtriebsplantagen sind zu regulieren.

2316 10. Moore, als Langzeit-Kohlenstoffspeicher, müssen geschützt werden. Die  
2317 wirtschaftliche Nutzung von Mooren z.B zur Torfgewinnung ist folglich  
2318 abzulehnen.

2319 11. Probleme dürfen nicht verlagert werden! Produkte aus dem Ausland müssen die  
2320 gleichen Standards wie inländisch produzierte Ware erfüllen. Eine effektive  
2321 Überprüfung muss gewährleistet sein.

### **Begründung**

Erfolgt Mündlich.

## **V20 Geflüchtetenpolitik als wichtiges Thema für die Europawahl**

Antragsteller\*in: Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht  
und Antirassismus  
Beschlussdatum: 12.04.2018  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

- 2322 Die Grüne Jugend setzt sich dafür ein, dass im Europawahlprogramm von Bündnis  
2323 90/Die Grünen eine humane Geflüchtetenpolitik eine Prominente Rolle einnimmt.
- 2324 Um europaweit eine Menschenwürdige Geflüchtetenpolitik sicherzustellen, ist die  
2325 anstehende Europawahl im Frühjahr 2019 eine entscheidende Weichenstellung.  
2326 Gelingt es, das völlig fatale Dublin System so umzustellen, dass Menschen und  
2327 Länder an den Außengrenzen der EU entlastet werden und sicherzustellen, dass  
2328 Geflüchtete in der gesamten EU ein lebenswürdiges Leben garantiert bekommen? Mit  
2329 einem sich abzeichnenden weiter voranschreitenden Rechtsruck in der gesamten  
2330 Europäischen Union und voraussichtlich auch im neuen EU Parlament, sind die  
2331 Voraussetzungen für eine Verbesserung leider schwierig. Um so wichtiger ist es  
2332 uns, dass die Grünen sich klar zu einer menschengerechten Geflüchtetenpolitik  
2333 bekennen und diesem Thema im Wahlprogramm und Wahlkampf einen prominenten Platz  
2334 einräumen.  
2335 Wichtige Bestandteile einer solchen Politik sind für uns dabei:
- 2336 - eine staatliche Seenotrettung unter Verantwortung der EU, statt die  
2337 Verantwortung auf diktatorische und Kreise Staaten abzuschieben
- 2338 - Unterstützung und rechtliche Absicherung für ehrenamtliche Strukturen und NGOs  
2339 die aktuell Seenotrettung sicherstellen und Geflüchtete auf den Fluchtrouten  
2340 unterstützen
- 2341 - ein europaweiter Mindeststandard für eine Geflüchtetenunterstützung die ein  
2342 lebenswertes Leben absichert
- 2343 - Sicherstellung von Familiennachzug
- 2344 - Wiederherstellung der Grenzen- und Grenzkontrollenlosen EU für alle in der EU  
2345 lebenden Menschen
- 2346 - Schaffung von sicheren Fluchtwegen

### **Begründung**

Die nächste Europawahl steht im Frühjahr 2019 vor der Tür, leider zeichnet sich ab, dass der verstärkte Rechtsruck, den wir in den letzten Jahren in Ländern und Parlamenten in der EU wahr genommen haben auch im EU Parlament stattfinden wird.

Da die Grünen am Wochenende 9.-11. November ihr Wahlprogramm verabschieden, unser nächster BuKo jedoch erst danach am 16.-

18. November stattfindet, müssen wir diesen Bundeskongress für Schwerpunktsetzung der GJ fürs Wahlprogramm nutzen. Gerade das Thema Geflüchtetenpolitik ist eines bei dem man schnell auf die Grenzen von rein deutscher Politik stößt und welches dadurch auf Europäischer Ebene angegangen werden muss.

## **V21 Fleischkonsum gesetzlich minimieren - Klimaschutz und Tierschutz voranbringen**

Antragsteller\*in: Florian Zielmann  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

2347 Die Grüne Jugend setzt sich für ein Gesetz ein, dass den Fleischverbrauch  
2348 minimiert durch Höchstgrenzen in Kilogramm auf Schlachtungen im Jahr für jede  
2349 Tierart.  
2350 Diese Höchstgrenzen werden jeweils für die Gesamtheit der kleinen Schlachthöfe  
2351 nach Umsatz, für die Gesamtheit der mittelständischen Schlachthöfe nach Umsatz  
2352 und für die Gesamtheit der großen Schlachthöfe nach Umsatz und mit  
2353 Berücksichtigung bei der Festlegung der Höchstgrenzen auf die Haltung der  
2354 Schlachttiere vor der Schlachtung (Massentierhaltung, Freilandhaltung usw.)  
2355 festgelegt.  
2356 Diese Höchstgrenzen müssen insgesamt ergeben, dass mindestens 5 % weniger in  
2357 Kilogramm von einer Tierart geschlachtet wird als wie im jeweiligen Jahr zuvor.  
2358 Diese Höchstgrenzen gelten auch für importierte Fleischware.

### **Begründung**

Durch weniger Schlachtungen können die Läden weniger täglich an Fleischwaren anbieten, jedoch ist das Angebot an Fleischwaren in den Läden jeden Tag gleich groß (die Fleischwaretheken werden kleiner und es kommt eben nicht zu dem Szenario, dass alle Fleischwaretheken am Ende des Jahres, wenn die Höchstgrenzen erreicht sind, leer bleiben), das heißt, dass die Verbraucher\*innen die Höchstgrenze jeden Tag spüren (kein Fleisch mehr am Abend im Laden, kein Fleisch wird schon im Laden weggeworfen, weil das Fleisch eben nicht nach dem Fälligkeitsdatum schon im Laden weggeworfen wird, sondern schon zuvor verkauft wird, weil die Nachfrage täglich höher ist als das Angebot wegen den Höchstgrenzen).

Der Fleischverbrauch muss in Deutschland minimiert werden um den Klimawandel zu stoppen, weil die Fleischindustrie das Klima belastet (ein Kilogramm Rindfleisch erzeugt 36 Kilogramm Kohlendioxid, so viel wie 250 Kilometer Autofahrt) (1) und, er muss gerade in Deutschland sinken, wenn mensch bedenkt, dass laut „Food and Agriculture of the United Nations“ und dem „Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie“ der durchschnittliche Fleischverbrauch in Deutschland beispielsweise bei 60,3 Kilogramm pro Kopf, weltweit bei 42,9 Kilogramm pro Kopf und unter den Entwicklungsländern bei 33,7 Kilogramm im Jahr 2013 lag. Außerdem können die Hunderten von Millionen von Schlachttieren (753 Millionen Tiere wurden in Deutschland 2016 geschlachtet) in Deutschland niemals alle in dieser Größenordnung artgerecht gehalten werden. Um für eine artgerechte Haltung von allen Nutztieren zu sorgen, muss der Fleischverbrauch drastisch sinken. Perfekt wäre es natürlich, wenn sich alle fleischlos ernähren würden oder, wenn einfach, die die unbedingt Fleisch essen wollen, dies nur noch z.B. fünfmal im Monat machen würden. Doch bis die Menschen verstehen wie dekadent der derzeitige Fleischkonsum eigentlich ist, braucht es einen per Gesetz verordneten Rückgang. Von einem Jahr auf das nächste Jahr kann kein Rückgang von z.B. 90 % vorgeschrieben und erreicht werden. Das wäre ein Rückgang des Fleischverbrauches von durchschnittlich 60 kg pro Kopf im Jahr 2016 (3) auf 6 kg durchschnittlich pro Kopf. Dies wäre meiner Meinung nach nicht durchsetzbar. Aber ein jährlicher Rückgang von 5 %, der sich auf das tägliche Angebot an den Fleischtheken auswirkt, ist durchsetzbar. Es gab in den letzten Jahren bei manchen

Schlachtzahlen von Tieren einen minimalen Rückgang (z.B. um 0,2 % weniger Kilogramm an Rindfleisch im Jahr 2016 als wie im Jahr 2015) andererseits aber auch Zunahmen (z.B. um 4,8 % mehr Kilogramm an Putenfleisch im Jahr 2016 als wie im Jahr 2015) (2). Einen wirklichen Rückgang in der dringend nötigen Größenordnung, der vom Markt und den Verbraucher\*innen „alleine“ ohne gesetzliche Vorgaben geschieht, wird es nicht geben. Wenn der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf unter 6 kg beträgt, ist meiner Meinung nach eine artgerechte Haltung für alle Schlachttiere möglich, der Einfluss der Fleischindustrie auf das Klima um einiges geringer und es kann über eine Abschaffung dieser Höchstgrenzen nachgedacht werden auch, wenn ich persönlich eine fast komplett fleischlose Ernährung bevorzuge. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg, weil der Fleischverbrauch pro Kopf sich von 2015 bis 2016 um nur 1,7 kg verringert (3) hat und ob eine Verringerung auch noch in Zukunft stattfindet bleibt offen. Auf jeden Fall ist diese Verringerung in dieser Größenordnung viel zu gering um die Klimaziele einzuhalten. Die Höchstgrenzen werden jeweils für die Gesamtheit der kleinen Schlachthöfe nach Umsatz, einer Höchstgrenze für die Gesamtheit der mittelständischen Schlachthöfe nach Umsatz und einer Höchstgrenze für große Schlachthöfe nach Umsatz und mit Berücksichtigung bei der Festlegung der Höchstgrenzen auf die Haltung der Schlachttiere vor der Schlachtung (Massentierhaltung, Freilandhaltung usw.) festgelegt, weil die Fleischerzeugung je nach Größe des Schlachthofes variiert und eventuell die Schlachthöfe Tiere aus beispielsweise der Freilandhaltung gegenüber Tieren aus der Massentierhaltung bevorzugen wegen niedrigeren Höchstgrenzen auf geschlachtete Tiere in Kilogramm aus der Massentierhaltung und höheren Höchstgrenzen auf geschlachtete Tiere in Kilogramm aus der Freilandhaltung.

(1)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimabilanz-ein-kilo-fleisch-verursacht-36-kilogramm-kohlendioxid-a-495414.html>

(2) <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/schlachtzahlen-2016>

(3) <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/fleischverzehr-in-deutschland-sinkt>

## **V22 Landtagswahlen gehen uns alle an - gemeinsam gegen die Strukturschwäche!**

Antragsteller\*in: Ricarda Budke, Martin Wandrey, Danilo Zoschnik, Laura Wahl, Fabian Gabriel, Leo Schlichter, Sebastian Weise, Robert Funke, Franka Rinn, Landesvorstand GJ Sachsen-Anhalt, Landesvorstand GJ Sachsen

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

2359 2019 wird in drei der sechs neuen Bundesländer gewählt. Die GRÜNE JUGEND erkennt  
2360 die richtungsweisende Bedeutung des Ausgangs der Landtagswahlen in Sachsen,  
2361 Thüringen und Brandenburg als entscheidend für die Zukunft der Partei Bündnis  
2362 90/Die Grünen und daraus resultierend auch die der GRÜNEN JUGEND als  
2363 Bundesverband an. Denn wir wollen den Menschen, die sich eine soziale,  
2364 ökologische und weltoffene Politik wünschen, in allen Bundesländern eine Stimme  
2365 geben. Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland haben  
2366 gezeigt, dass ein Wiedereinzug in Landesparlamente nicht immer gesetzt ist. Die  
2367 Bundestagswahl im letzten Jahr zeigten ein wiedererstartetes, deutliches West-  
2368 Ost-Gefälle. So sind vier der fünf ostdeutschen Flächenländer die einzigen  
2369 Bundesländer, die beim Wahlergebnis der Bündnisgrünen die 5%-Hürde im  
2370 Landesschnitt nicht erreicht haben. Einzig Brandenburg schaffte es im Osten mit  
2371 genau 5,0%. Das sind Ergebnisse, die unseren Verband wachrütteln sollten, denn  
2372 unser Anspruch ist es seit jeher gewesen alle Bevölkerungsgruppen und alle  
2373 Regionen zu repräsentieren. Daher müssen wir uns intensiver damit  
2374 auseinandersetzen, wie wir es schaffen, unsere strukturellen Probleme in den  
2375 neuen Bundesländern anzuzeigen.

2376 Wir wollen damit aber keine speziell ostdeutsche oder deutsche Identität  
2377 konstruieren, im Gegenteil. Wir sind der Meinung, dass die derzeit immer noch  
2378 vor allem in den neuen Bundesländern übliche Einteilung in „Wessi“ und „Ossi“  
2379 nur ein Ende haben kann, wenn die strukturellen Schwächen der Regionen  
2380 angegangen werden und endlich behoben werden! Als GRÜNE JUGEND legen wir einen  
2381 starken Fokus auf Benachteiligungen verschiedener sozialer Gruppen und  
2382 Bevölkerungsschichten und wie man diesen am besten entgegenwirken kann. Doch die  
2383 Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe hängen auch stark vom Wohnort ab und  
2384 sind von Region zu Region unterschiedlich. In allen Bundesländern gibt es  
2385 Regionen, die als strukturschwach gelten, sei es das Sauerland in NRW oder  
2386 Dithmarschen in Schleswig-Holstein. Doch nirgendwo sonst gibt es so ein großes  
2387 zusammenhängendes Gebiet, mit so wenig prosperierenden Ballungszentren wie auf  
2388 dem ehemaligen Gebiet der DDR. Hinzu kommt, dass es noch grundlegende  
2389 Unterschiede in Verständnis und Tradition der Demokratie in alten und neuen  
2390 Bundesländern gibt. Während in den alten Bundesländern 2015 77% der Menschen  
2391 angeben, zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zu sein,  
2392 sind es in den Neuen lediglich 47%. An der jahrzehntelangen Entwicklung der  
2393 Demokratie in der alten BRD bis zum heutigen Stand wird deutlich, dass  
2394 Demokratisierung nicht über Nacht geschieht. Durch die kürzere Zeit, in der sich

2395 Demokratie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entwickeln konnte, haben natürlich  
2396 auch Parteien sowie zivilgesellschaftliche Verbände weniger Zeit zur Entwicklung  
2397 gehabt. Das macht sich in Mitgliederzahlen, vor allem aber in der  
2398 gesellschaftlichen Verankerung deutlich. Insbesondere die bündnisgrüne Partei  
2399 kämpft in den neuen Bundesländern vielerorts immer noch mit Akzeptanzproblemen.

2400 Die GRÜNE JUGEND:

2401 • Erkennt die immer noch nicht behobenen strukturellen Unterschiede zwischen  
2402 neuen und alten Bundesländern an und will diese bekämpfen. Wir kämpfen  
2403 dafür, dass drängende Themen wie Lohn- und Rentengleichheit jetzt  
2404 angegangen werden. Es kann nicht sein, dass 28 Jahre nach der  
2405 Wiedervereinigung in den neuen Flächenbundesländern die Löhne immer noch  
2406 32% niedriger sind, als in den alten Bundesländern! Gleichzeitig sind die  
2407 politischen Herausforderungen aufgrund der Hinterlassenschaften von 40  
2408 Jahren SED-Regime in vielen Politikfeldern anders. Seien es die Reste der  
2409 ehemaligen LPGen, die als Reparaturzahlungen abgebaute  
2410 Verkehrsinfrastruktur oder das jahrzehntelange Totschweigen  
2411 menschenverachtender, wie etwa rassistischer, Einstellungen in der DDR-  
2412 Propaganda. Diese anderen Realitäten müssen bundespolitisch bei  
2413 Entscheidungen mitbedacht werden und auch auf der Agenda der GRÜNEN JUGEND  
2414 im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stehen.

2415 • Will strukturschwachen Landesverbänden, insbesondere in den neuen  
2416 Bundesländern, in Wahlkämpfen finanziell zur Seite stehen, in denen ein  
2417 reelles Risiko des Scheiterns an der 5%-Hürde besteht. Dafür sollen ab  
2418 jetzt nach finanzieller Situation und Bedürfnis der Landesverbände in den  
2419 betreffenden Jahreshaushalten 500-1000€ pro Landesverband als Zuschuss  
2420 eingeplant werden.

2421 • Plant nach finanzieller Lage mehr Geld für den Solifond ein.

2422 • Motiviert die Mitgliederbasis, sich aktiv im Wahlkampf in den neuen  
2423 Bundesländern zu engagieren

2424 • Will den betreffenden Landesverbänden in Wahlkampfzeiten mit Personal und  
2425 Know-How der Bundesgeschäftsstelle aushelfen und sie in der Presse- und  
2426 Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

2427 • Unterstützt den Strukturaufbau in den neuen und anderen strukturschwachen  
2428 Bundesländern zum einen durch Angebote für kleine Ortsgruppen und  
2429 Landesverbände mit keinen/wenig Ortsgruppen und vielseitige, nicht  
2430 ausschließlich auf urbane Resonanz ausgelegte Kampagnen und zum anderen  
2431 dadurch, dass in Zukunft einer von vier Bundeskongressen in den neuen  
2432 Bundesländern stattfindet, sowie durch eine verstärkte Repräsentation der  
2433 neuen Bundesländer bei der Ortswahl für Seminare auf Bundesebene.

2434 • Beauftragt den Bundesvorstand/die Bundesgeschäftsstelle, die Mitglieder-  
2435 und Aktivenverteilung in der GRÜNEN JUGEND zu analysieren. Dafür soll  
2436 erhoben werden, wie die Mitglieder in urbanen/ländlichen Räumen verteilt  
2437 sind, wie die Ortsgruppen vertreten sind, etc. Und, wenn möglich, wie das

- 2438 im Verhältnis zur bündisgrünen Partei steht.
- 2439 • Beauftragt die AG Perspektiven sich auch gezielt mit den Perspektiven der  
2440 ländlichen Räume und den Perspektiven der GRÜNEN JUGEND in den ländlichen  
2441 Räumen auseinanderzusetzen.

## **Begründung**

Durch die erschreckend hohen Wahlergebnisse der AfD in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten wird auch uns jungen Menschen, egal in welchem Teil der Republik, deutlich wie nie zuvor, dass es immer noch gesellschaftliche, politische und auch wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Denn die Wahlergebnisse kommen nicht von irgendwoher. Die Stärke der AfD weist aber auch auf die Schwäche anderer Parteien hin. Politik, insbesondere bündnisgrüne Politik, in den neuen Flächenbundesländern zu machen, stellt immer noch tagtäglich vor andere Herausforderungen, als in den alten.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen tragen wir eine besondere Verantwortung. Denn unsere Mutterpartei ist auch aus dem Bündnis 90, aus der Bürgerrechtsbewegung in der DDR entstanden. Daher ist es auch unsere Aufgabe für vergleichbare Lebensbedingungen und -realitäten in Ost und West zu kämpfen. Ein Schritt dahingehend ist es, die besondere Herausforderung nicht nur anzuerkennen, sondern auch Konsequenzen daraus zu ziehen und in unserem Verband dafür zu kämpfen, dass die entsprechenden Landesverbände Unterstützung erhalten. Gut und richtig ist dabei schon der Solifond, der strukturschwache Landesverbände unter besonderer Berücksichtigung der ostdeutschen Landesverbände fördern soll. Hier muss aber genug Geld zur Verfügung stehen, damit die schwachen Landesverbände nicht hier auch noch um das Geld kämpfen müssen.

Fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist das Land, wie alles auf der Welt, nicht mehr schwarz und weiß. Daher wollen wir, dass auch hier alle strukturschwachen Regionen gefördert werden – mit einem Augenmerk darauf, dass die neuen Bundesländer repräsentiert werden und ihre politische Lage und Stärke relevant ist für die gesamte Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie die GRÜNE JUGEND.

## **V23 Grundsätzlich unverdächtig**

Antragsteller\*in: Lina Bärwald und Holger Erthel (GJ Leipzig)  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

2442 Die wachsenden Befugnisse der Behörden stellen eine zunehmende Gefahr für die  
2443 Gewährleistung des im Grundgesetz verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrechtes  
2444 dar.  
2445  
2446 Als aktuelles Beispiel dient das stark diskutierte Polizeiaufgabengesetz aus  
2447 Bayern, welches als dystopisches Beispiel nationaler Überwachung gewertet  
2448 werden kann:  
2449  
2450 Der in diesem Gesetz implizierte Begriff der "drohenden Gefahr" ist weitestgehend  
2451 undefiniert. Des Weiteren verstößt das Polizeiaufgabengesetz konkret gegen das  
2452 Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität  
2453 informationstechnischer Systeme, abgeleitet aus Art. 2 I i.V.m Art. 1 I, welches  
2454 eine "konkrete Gefahr" fordert. Dieser neu geschaffene Spielraum dient dem  
2455 Ausbau willkürlicher Personenüberwachung. Menschen, die noch nie gegen geltendes  
2456 Gesetz verstoßen haben, können folglich jederzeit gerastert, durchleutet und  
2457 kontrolliert werden.  
2458  
2459 Die GRÜNE JUGEND fordert das Innenministerium auf, die Spirale des stetigen  
2460 Ausbaus polizeilicher Befugnisse zu stoppen um die Freiheits- und  
2461 Persönlichkeitsrechte der Bürger\*innen auch gegenüber dem Staat zu schützen.  
2462 Jeder Eingriff bedarf des richterlichen Vorbehaltes mit umfangreicher  
2463 Überprüfung der Erforderlichkeit.  
2464  
2465 Grundsätzlich sind alle Menschen unverdächtig.